

Falco Werkentin (Hg.)

Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung: „Die sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN“ in Berlin 1945 bis 1961

Ausstellungskatalog



Falco Werkentin (Hg.)

**Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung:
„Die Sozialistische Jugend Deutschlands –
Die FALKEN“ in Berlin 1945 bis 1961**

Ausstellungskatalog

Berlin 2008

Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Band 28

Impressum

Foto Titelseite: Berliner FALKEN am 1. Mai 1952, Landesarchiv Berlin

Copyright 2008 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks,
der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen,
auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar.

Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

ISBN 978-3-934085-30-5

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 07 92 – 0; Fax: (030) 24 07 92 – 99
Internet: www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	6
[Martin Gutzeit]	
Danksagung	7
Neuaufbau im besetzten Berlin 1945 – 1947	8
[Falco Werkentin]	
Politische Arbeit in der geteilten Stadt 1948 –1951	18
[Falco Werkentin]	
Selbstbehauptung in Ost-Berlin 1956 – 1961	44
[Michael Schmidt]	
Im Blick die Wiedervereinigung – Das Referat Mitteldeutschland	50
[Michael Schmidt]	
Die Offensive von MfS und FDJ gegen die Ost-West-Begegnungen	60
[Michael Schmidt]	
Verschleppt – verschwunden – verhaftet – verurteilt:	74
Eine tabellarische Übersicht	
Literatur	76
Publikationsverzeichnis	77

Selbstbehauptung • Widerstand • Verfolgung

Zum Schicksal Berliner FALKEN und ihrer Freunde aus der SBZ/DDR 1946 - 1961

Seit November 1947 waren die SPD-nahe Jugendorganisation „Die FALKEN“ – zusammen mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ) – von der Alliierten Kommandantur für „Gesamtb Berlin“ zugelassen worden. Zuerst waren „vorbereitende Ausschüsse“ gebildet worden. Daher beantragten SPD und FALKEN bei zum Bau der Mauer am 13. August 1961 das Recht, auch in Ost-Berlin aktiv zu sein.

Gleichwohl wurden Mitglieder der Berliner FALKEN seit 1946 unter Tabernischen in Verbindung mit der Arbeit behindert, verhaftet und verurteilt. War es zunächst der sowjetische Geheimdienst, der im verfolge, ab 1949 es die Volkspolizei, die MfS und die SED-Funktionäre, die gegen FALKEN vorgehen. Der Einsatz der Sozialdemokraten und der FALKEN für einen freiheitlichen, demokratischen Sozialismus begründete für die SED eine besondere, „sowjetische“ Feindschaft. Gleiches galt für die Führung der FDJ, deren Aufgabe es war, die Jugend auf SED-Kurs zu bringen.

Bis zu Beginn der 1950er Jahre verschwanden in Berlin politische Gegner der SED „plötzlich“ und nahezu spurlos. Angehörige blieben meist lange Zeit ohne Nachricht.

In manchen Fällen konnte das Schicksal verschleppter erst nach 1990 geklärt werden – und das auch nicht immer.

Zwei Leberlagen verurteilt

Verurteilt

Wer in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR Kontakt zu den FALKEN hatte, war besonders gefährdet, denn offiziell zugelassen war in der SBZ/DDR nur die FDJ.

An die Verschleppten und Verurteilten zu erinnern und ihren Einsatz für Selbstbestimmung und Demokratie zu würdigen, ist der dieser „Wand“.

– verschleppt – verschwunden – verhaftet – verurteilt –



Blick auf eine Ausstellungswand, die das Schicksal von 36 verhafteten Freunden und Mitgliedern der FALKEN dokumentiert.

Geleitwort

Mit der in diesem Katalog präsentierten Wanderausstellung, die im Mai 2007 im Berliner Abgeordnetenhaus erstmals gezeigt wurde, wird an den Mut und den Selbstbehauptungswillen junger Leute im Berlin der frühen Nachkriegsjahre erinnert. Über die Sektorengrenzen hinweg setzten sie sich als Mitglieder und Freunde einer Gesamtberliner Jugendorganisation, die FALKEN, für eine demokratische Entwicklung Deutschlands und Berlins ein. Sie zahlten dafür zum Teil mit langen Jahren politischer Haft, einige sogar mit ihrem Leben.

Im Berlin der frühen Nachkriegsjahre war die „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN“ als SPD-nahe Jugendorganisation für die SED und die von ihr kontrollierte „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) ein besonderes Ärgernis. Von der Alliierten Kommandantur am 7. Oktober 1947 für Gesamt-Berlin zugelassen, waren die FALKEN bis zum Mauerbau am 13. August 1961 als einzige von der SED nicht beherrschte Jugendorganisation auch in Ost-Berlin aktiv und somit für FDJ zur großen Konkurrenz. Dies galt umso mehr, als die FALKEN sich als demokratische Sozialisten verstanden, von dieser Position aus den sogenannten realen Sozialismus in der DDR strikt ablehnten und gerade daher auch für junge Leute in der DDR attraktiv waren. Sie suchten Kontakte zu den FALKEN, wie umgekehrt die FALKEN insbesondere mit ihrem Referat Mitteldeutschland sich darum bemühten, Jugendliche in der DDR für ihre politischen Ziele zu interessieren und zu gewinnen.

Zwar konnte die SED aufgrund der Zulassung durch die Alliierte Kommandantur die FALKEN in Ost-Berlin nicht verbieten. Doch wurden sie mit allen nur denkbaren Mitteln sowohl vom sowjetischen Geheimdienst als auch vom Ministerium für Staatssicherheit bekämpft. Freunde und Mitglieder starben in sowjetischen Speziallagern, wurden von der Volkspolizei erschossen oder unter dem Vorwurf der Spionage in Moskau hingerichtet. Nicht wenige wurden von sowjetischen Militärgerichten oder der SED-Justiz verurteilt und verbrachten lange Jahre in Workuta oder den Zuchthäusern der DDR. In den Überlieferungen der Berliner SPD und der FALKEN finden sich die Namen von mehr als 70 jungen Leuten, die bis 1961 als Freunde oder Mitglieder der FALKEN verhaftet, verschleppt und verurteilt wurden.

Aus dem historischen Gedächtnis der Stadt ist die Erinnerung an ihr Schicksal nahezu getilgt. Dieser Katalog und die Wanderausstellung soll ihren Selbstbehauptungswillen, ihren Widerstand gegen die sich etablierende SED-Diktatur, aber auch ihr Leid in das Bewusstsein der Stadt zurückholen und den jungen Leuten wieder ein Gesicht geben.

Der Widerstand junger Menschen im Kampf um die Freiheit Berlins und die Abwehr kommunistischer Herrschafts- und Machtansprüche war weitaus vielfältiger und politisch breiter, als in der Ausstellung gezeigt werden kann. Die FALKEN stehen neben den Studenten der Humboldt-Universität, die sich 1948 in Berlin mit Erfolg für die Gründung einer Freien Universität einsetzten, oder jungen Christ-Demokraten wie Manfred Klein, der als Gründungsmitglied der FDJ sich gegen deren Unterwerfung unter den Willen des SED zur Wehr setzte und dafür 1947 ins Zuchthaus kam.

Zwar steht der politische Selbstbehauptungswille, der Widerstand und die Verfolgung von Mitgliedern und Freunden der FALKEN im Zentrum der Ausstellung – doch sollte dies nur als ein Beispiel gesehen werden für den Willen junger Menschen, nach den Grauen der NS-Diktatur sich den Zumutungen einer zweiten Diktatur zu erwehren.

Daher ist die Ausstellung auch nicht konzentriert auf die Organisations- und politische Geschichte der Berliner FALKEN bis zur Auflösung ihrer Kreisverbände in Ost-Berlin nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961. Eine solche Ausstellung wäre eine Aufgabe der heutigen FALKEN. Ihre Organisationsgeschichte in diesen Jahren wird nur soweit angesprochen, wie sie das Handlungsumfeld bestimmte, in dem sich jene jungen Leute bewegten, die im Zentrum der Ausstellung stehen.

Martin Gutzeit
Landesbeauftragter



Danksagung

Die Ausstellung konnte nur entstehen durch Unterstützung und Mitarbeit vieler Menschen und Institutionen. Der besondere Dank gilt ehemaligen FALKEN, die zu Gesprächen bereit waren und Unterlagen zur Verfügung stellten, insbesondere:

Renate und Wolfgang Behrendt; Joachim Griebach; Peter Griesinger; Günter Jahn; Lothar Otter; Erhard Radestock; Günther Schlierf; Manfred Wetzel; Prof. Dr. Georg Wolters.

Mit sachkundigem Rat, Bildern und Dokumenten halfen:

Priv. Doz. Dr. Siegfried Heimann; Dr. Birgit Retzlaff; Dr. Mike Schmeitzner; Michael Schmidt; Hans-Joachim Helwig-Wilson.

Folgende Archive stellten Dokumente und Bilder bereit:

Archiv Arbeiterjugend Oer-Erkenschwick; Archiv der sozialen Demokratie, Bonn; Bundesarchiv; Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes; Landesarchiv Berlin; Franz-Neumann-Archiv Berlin; Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Kurator: Falco Werkentin

Mitarbeit: Silvia Müller, Tilman Meckel

Grafik: Christian Ruff (CAPRICORN-Graphics)

Neuaufbau im besetzten Berlin 1945 – 1947

[Falco Werkentin]

Bedingt durch die besondere Situation als Stadt mit vier Besatzungsmächten prallten an keinem anderen Ort im besetzten Nachkriegsdeutschland die Ost-West-Gegensätze so früh und so stark aufeinander wie in Berlin und zwangen die Bevölkerung sehr schnell, Partei zu ergreifen.

Dabei schien es hoffnungsvoll zu beginnen. Noch bevor amerikanische und englische Truppen ab 3. Juli 1945 in Berlin ihre Sektoren bezogen (französische Truppen besetzten ihren Sektor im August 1945), genehmigte am 10. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration (SMAD) die Wieder- bzw. Neugründung politischer Parteien und Gewerkschaften in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Parteinahе Kinder- und Jugendorganisationen wurden nicht zugelassen. Stattdessen beförderte die SMAD überparteiliche, antifaschistische Jugendausschüsse, in denen Christen und Sozialisten, Kommunisten und weltanschaulich Ungebundene zusammenarbeiten sollten.

Mit der Zulassung der Parteien schien die Besatzungsmacht zu signalisieren, dass sie keineswegs den Plan verfolgte, in ihrer Zone ein politisches und gesellschaftliches Regime nach sowjetischem Vorbild zu installieren. Bekräftigt wurde dieses Signal durch die KPD, die in ihrem Gründungsauf-ruf vom 11. Juni 1945 mit dem programmatischen Versprechen an die Öffentlichkeit trat:

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“

Noch ungewöhnlicher für eine kommunistische Partei war ein zweites Versprechen des Grün-dungsaufrufs, die „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unter-nehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“.¹

Nach der Katastrophe der nationalsozialistischen Diktatur schien kurzzeitig die Hoffnung am Horizont, dass auch die Viersektoren-Stadt Berlin und die sowjetische Besatzungszone wieder auf dem Weg zu einem demokratischen, pluralen Verfassungsstaat mit konkurrierenden Par-teien (Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Christ-Demokraten) seien.

Unterstrichen wurde das Konzept konkurrierender Parteien dadurch, dass sich die KPD-Führung in den ersten Monaten der Nachkriegszeit deutlich dagegen aussprach, SPD und KPD zu vereinigen.

Doch kaum zeigten Wahl-niederlagen in Österreich und Ungarn im Herbst 1945, dass eine kom-munistische Partei im Wege freier Wahlen offensichtlich keine Chance haben würde, an die Macht zu kommen, begann die KPD Ende 1945 plötzlich, die Vereinigung von SPD und KPD zu propagieren - eine neue Linie, die nicht nur auf den Widerspruch der SPD in den Westzonen stieß. Auch in der SBZ und in Berlin gab es viele Sozialdemokraten, die einer Vereinigung wider-sprachen - zumal nach den ersten negativen Erfahrungen mit der KPD beim Wiederaufbau von Verwaltung und Wirtschaft in Berlin und den Ländern der SBZ.

Die Entwicklung mündete im April 1946 in der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Sozi-alistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der sowjetischen Besatzungszone, begleitet und befördert durch eine Verhaftungswelle seitens des sowjetischen Geheimdienstes unter sozial-demokratischen Gegnern der Vereinigung. Seit der Zwangsvereinigung war die SPD in der SBZ illegalisiert. An die Zulassung eines SPD-nahen Kinder- und Jugendverbandes in der SBZ war mithin nicht zu denken.

Kaum ein Jahr nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur mussten Sozialdemo-kraten, wollten sie ihrer Idee und Partei treu bleiben, sich wieder in konspirativen Praktiken üben.

1 Dok. in: Hermann Weber, Dokumente zur Geschichte der DDR, München 1986, S. 32ff.

In Berlin mit einer von den vier Besatzungsmächten gebildeten Alliierten Kommandantur als oberster Entscheidungsmacht war die Situation eine andere. Hier konnte die SPD auch nach der Gründung der SED in allen vier Sektoren als selbstständige und nun mit der SED konkurrierende Partei weiterarbeiten. Denn am 31. Mai 1946 lizenzierte die Alliierte Kommandantur die Zulassung von SPD und SED in allen vier Berliner Sektoren und legte fest: „Den Sozialdemokraten, welche sich entweder der SEPD² oder der SPD anschließen wollen, sind keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen.“ Die Realität sah anders aus.

TELEGRAF 2. Juni 1946

Volle Aktionsfreiheit für SPD und SED

Sonderkommuniqué der Alliierten Kommandatura

DPD Berlin, den 1. Juni
 Den Berliner Parteiführungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde jetzt brieflich durch die Alliierte Kommandatura mitgeteilt, dass die Tätigkeit beider Parteien innerhalb Gross-Berlins anerkannt ist. Diese Mitteilungen beruhen auf dem Beschluss des Koordinierungskomitees beim Alliierten Kontrollrat, der kürzlich beide Parteien für den Raum von Gross-Berlin anerkannt hatte. Der Brief hat folgenden Wortlaut:
 „An die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Berlin.
 Die Alliierte Kommandatura gestattet der SPD in Berlin zur Zeit unter der in ihrem Briefe vom 8. April 1946 angegebenen Leitung die Ausübung ihrer Tätigkeit innerhalb der Stadtgrenzen von

Gross-Berlin. Die Alliierte Kommandatura erteilt eine ähnliche Genehmigung an die SED in Berlin. Den Sozialdemokraten, welche sich entweder der SED oder der SPD anschliessen wollen, sind keine Hindernisse in den Weg zu legen. Die Alliierte Kommandatura wird darauf sehen, dass in jedem Verwaltungsbezirk Berlins beiden Parteien Büro-räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.“

Donauschiffahrt begrenzt eröffnet
 Wien, den 1. Juni
 Die Wiederaufnahme des Güterverkehrs auf der Donau zwischen der österreichischen Sowjetzone, der Tschechoslowakei und Ungarn ist von den Sowjetbehörden in Österreich erlaubt worden.

Lippe erstrebt Selbständigkeit

Denn auch in Berlin gab es bereits im Umfeld der Zwangsvereinigung Verschleppungen und Verhaftungen. Zu den Betroffenen gehörten drei junge Leute aus Berlin-Prenzlauer Berg, die in den Überlieferungen der Berliner FALKEN als die ersten Opfer politischer Verfolgung ihres Verbandes genannt werden. Einer von ihnen ist Dietrich Medenwald, dessen Vater sich im April 1946 an den Berliner Bürgermeister mit der Bitte um Klärung des Schicksals seines Sohnes wandte.

Zwar waren die FALKEN 1946 in Berlin noch nicht als Organisation zugelassen. Doch hatten vor allem ehemalige Mitglieder der sozialdemokratischen Kinderfreundebewegung und der SAJ – der sozialistischen Arbeiterjugend – längst damit begonnen, sich in alter Tradition um Kinder und Jugendliche aus dem sozialdemokratischen Milieu zu kümmern.

Die KPD hatte bereits zuvor erste Schritte eingeleitet, um aus den in den kommunalen Jugendausschüssen lose organisierten Jugendlichen eine die ganze sowjetische Zone umfassende einheitliche, d.h. überparteiliche und weltanschaulich ungebundene Jugendorganisation zu bilden – so jedenfalls ihre Erklärung. Zur Vorbereitung fand im Dezember 1945 das 1. Delegierten-Treffen der von Heinz Keßler (KPD) geleiteten „Antifaschistischen Jugendausschüsse“ Groß-Berlins statt. Diese Jugendorganisation wurde am 7. März 1946 von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) mit dem Namen „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) zugelassen. Vorsitzender des Gründungsausschusses wurde Erich Honecker (KPD). Neben ihm waren im Zentralrat der FDJ zunächst weiterhin junge Leute vertreten, die anderen Parteien und weltanschaulichen

2 SEPD war zu jener Zeit eine gebräuchliche Abkürzung für Sozialistische EinheitsPartei Deutschlands.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zunächst möchte ich Sie nochmals um Entschuldigung bitten, daß ich Sie als Ihnen völlig Unbekannter mit einer privaten Angelegenheit beunruhige. Dies umso mehr, weil ich nicht einmal in Ihrem Verwaltungsbezirk wohne. Ich bin beim Bezirksamt Wedding beschäftigt und hier in Tat, list mir von einigen unterrichteten Kollegen geraten worden, Ihnen meinen Fall vorzutragen. Sie waren am liebsten in der Lage, mir zu helfen oder zu mündigen mir zu raten, welche Schritte ich in der Angelegenheit, die ich Ihnen in der fernmündlichen Rücksprache am 18.4.46 kurz andeuten konnte, unternehmen kann.

Nachstehend will ich vereinbarungsgemäß den Sachverhalt noch einmal kurz schildern.

Am Sonntag, dem 7.4.46, gegen 5 Uhr morgens erschienen 2 Polizisten von 70. Polizeirevier in meiner Wohnung und forderten meinen Sohn Dietrich, geb. 4.12.1926, auf, sich anzukleiden und ihnen zum Revier zu folgen. Auf die Frage nach dem Grunde dieser Maßnahme antworteten die Beamten nur: "Ihr Sohn wird schon wissen, weshalb er abgeholt wird". Es war nicht möglich, nähere Aufklärung von ihnen zu erlangen. Im Verlaufe des Monats wurde mir dann bekannt, daß mein Sohn mit noch einigen anderen Jungen bereits der sowjetischen Kommandantur in der Prenzlauer Allee übergeben worden sei und sich dort in Haus 3 befinde. Wir wurden in dieser Zusammenfassung die Namen von folgenden 2 Jungen genannt:

Günter Wähler, Berlin NO 55, Kollastr. 71 und
Walter Reipana Krebs, Berlin NO 55, Kether Str. 20.

Den Namen und die Anschrift eines weiteren Jungen, der mit den vorgenannten das gleiche Schicksal teilt, habe ich bisher nicht ermitteln können.

Auch die Eltern der von mir genannten Jungen, mit denen ich mich in Verbindung gesetzt habe, konnten mir keine Aufklärung über den Grund der Festnahme geben.

Am Donnerstag, dem 11.4.1946, erschienen nachmittags 2 Angehörige der sowjetischen Kommandantur in Zivilkleidung in der Wohnung und nahmen im Beisein meiner Frau eine Durchsuchung vor. Sie hatten die Durchsuchung gerade beendet, als ich gegen 6 Uhr von Dienst nach Hause kam. Ich bat daraufhin um Auskunft, welche Anschuldigungen überhaupt gegen meinen Sohn erhoben würden. Meine Frage wurde etwa in dem Sinne beantwortet, daß er ein Provokateur sei. Näheres war jedoch auch von ihnen nicht zu erfahren.

Soweit ich bisher feststellen konnte, haben die beiden Beauftragten der sowjetischen Kommandantur außer meiner Schreibmaschine noch eine Anzahl von mir gesammelter Zeitungsausschnitte aus den verschiedensten Tageszeitungen mit Leitartikeln über Politik und Wirtschaftsfragen, einige private Briefe, Photographien und eine Reihe englischer Lehrbücher meines Sohnes mitgenommen.

Dam ist mir inzwischen von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt worden, daß von den Festgenommenen Jungen in unserem Viertel sich gegen die Verschmelzung der SPD mit der KPD aussprechende Plakate an die Häuser geklebt worden seien. Bei dieser Tätigkeit seien sie von andersgesinnten Jugendlichen beobachtet und verpöffelt worden.

b.w.

Brief des Vaters von Dietrich Medenwald an den Berliner Bürgermeister mit der Bitte um Klärung des Schicksals seines Sohnes.

Strömungen angehört. Von den Vorkriegs-FALKEN übernahm die FDJ das blaue Hemd. Ihr Emblem wurde die aufgehende Sonne.

Nachdem die SPD durch die Alliierte Kommandantur am 31. Mai 1946 im gesamten Berliner Stadtgebiet wieder zugelassen worden war, suchten die Berliner Kreisvorstände aus ihren Reihen Verantwortliche, die die Kinder- und Jugendgruppen für eine selbstständige sozialistische Kinder- und Jugendorganisation gewinnen und bereits vorhandene SPD-Sympathien in den Grup-

pen verstärken sollten. Wer bisher als Jugendlicher an den antifaschistischen Jugendausschüssen teilnahm, konnte sich nun zwischen FDJ und SPD-naher Kinder- und Jugendarbeit entscheiden.

Ende Juli 1946 beschloss eine SPD-Jugendkonferenz mit Vertretern aus den Westzonen und Berlin in Nürnberg, als Nachfolgeorganisation der „Kinderfreunde“ und der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ (SAJ) einen neuen Verband, „Die FALKEN – Sozialistische Jugendbewegung“, aufzubauen. In Berlin war bereits im Juni 1946 der 22-jährige Heinz Westphal von der SPD zum Jugendsekretär berufen worden, um die sozialdemokratische Jugendarbeit voranzutreiben. Sein Vater Max Westphal, von 1921 bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten Vorsitzender der SAJ, war 1943 an den Folgen seiner mehrmaligen Konzentrationslagerhaft gestorben.

Dass die Entscheidung der Berliner Sozialdemokraten, sich mit überragender Mehrheit gegen eine Vereinigung mit der KPD auszusprechen, von der Bevölkerung der Stadt honoriert wurde, zeigten die ersten und letzten freien Wahlen in allen vier Sektoren. Die SPD ging aus den Wahlen am 20. Oktober 1946 als stärkste Kraft hervor. In den Westsektoren errang sie die absolute Mehrheit und auch im sowjetischen Sektor fand sie mit 43,6 Prozent die größte Zustimmung, während es hier die SED trotz der Begünstigung durch die Besatzungsmacht nur auf 29,8 Prozent brachte. In der Folge wurde ein Sozialdemokrat (Otto Ostrowski) zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt. Als dieser im April 1947 zurücktrat, wählte die Stadtverordnetenversammlung Ernst Reuter (SPD) zum Oberbürgermeister, der allerdings auf Druck der Sowjetischen Besatzungsmacht von der Alliierten Kommandantur nicht bestätigt wurde und daher sein Amt nicht antreten konnte.

Im Januar 1947 reichte der vorbereitende Ausschuss der Berliner FALKEN beim Ausschuss für Jugendfragen der Berliner Stadtverordnetenversammlung den Antrag auf Zulassung ein. Die letzte Entscheidung lag allerdings bei der Alliierten Kommandantur.

„Die Falken“

Der vorbereitende Arbeitsausschuss Berlin „Die Falken“, Sozialistische Jugendbewegung Deutschlands, reichte dem Ausschuss für Jugendfragen bei der Stadtverordnetenversammlung Berlin den Zulassungsantrag für die Falken-Bewegung ein. Aus dem Begleitschreiben geht hervor, dass die im Ent stehen begriffene Falken-Bewegung in dem Ausschuss für Jugendfragen die zuständige Stelle der neuen Berliner Selbstverwaltung erblickt, die sich mit der Abfassung von Richtlinien für die Zulassung von freien Jugendverbänden zu beschäftigen hat. Eine Prüfung ihres Antrages erwarten die Falken von einem neu zu schaffenden Ausschuss beim Landesjugendamt Berlin, dem die Vertreter des Jugendamtes, der interessierten anderen Ämter, des Ausschusses für Jugendfragen der Stadtverordnetenversammlung und der kommenden Jugendverbände angehören sollen und der die geprüften Anträge der Alliierten Kommandantur zur Entscheidung vorlegt. Abschliessend drückt der Begleitbrief die Hoffnung aus dass durch schnelle und zuverlässige Arbeit des Ausschusses für Jugendfragen endlich die Hemmnisse für eine freie Entwicklung des Jugendlebens auch in Berlin — als letztem Teil Deutschlands ohne Jugendorganisationen — aus dem Wege geräumt werden.


23. Januar 1947

Telegraf

Eine Meldung über den Antrag der Berliner FALKEN auf ihre Zulassung

Neun Monate später, am 7. Oktober 1947, erhielten die FALKEN zusammen mit der FDJ für Groß-Berlin ihre Zulassung. Sie hatten zu diesem Zeitpunkt ca. 3.000 Mitglieder und bildeten auch in den Ost-Berliner Bezirken Kreisverbände.

Während im „FALKEN-Ring“ Kinder und Jugendliche vom 6. bis zum 17. Lebensjahr organisiert und betreut wurden, waren die 17- bis 25-jährigen Mitglieder in den Gruppen der sozialistischen Jugend (SJ-Ring) zusammengefasst. Altersgemäß waren es in den folgenden Jahren die im SJ-Ring organisierten jungen Leute, die das politische Profil der FALKEN bestimmten und sich aktiv an den politischen Auseinandersetzungen in der Viersektoren-Stadt beteiligten – zwar SPD-nah, aber immer wieder in Einzelfragen auch von der Linie der Mutterpartei abweichend.



INFORMATION

MITTEILUNGSBLATT DER FALKEN

Falken-FDJ / Ein offenes Wort

November 1947 von Erich Richter

In den zwölf Monaten unserer Arbeit ist wiederholt von der FDJ der Wunsch nach Zusammenarbeit an uns herangetragen worden. Viele haben diesen Vorschlag begeistert aufgenommen, aber auch eine sehr große Anzahl steht diesem Ansinnen ablehnend gegenüber. Gerade die Jüngeren von uns sehen zunächst nur das Gemeinsame, das beide Organisationen verbinden könnte. Das Eintreten für die Besserung der sozialen Verhältnisse der Jugend, die Ablehnung jeglicher Kriegstreiberi und der stärkste Einsatz für den Frieden, die Gemeinschaft zwischen Jungen und Mädel sind durchaus Dinge, die ein Zusammengehen fördern könnten. Wenn es dennoch abgelehnt wird, so geschah es aus Kenntnis der Tatsachen, die sich im Hintergrund abspielten, und gerade diese gilt es, nicht polemisch, sondern objektiv anzuführen, um jedem ein endgültiges Urteil zu ermöglichen.

~~Mit der Auflösung der Kommintern erfolgte die Liquidierung der Kommunistischen~~

Die Situation in Berlin und der Ostzone war für die Erreichung der kommunistischen Ziele im Jahre 1945 besonders günstig. Es gelang den kommunistischen Kräften nach dem Einmarsch der Roten Armee, fast sämtliche Schlüsselstellungen des öffentlichen Lebens mit ihren Kräften zu besetzen, so daß der damalige Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung Wandel (KPD) die der KP angehörenden Jugendfunktionäre mit der Übernahme leitender Funktionen der Berliner Jugendausschüsse beauftragen konnte. Somit war die Voraussetzung geschaffen für die spätere Überleitung der Jugend aus den kommunalen Gruppen in die neue Einheitsjugendbewegung, die sich am 7. März 1946 konstituierte und mit der Veränderung ihrer Arbeit auch einen unpolitisch klingenden Namen fand: Freie Deutsche Jugend. Die FDJ umfaßt heute 530 000 Mitglieder, davon allein 470 000 in der Ostzone. Die oberste Instanz — der Zentralrat — besteht zu 88% aus SED-Mitgliedern. Von 9 Abteilungen des geschäftsführenden Vorstandes sind 7 von der SED besetzt. Der erste Vorsitzende, Erich Honecker, die Generalsekretärin des Zentralrates, Edith Baumann, der für die Organisation verantwortlich zeichnende Funktionär, Hermann Axen, sowie der politische Kopf der FDJ, Paul Verner, der die Verbindung zur SMA herstellt, gehören der SED an. Wir sehen somit, daß die Spitze der Freien Deutschen Jugend aus Kräften besteht, die Mitglieder der SED sind und somit auch unweigerlich die Politik ihrer Partei in die Jugendorganisation hereintragen werden.

~~Wir entnehmen aus einem Schreiben des SED-Kreisbüros in Leipzig (Jugendrat)~~

Es steht außerdem im schärfsten Gegensatz zur sozialistischen Weltanschauung, wenn eine Jugendorganisation für sich die alleinige Existenzberechtigung in Anspruch nimmt und den organisatorischen Zusammenschluß andersdenkender junger Menschen zu verhindern versucht.

Die FDJ behauptet, auf dem Boden der Demokratie zu stehen. Auch das entspricht in keiner Form den wahren Tatsachen. Wenn in den Schulen der Ostzone Unterschriften-Sammlungen der Schüler durchgeführt werden und die Freie Deutsche Jugend, durch übergeordnete Dienststellen veranlaßt, einen direkten Zwang auf die jungen Menschen ausübt, um die Unterstützung ihrer Resolutionen zu erhalten, so kann das zweifellos keine freie Meinungsbildung sein, die aber ein wesentliches Merkmal der Demokratie ist. — Wenn die FDJ kommunale Dienststellen veranlaßt, für die Jugend eines Ortes eine Zusammenkunft anzuordnen zwecks Bildung einer FDJ-Gruppe, so ist das eine Verhöhnung der Demokratie.

Wie weit die demokratische Auffassung innerhalb der FDJ bereits verletzt worden ist, läßt eine Forderung des Zentralratsmitgliedes, Manfred Klein (CDU), erkennen, der in der Sitzung des Zentralrates vom 28. bis 30. 11. 1946 die Forderung auf Ergänzung der Statuten durch folgenden Zusatz aufstellte:

„Jegliche Anwendung von Zwang, Gewalt oder Druck als Mittel zur politischen Tat oder zur Erreichung politischer Zwecke durch Jugendfunktionäre ist verfehmt.“

Während der Sitzung wurde Manfred Klein entgegengehalten, daß Gewalt und Gewalt zweierlei seien. Es gebe eine fortschrittliche Gewalt und eine notwendige Beeinträchtigung der Freiheit des Einzelnen zum Segen der Freiheit der Gemeinschaft. — Wenige Tage danach wurde Manfred Klein verhaftet.

~~Demgegenüber hat die FDJ~~

Es ist das eindeutige Ziel der FDJ, die organisatorische Selbständigkeit der Falken aufzuheben. Deshalb rufen sie zur Zusammenarbeit auf, um eine Überführung der Falken in die totalitäre Einheitsjugend hinter den Kulissen vorbereiten zu können.

Eine Warnung des Pressesprechers der Berliner FALKEN, Erich Richter

Der Konflikt innerhalb der FALKEN über das Selbstverständnis als „Kampforganisation“ oder als „Erziehungsgemeinschaft“ wurde im Verbandsalltag in gewisser Weise dadurch gelöst, dass sich altersbedingt nur die im SJ-Ring organisierten Jugendlichen an den tagespolitischen Auseinandersetzungen beteiligten.

Mit der FDJ gab es zunächst noch eine halbwegs friedliche Konkurrenz und punktuelle Zusammenarbeit, ungeachtet weitsichtiger Warnungen wie der vom damaligen Pressesprecher der FALKEN, Erich Richter, 1947 in der November-Ausgabe des Berliner FALKEN-Blattes „Information“.

FALKEN und FDJ arbeiteten im Berliner Jugendring zusammen; es gab gemeinsame Veranstaltungen und Aufrufe wie den zum 1. Mai 1947.

Während die FDJ in den Ost-Berliner Bezirken bevorzugt behandelt wurde, mussten sich die FALKEN im Ostsektor mit schikanösen Praktiken bei der Genehmigung von Gruppenabenden und Veranstaltungen seitens sowjetischer Jugendoffiziere herumschlagen. Auch gingen sie angesichts von Verschleppungen und Verhaftungen dazu über, bei Vorladungen in die sowjetische Kommandatur Kameraden mitzunehmen, die von außen kontrollierten, ob ihre vorgeladenen Freunde von den Besprechungen zurückkehrten.

Neuer Menschenraub im US-Sektor

Sowjetische Militärpolizei entführt am Anhalter Bahnhof deutschen Zivilisten

Ein neuer Menschenraub aus dem amerikanischen Sektor durch Angehörige der sowjetischen Besatzungsmacht ereignete sich am Mittwochabend gegen 10 Uhr in der Nähe des Anhalter Bahnhofs. Ein etwa vierzigjähriger Deutscher wurde von sowjetischer MP, die sich auf einem LKW befand, angerufen und nach der Richtung des Bahnhofs Friedrichstraße gefragt. Als der Deutsche einer Aufforderung zum Einsteigen in den LKW nicht nachkommen wollte, wurde er mit Gewalt auf den LKW gezerrt, der daraufhin in Richtung Potsdamer Platz davonbrauste. Eine halbe Stunde später erschien der LKW abermals in der gleichen Gegend, gefolgt von einem mit sowjetischen Offizieren besetzten Jeep. Der Wagen fuhr mehrmals um den Anhalter Bahnhof und entfernte sich dann wieder in Richtung Potsdamer Platz. Auf dem LKW befanden sich außer sowjetischem Militär drei Männer in Zivilkleidung, eine sich verzweifelt wehrende Frau und zwischen vier bewaffneten Sowjetsoldaten ein anscheinend sowjetischer Soldat in zerrissener Militärjacke und ohne Kopfbedeckung.

Von der NKWD nicht zurückgekehrt

Seit dem 20. August wird der 19jährige Horst Lange aus Berlin-Niederschönhausen vermißt. Lange, der aktiv in der SPD und den Falken gearbeitet hat, wurde schon vor längerer Zeit zur Pankower Kommandantur bestellt. Man verlangte von ihm Informationen über die Sozialdemokratische Partei. Nun ist er von einem Besuch des Verbindungsmannes der Pankower NKWD nicht mehr zurückgekehrt. Ein neuer Beweis dafür, daß man mit terroristischen Methoden versucht, den letzten Rest von Freiheit in diesem Teil Berlins zu untergraben.

SOZIALDEMOKRAT

3. September 1948

Eine alltägliche Meldung in diesen Jahren; hier u.a. über die Verschleppung des Ost-Berliner FALKEN Horst Lange. Er wurde 1953 aus DDR-Haft entlassen.

Zwar beeinflusste die Behinderung der FALKEN-Arbeit die Bereitschaft, im sowjetischen Sektor von Berlin Mitglied der FALKEN zu werden, wie Horst Simanowski auf der 1. Jahreskonferenz der Berliner FALKEN am 6. und 7. Februar 1948 konstatierte, doch war nach der offiziellen Zulassung gleichwohl „die Mitgliederzunahme im russischen Sektor seit dem Oktober relativ am höchsten“. Einschließlich der Helfer und Funktionäre gab es zum 31. Januar 1948, so Simanowski, in Berlin 5.521 Kinder und Jugendliche in den Reihen der FALKEN.³

³ Siehe „Information – Mitteilungsblatt der FALKEN“, Sondernummer, Februar 1948, S. 8.

„Die FALKEN“ – Jugendverband mit langer Tradition



„Der Kinderfreund“ war eine Beilage zur SPD-Tageszeitung „Vorwärts“



Aus „Der Kinderfreund“, Nr. 24/1929

Die nach dem II. Weltkrieg in den westlichen Besatzungszonen und in Berlin neu ins Leben gerufene „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN“ versteht sich als Nachfolgeorganisation der von den Nazis 1933 verbotenen Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Ihre Wurzeln gehen auf lokale Gründungen von Arbeiterjugendvereinen im Jahre 1904 zurück.

Seit Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts trugen die Kinderfreunde als einheitliche Kluft das blaue Hemd, ein rotes Halstuch und den roten Wimpel mit dem stilisierten FALKEN. Er sollte ihren Freiheitsanspruch symbolisieren.

Organisatorisch unabhängig, waren und blieben die FALKEN programatisch und personell der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verbunden, aus deren Reihen nach 1945 auch die Impulse zur Neugründung eines SPD-nahen sozialistischen Kinder- und Jugendverbandes kamen.

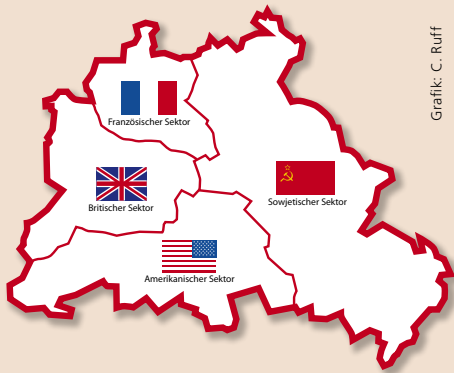
Die Nachkriegs-KPD, ab April 1946 dann die SED, verfolgte hingegen mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht die Bildung einer formell überparteilichen Jugendorganisation: die Freie Deutsche Jugend (FDJ). Sie unterlag zunehmend der strikten Führung und Kontrolle seitens der SED.

Im Jahre 2004 feierte die „Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD) – Die FALKEN“ 100 Jahre sozialistische Arbeiterjugendbewegung.

Dampferfahrt der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ/Moabit) auf der Havel 1932



Politischer Neubeginn aus Trümmern



Grafik: C. Ruff

Am 8. Mai 1945 kapitulierte Nazi-Deutschland bedingungslos; die Rote Armee hatte Berlin erobert. Ab 3. Juli besetzen amerikanische und britische Truppen ihre Berliner Sektoren, im August 1945 wird ein französischer Sektor gebildet. Eine von den Besatzungsmächten errichtete Interalliierte Militärkommandantur übernimmt die Befehlsgewalt in der Stadt. Vereinbart wird der freie Verkehr zwischen allen vier Sektoren.

Die Stadt liegt in Trümmern, die Menschen kämpfen um das tägliche Überleben.

Bereits am 10. Juni 1945 lässt die Sowjetische Militäradministration (SMAD) in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) einschließlich Berlins die Bildung von politischen Parteien und Gewerkschaften zu. Die von Berliner Sozialdemokraten vorgeschlagene Gründung einer einheitlichen Partei wird von den Kommunisten zunächst abgelehnt. KPD und SPD werden im Juni 1945 gegründet, kurz darauf CDU und LDP.

Vor dem Hintergrund von Wahlniederlagen kommunistischer Parteien in Österreich und Ungarn im Herbst 1945 und einer zahlenmäßig stärker als die KPD wachsenden SPD in allen Besatzungszonen beginnt die KPD im Herbst/Winter 1945, die Vereinigung von SPD und KPD zu propagieren. Schlechte Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunisten lassen Berliner Sozialdemokraten zunehmend auf Distanz gehen.



Quelle: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Siegestanz sowjetischer Soldaten, Mai 1945

Berlin, 1. Mai 1946



Quelle: Landesarchiv Berlin

Berlin 1946: Zwangvereinigung und Wahlen



Wahlplakat der Berliner SPD, 1946

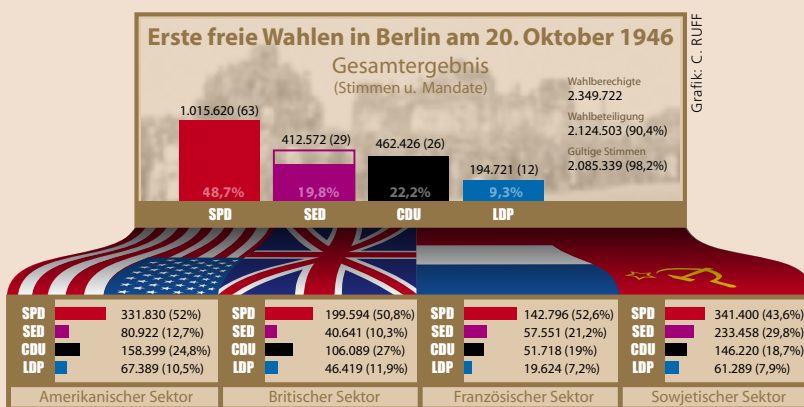
Quelle: Frank-Neumann-Archiv

Viele Berliner Sozialdemokraten misstrauen dem plötzlichen Vereinigungswillen der KPD. Am 31. März 1946 sprechen sich in den Westsektoren Berlins 82 Prozent der abstimmenden SPD-Mitglieder gegen eine Vereinigung, nur 12 Prozent dafür aus. Im Ostsektor Berlins ist die Abstimmung verboten. Der sowjetische Geheimdienst NKWD startet in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone eine Einschüchterungs- und Verhaftungswelle gegen Sozialdemokraten, die der Vereinigung widersprechen. Davon betroffen sind im April 1946 auch drei FALKEN aus Berlin-Prenzlauer Berg: Willi Beiersdorf, Dieter Medenwald und Hans Leuendorf. Medenwald und Leuendorf sterben 1947/48 im sowjetischen Speziallager Bautzen, Beiersdorf wird 1954 aus der Haft entlassen – die ersten Opfer politischer Verfolgung aus den Reihen der FALKEN. Am 21. April 1946 beginnt im Berliner Admiralspalast der Vereinigungsparteitag von SPD und KPD; es entsteht die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). Doch auch die SPD ist weiterhin aktiv. Im Mai 1946 beschließt die Alliierte Kommandantur die Zulassung von SPD und SED in allen vier Berliner Sektoren.



Wahlplakat der Berliner SPD, 1946

Quelle: Frank-Neumann-Archiv



Aus den ersten freien Wahlen in Berlin am 20. Oktober 1946 geht die SPD als stärkste Kraft hervor.

Bereits im August 1945 hatte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) für ihre Zone und für Berlin die Bildung antifaschistischer Jugendausschüsse angewiesen. Als Vorbereitung für eine die ganze sowjetische Zone umfassende einheitliche Jugendorganisation findet im Dezember 1945 das 1. Delegierten-Treffen der von Heinz Kebler (KPD) geleiteten »Antifaschistischen Jugendausschüsse« Groß-Berlins statt. Sie wird am 7. März 1946 von der SMAD mit dem Namen »Freie Deutsche Jugend« (FDJ) genehmigt. Vorsitzender des Gründungsausschusses wird Erich Honecker. Ihre blaue Hemdenfarbe ist von den Vorkriegs-FALKEN übernommen. Ihr Emblem ist die aufgehende Sonne. Auch SPD-Mitglieder haben bereits 1945 mit der Kinder- und Jugendarbeit in der Vier-Sektoren-Stadt begonnen.

Heinz Kebler (1. Reihe links) und Erich Honecker (1. Reihe rechts) bei einer FDJ-Demonstration 1949.



Quelle: Bundesarchiv Koblenz

Neubeginn der FALKEN: „Nach Hitler endlich wir“

Noch vor der offiziellen Lizenzierung im Herbst 1947 bilden sich in den Berliner Bezirken der SPD nahestehende FALKEN-Gruppen. Ihre Gründung speist sich aus drei Quellen:

Unter Beteiligung junger Sozialdemokraten werden Jugendausschüsse gegründet, die in den Bezirken kommunale Jugendgruppen ins Leben rufen oder bereits spontan entstandene Gruppen fördern. Schon kurze Zeit darauf finden sich aber auch ältere Sozialdemokraten – oft Frauen –, die die Kinder von Sozialdemokraten besonders in Siedlungen,



Quelle: Arbeiterjugend

Jugendgruppen in Berlin-Tempelhof mit Heinz Westphal (Rücken), 1945



Quelle: Arbeiterjugend

Uli Weber spielt auf bei einer Werbeveranstaltung der Tempelhofer FALKEN, 1946

in denen viele SPD-Mitglieder wohnen, an den Wochenenden zu Spielnachmittagen zusammenholen und für sie Weihnachtsfeiern organisieren. Nachdem im Mai 1946 die SPD auch in den Bezirken Ost-Berlins wieder legal arbeiten darf, suchen die Ost-Berliner Kreisvorstände aus ihren Reihen Verantwortliche, die die Kinder- und Jugendgruppen, soweit die Eltern der SPD nahestehen, für eine selbstständige sozialistische Jugendorganisation gewinnen und bereits vorhandene SPD-Sympathien in den Gruppen verstärken sollen. Im Juni 1946 wird der 22-jährige Heinz Westphal von der Berliner SPD zum Jugendsekretär berufen, um in Gesamt-Berlin die sozialdemokratische Jugendarbeit aufzubauen.



Heinz Westphal bei einer FALKEN-Veranstaltung 1947

Lothar Otter bei einem Kostümfest des antifaschistischen Jugendausschusses Berlin-Lichtenberg, 1946



Quelle: Lothar Otter

Politische Arbeit in der geteilten Stadt 1948 – 1951

[Falco Werkentin]

1948 wurde zu einem dramatischen Jahr in der Geschichte Berlins und damit auch für die FALKEN. Die weitere Entwicklung führte schließlich dazu, dass ab dem Sommer 1949 die Ost-Berliner FALKEN darauf verzichteten, sich in ihren Bezirken zu treffen und öffentliche Veranstaltungen auszurichten. Soweit sie sich nicht dem Druck durch die Kündigung der Mitgliedschaft entzogen, kamen sie fortan in West-Berlin zusammen. Um drohenden Verhaftungen zu entgehen, mussten zudem nicht wenige FALKEN in den Westsektor fliehen. Erst 1956, in der kurzen „Taufwetterphase“, die durch den XX. Parteitag der KPdSU mit Chruschtschows Enthüllungen über Stalins Verbrechen ausgelöst wurde, traten FALKEN in Ost-Berlin wieder offen auf.

Wie sehr sich die politischen Gemeinsamkeiten in Berlin inzwischen aufgelöst hatten, zeigte sich am 18. März 1948. Während die SPD und andere politische Kräfte an den 100. Jahrestag der März-Revolution von 1848 vor dem Reichstagsgebäude erinnerten, veranstaltete die SED eine Kundgebung vor den Gräbern der Märzgefallenen in Friedrichshain. Die FALKEN allerdings nahmen noch an einer gemeinsamen Feier des Hauptjugendausschusses und des Jugendrings von Groß-Berlin teil, auf der Heinz Kamnitzer für die FDJ und Otto Stolz für die FALKEN sprachen. Wenige Wochen später, am 1. Mai, fanden erstmalig nach dem Kriege zwei getrennte Mai-Demonstrationen statt. Die FALKEN beteiligten sich an der Kundgebung vor dem Berliner Reichstag; die FDJ demonstrierte in Ost-Berlin.

Am 20. März verließ der sowjetische Militärgouverneur Wassili Sokolowski den Alliierten Kontrollrat. Damit ging die gemeinsame Besatzungspolitik für Deutschland zu Ende.

Ein weiterer Schritt in der Eskalation war der Beginn der „kleinen“ Berlin-Blockade durch die Behinderung westallierter Personen- und Gütertransporte von und nach Berlin ab dem 1. April 1948 seitens der sowjetischen Besatzungsmacht; weitere Einschränkungen folgten.

Auch wurde die Tätigkeit der Berliner Stadtverordnetenversammlung zunehmend blockiert. So konnte die am 22. April 1948 mit 83 Stimmen der SPD, CDU und LDP gegen 20 Stimmen der SED verabschiedete Verfassung Berlins von den vier Besatzungsmächten nicht bestätigt werden, da die Sowjetunion ihre Mitwirkung im Kontrollrat eingestellt hatte.

Die bevorstehende Währungsreform in den Westzonen nahm die Sowjetunion am 16. Juni zum Anlass, sich nun auch aus der Berliner Alliierten Kommandantur zurückzuziehen. Die Vier-Mächte-Verwaltung Berlins war damit beendet.

In den Westzonen wurde die neue Währung am 20. Juni 1948 eingeführt; die Westsektoren Berlins blieben zunächst ausgeschlossen. Nachdem die Sowjetische Besatzungsmacht die in ihrer Zone zwei Tage später erlassene Währungsreform auf alle Sektoren Berlins ausdehnen wollte, wiesen die Westalliierten am 23. Juni an, die West-Währung auch in den Westsektoren von Berlin einzuführen.

Am selben Tag wurde eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung, die in Ost-Berlin tagte und sich mit der Einführung einer doppelten Währung in Berlin befasste, durch kommunistische Störtrupps behindert, die einzelne Stadtverordnete tätlich angriffen. Zu den misshandelten sozialdemokratischen Stadtverordneten gehörte Jeanette Wolff, die als Jüdin lange Jahre in Konzentrationslagern gelitten hatte. Unter anderem war auch der Berliner FDJ-Vorsitzende, Heinz Keßler, daran beteiligt.

Vor dem Hintergrund des kommunistischen Staatsstreichs in der Tschechoslowakei am 22. Februar 1948, den das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ als „lehrreiches Beispiel“ gefeiert hatte, wuchsen nach den Ereignissen in der Stadtverordnetenversammlung die Befürchtungen, dass es auch in Groß-Berlin zu ähnlichen Entwicklungen kommen könne.

Im Jugendingring Berlin forderte der Berliner FALKEN-Vorsitzende Westphal von der FDJ, sich vom Verhalten Heinz Keßlers in der Stadtverordnetensitzung am 23. Juni zu distanzieren. Keßler bestritt alle Vorwürfe. Daraufhin erklärten die übrigen Jugendverbände (die FALKEN, der Bund deutscher Jugend und der Demokratische Jugendverband) die Zusammenarbeit mit der FDJ für beendet.

Bereits Ende Januar 1948 hatten sich die letzten Vertreter der CDU und der Liberaldemokraten aus dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend zurückgezogen. Sie begründeten diesen Schritt damit, dass die FDJ unter dem Einfluss ihrer der SED angehörenden Mitglieder eine „einseitige Politik“ betreibe.

SONDERNUMMER
Berliner Ausgabe
NEUE ZEITUNG
EINE AMERIKANISCHE ZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE BEVÖLKERUNG

SONDER-NUMMER KOSTENLOS
23. JUNI 1948

Deutsche Mark für Berlin

Amtliche Erklärung der US-Finanzabteilung

Auf Grund des Versuchs der sowjetischen Militärverwaltung, sich widerrechtlich die Autorität amerikanischer wirtschaftlicher Agentenposten in Berlin zu behaupten und eine eigene Währung für die Viermächtezone einzuführen, haben die Viermächte beschlossen, die Deutsche Mark in den drei westlichen Sektoren von Berlin einzuführen.

Als die Geldreform in den drei westlichen Sektoren durchgeführt wurde, um eine weitere Verschärfung der Wirtschaftslage der westlichen Zone zu vermeiden, war ausdrücklich beschlossen worden, in Berlin keine solche Maßnahmen durchzuführen, da die Stadt unter Viermächteverwaltung steht. Darüber hinaus waren die Viermächte der Ansicht, daß es dem obersten Viermächtegremium der Stadt, nämlich der Finanzkommission, obliegt, eine solche Geldreform für die gesamte Bevölkerung der ganzen Stadt durchzuführen.

Die drei westlichen Besatzungsmächte haben die sowjetische Militärverwaltung eigenem Ein, auf Viermächtebasis die beste Methode zum Schutze der Wirtschaft und der Bevölkerung von Berlin zu erörtern. Bei der Besprechung der Finanz- und Wirtschaftsausschüssen der vier Besatzungsmächte in Deutschland am Dienstag, dem 22. Juni, erboten sich die Vertreter der westlichen Zonen, mit den sowjetischen Behörden eine einseitige und letztbindende Methode zur Handhabung der Währungs- und Geldreform für die drei westlichen Zonen zu besprechen und zusammenzutun. Es war und ist noch der Wunsch der drei Westmächte, eine einheitliche Währung für ganz Berlin zu erreichen.

Die Vorentsche der Westmächte wurden von den sowjetischen Militärbehörden abgelehnt. Da sowjetische Militärverwaltung bestand stattdessen darauf, daß ein allein die Währungsbestimmungen für die Stadt Berlin treffen dürfte. Westmächte weigerte sich die sowjetische Militärverwaltung, das Versucht der Kommandantur als den obersten gesetzgebenden Organ Berlin anzuerkennen. Stattdessen erklärte die sowjetische Militärverwaltung keine eigenen Gesetze, die westmächte auf Groß-Berlin anzuwenden wären — die gleichen Gesetze, welche die sowjetische Militärverwaltung für die sowjetische Besatzungszone proklamieren hat.

Die Westmächte können sich einer solchen willkürlichen Handlung, welche die sowjetische Militärverwaltung in Berlin verfährt und vollkommen außer Acht läßt, und auch alle Abkommen über die Abwicklung von Geld- und Bankangelegenheiten der Stadt verfehlt, nicht fügen. Die drei westlichen Besatzungsmächte in Berlin haben es daher für notwendig befunden, daß die von der sowjetischen Militärverwaltung verbotenen Gesetze auf die drei westlichen Sektoren von Berlin keine Anwendung finden. Die drei Westmächte setzen sich deshalb gegen die Anwendung der sowjetischen Besatzungsmächte in den drei westlichen Sektoren Berlins die Deutsche Mark einzuführen, die gesetzlichen Zahlungsmittel in den westlichen Zonen ist.

Einrichtungen der Art und Zeit der Umwertung des bestehenden Geldes und der Bankgeschäfte der Bevölkerung in den amerikanischen, britischen und französischen Sektoren Berlins werden in Klärung herbeigeführt werden. Militärisch hat ein Befehl über die sofortige Schließung aller Banken in den drei westlichen Sektoren und ein Musterplan für die finanziellen Verpflichtungen bis zur Bekanntgabe von Einzelheiten der Geldwertumwertung veröffentlicht werden.

Die gesetzlichen Hören für die Zurückbewahrung der drei westlichen Sektoren von Berlin auf ein Mindestmaß zu beschränken, haben die Besatzungsmächte angedeutet, daß Lebensmittelgeschäfte und Apotheken während des Zeitraums der Umwertung geöffnet bleiben.

Militärregierung Amerikanischer Kontrollsektor Groß-Berlin

Befehl zur Geldreform

- Die Kommandanten der französischen, britischen und amerikanischen Sektoren von Berlin sind benachrichtigt worden, daß die sowjetischen Militär-Administration Befehle erlassen hat für eine Umwandlung der Währung in Groß-Berlin.
- Diese sowjetischen Befehle widersprechen den Viermächteabkommen über die Viermächteverwaltung von Groß-Berlin. In den französischen, britischen und amerikanischen Sektoren von Groß-Berlin sind diese Befehle null und nichtig und finden keine Anwendung auf die Einwohner der französischen, britischen und amerikanischen Sektoren von Groß-Berlin.
- Hiermit werden folgende Notmaßnahmen angeordnet, die bis zur Verkündung weiterer Befehle in Kraft bleiben:
 - Alle Banken sind zu schließen; ihre Angestellten müssen jedoch für notfalls vorkommende Arbeiten zur Stelle sein.
 - Sämtliche Geschäfte sind zu schließen mit Ausnahme von
 - sämtlichen Lebensmittelgeschäften,
 - sämtlichen Apotheken zum Verkauf dringender Medikamente.
 Diese Lebensmittelgeschäfte und Apotheken müssen während der gesetzlichen Verkaufszeit geöffnet bleiben und ihre Waren zu den gesetzlich festgesetzten Preisen gegen Zahlung von Reichsmark verkaufen.
 - Sämtliche Schuldzahlungen sind vorläufig einzustellen.
- Wer den Vorschriften des vorhergehenden Paragraphen des Befehls zuwiderhandelt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus.
- Erforderliche Vorkehrungen werden getroffen, um in den französischen, britischen und amerikanischen Sektoren von Groß-Berlin die neue Währung, die in den betreffenden Besatzungszonen Deutschlands gültig sind, einzuführen. Eine entsprechende Ankündigung der Bedingungen, zu denen das neue Geld herausgegeben wird, wird folgen.
- Dieser Befehl tritt am 23. Juni 1948 in Kraft.

23. Juni 1948 **IM AUFTRAGE DER MILITÄRREGIERUNG:
AMERICANISCHER SEKTOR
GROSS-BERLIN**

Kommandanten erteilen Anweisungen an die Oberbürgermeisterin

Am Mittag des 23. Juni 1948 erhielt die Stadtverordnete Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schroeder, Anweisungen von jedem der drei westlichen Kommandanten, die sowjetische Währungsreform nicht in den Westsektoren durchzuführen. Sie wurde gleichzeitig benachrichtigt, daß die Währungsreform der Westzone auch in den Westsektoren Berlins durchgeführt werden würde.

Zu diesen Anweisungen nahm Frau Louise Schroeder folgende Stellung: „Ich habe die Befehle der drei westlichen Kommandanten zur Kenntnis genommen. Ich bin der Ansicht, daß jeder Kommandant in seinem Sektor die entsprechenden Anweisungen zu befolgen hat.“

Der Befehl von Oberst Frank L. Howley, Kommandant des amerikanischen Sektors von Berlin, an Frau Schroeder, stellvertretende Oberbürgermeisterin von Groß-Berlin, hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Schroeder!

Ich würde gerne unterrichten, daß Sie von den zentralen sowjetischen Behörden einen Befehl erhalten haben, der Sie verpflichtet, für ganz Berlin eine sowjetische Währungsreform durchzuführen.

Ich muß Sie davon in Kenntnis setzen, daß dies ein einseitiger Befehl ist, der auf den amerikanischen Sektor Berlins keine Anwendung finden kann. Deshalb werden wieder die noch irgendwelche andere Mitglieder der Stadtverwaltung von Groß-Berlin diesen sowjetischen Befehl im amerikanischen Sektor Berlins durchzuführen.

Wollen Sie diesen Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht allein Mitgliedern des Magistrats der Stadt Berlin zur Kenntnis geben.

Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt von den Maßnahmen unterrichtet werden, die im Hinblick auf die europäischen Besatzungsmächte im amerikanischen Sektor Berlins zu treffen sind.

Sehr respektvoll
Frank L. Howley
Oberst, Befehl der Militärregierung
und US Kommandant
Alliierte Kommandantur Berlin

Der Befehl des Kommandanten des britischen Sektors an Frau Schroeder hat folgenden Wortlaut:

„Wie ich Ihnen mitteilen möchte, werden Sie von der sowjetischen Militäradministration Anweisungen, einen Plan für die Währungsreform und den Geldtausch für Groß-Berlin durchzuführen.“

Die diese Anweisungen sich auf beherrschender Viermächte-Autorität stützen, müssen sie für den britischen Sektor Berlins als ungültig betrachtet werden.

Bezüglich der Maßnahmen, die in dem britischen Sektor Berlins durchgeführt werden müssen, werden Sie in Kürze nähere Anweisungen erhalten.“

E. O. Hardest, Generalmajor,
Kommandant des Britischen Sektors von Berlin

Der Kommandant des französischen Sektors von Berlin, General Jean Genet hat Frau Louise Schroeder im gleichen Sinne am Mittwoch Mittag mündlich benachrichtigen lassen. Eine schriftliche Benachrichtigung der Anweisung General Genets wird für heute schiedlich erwartet.

Auf die Einbindung der Berliner Westsektoren in die westdeutsche Währungsreform antwortete die Sowjetunion mit der „großen“ Berlin-Blockade, die in der Nacht zum 24. Juni 1948 begann. Sie unterbrach den gesamten Schienenverkehr aus den Westzonen in die westlichen Sektoren Berlins. Auch wurden die Lebensmittellieferungen aus der SBZ und der Binnenschiffsverkehr eingestellt. Am selben Tag beteiligten sich über 70.000 Berliner im Westteil der Stadt an einer Kundgebung, auf der der Sozialdemokrat Ernst Reuter zum „Aufstand gegen die Berliner Blockade“ aufrief. Die Westalliierten starteten die Luftbrücke zur Versorgung der Westsektoren. Die Blockade endete am 12. Mai 1949, die Luftbrücke am 30. September. FALKEN beteiligten sich am Entladen von Flugzeugen und zeigten damit demonstrativ ihre politische Position.



Nachdem die gewählte Stadtverordnetenversammlung Ende Juli 1948 gegen die Stimmen der SED die Blockade als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilte, ging die Zeit einer gemeinsamen Stadtverordnetenversammlung für Gesamtberlin ihrem Ende entgegen; die Auflösung der gemeinsamen Stadtverwaltung hatte bereits früher begonnen.

Ende August erklärte General Kotikow von der SMAD alle Magistratsverordnungen, d. h. die der gewählten Stadtregierung, aus der letzten Zeit für ungültig. Auf Ersuchen der SED wurden die anstehenden Gemeindewahlen von der SMAD verschoben.

In den folgenden Wochen störten kommunistische Demonstranten erneut mehrfach, so am 26. August und am Vormittag des 6. September, Sitzungen des Stadtparlaments in Ost-Berlin. Daher trat am Abend des 6. September die Stadtverordnetenversammlung zum ersten Mal in West-Berlin zusammen. Die SED-Fraktion erschien nicht. Stadtverwaltung und Stadtparlament waren endgültig gespalten.

Der Ost-Berliner Falke Jürgen Gerull, der als Berichterstatter der West-Berliner Tageszeitung „telegraf“ an der verhinderten Stadtverordnetenversammlung am 6. September in Ost-Berlin teilnehmen wollte, wurde verhaftet, aber nach einigen Wochen entlassen. Seine zweite Festnahme im Mai 1949 endete mit einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren.

SOZIALDEMOKRAT Dienstag, den 7. September 1948

Mit dem Rüstzeug der Barbaren

20jähriger Mitarbeiter des „Sozialdemokrat“ in Ketten abgeführt

Berlin (Eigenbericht). Bereits kurz nach 9 Uhr trafen gestern früh die ersten „Demonstranten der SEP“ vor dem Neuen Stadthaus in der Parochialstraße ein. Eine Stunde später hatte sich ihre Anzahl bereits auf etwa 1000 erhöht, nachdem Knüppelkommandos, Sprechchöre grölend auf Lastwagen aus den Sowjet-AGs herbeigebracht worden waren. Die Markgrafpolizei erzwang sich und den „Delegationen“ den Eintritt ins Stadthaus, die selbständige Kontrollen durchführte und eine große Anzahl von Verhaftungen, besonders unter den Pressevertretern der westlichen Zeitungen, vornahm. Einigen Verhafteten gelang es, in dem Durcheinander zu entkommen, jedoch befinden sich bei Redaktionsschluss Redakteur Hanske vom „Tagespiegel“ und der 20jährige Volonteur unserer Zeitung, Jürgen Gerull, der wie ein Schwerverbrecher mit Handschellen abgeführt wurde, noch in Haft. Eine Begründung für die Inhaftierung konnte uns nicht gegeben werden.

Die vor dem Stadthaus versammelte Menschenmenge setzte sich gestern aus ausgesprochenen

„Aktivisten der SEP“ zusammen, die auf Kommando („Gruppe Weißensee nach vorn, Tür rammen“) handelte und mit Drohungen nicht sparte. Blutvergießen wurde jedoch dadurch verhindert, daß eine Gruppe von etwa 100 jungen Sozialdemokraten die Aufmerksamkeit der Knüppelgarde auf sich lenkte. Durch das gewaltsame Aufbrechen der Vorder- und Hintereingänge gelang es mehreren Hunderten von Kommunisten, das Stadthaus und den Sitzungssaal zu stürmen, wo sie die RIAS-Reporter Schulze und Jürgen Graf schwer mißhandelten. Ein amerikanischer Bildberichterstatter wurde zu Boden geprügelt. Nur durch das Eingreifen des amerikanischen Verbindungsoffiziers wurde ihm Ärgeres erspart. Durch das Blockieren der Tore war es einem großen Teil der Stadtverordneten, darunter mehreren Mitgliedern des Ältestenrates, nicht möglich, ins Stadthaus zu gelangen. Dr. Suhr selber konnte nur bis auf den obersten Treppenabsatz, jedoch nicht in den Sitzungssaal gelangen. Die „Rollkommandos“ trieben sich bis 15 Uhr auf der Suche nach Opfern herum.

Ein Bericht über die Ereignisse am 6. September 1948, Verhaftung von Jürgen Gerull

Zu einem dramatischen Ereignis für die FALKEN entwickelte sich die große Kundgebung am 9. September 1948 vor der Reichstagsruine, an der 300.000 Berliner aus allen Stadtbezirken teilnahmen. Auch die FALKEN hatten hierzu aufgerufen. Ernst Reuter sprach seine legendären Worte „Ihr Völker der Welt – schaut auf diese Stadt“. Als am Ende der Kundgebung Teilnehmer am Brandenburger Tor nach Ost-Berlin zurückströmten, junge Leute von der Quadriga, dem „Siegeswagen“ auf dem Brandenburger Tor, die sowjetische Fahne entfernten und es zum Gerangel mit Ost-Berliner Polizisten kam, eröffneten Volkspolizisten das Feuer. Dabei wurde der 15-jährige Falke Wolfgang Scheunemann erschossen – ein blutiges Ereignis, das die FALKEN in ihrer antikommunistischen bzw. antistalinistischen Haltung bekräftigte.

Einige Wochen später, am 30. November, tagten in Ost-Berlin 1.616 Teilnehmer einer „Außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung“, die einen „provisorischen demokratischen Magistrat Großberlin“ wählten und Friedrich Ebert jr. (SED) zum Oberbürgermeister ernannten. Abgesehen von den 26 SED-Stadtverordneten, die 1946 gewählt worden waren, setzte sich diese Versammlung u.a. aus 1.151 von der SED bestimmten „Delegierten aus Berliner Betrieben“ und 229 Vertretern der „demokratischen Massenorganisationen“ zusammen – gewissermaßen eine kleine, auf Ost-Berlin beschränkte Variante des Kommunistischen Staatsstreiches in der Tschechoslowakei.

Die anstehenden Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksverordnetenversammlungen wurden in Ost-Berlin verboten – die SED rief zum Boykott der Wahlen in den Westsektoren auf. Dessen ungeachtet klebten FALKEN aus dem Ost-Berliner Bezirk Lichtenberg in der Nacht zum 5. Oktober, dem Wahltag, Plakate der SPD und der FALKEN. Von der Ost-Berliner Polizei dabei festgenommen, übergab man sie der sowjetischen Besatzungsmacht.

Aus den Wahlen ging die SPD mit 64,5 % aller Stimmen als stärkste Kraft hervor, gefolgt von der CDU (19,4 %) und der LDP (16,1 %). Angesichts der kritischen Lage entschlossen sich die Parteien, eine Allparteienregierung aus SPD, CDU und LDP mit Ernst Reuter (SPD) als Oberbürgermeister zu bilden.

Monate später, im Juli 1949, verkündete ein Militärtribunal in einem geheimen Prozess gegen die in der Nacht zum 5. Oktober 1948 Festgenommenen und zwei weiteren FALKEN aus Berlin-Lichtenberg Strafen von je 25 Jahren Arbeitslager. Bereits im Juni hatte das Ost-Berliner Landgericht in einem Schauprozess u.a. Jürgen Gerull, der im Mai 1949 zum zweiten Mal verhaftet worden war, zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Während der Verhandlung wurde der Berliner FALKEN-Vorsitzende, Heinz Westphal, der als Beobachter teilnahm, unter fadenscheinigen Vorwänden festgenommen.



Titelseite einer 1949 von Willy Brandt geschriebenen Broschüre zum Schauprozess gegen Jürgen Gerull und weitere FALKEN

Zum Zeitpunkt der 2. Landesdelegiertenkonferenz der Berliner FALKEN im Februar 1949 war die Zahl der Mitglieder auf knapp 7.000 gestiegen. Doch erzwang die zunehmende Behinderung der Aktivitäten in den Ost-Berliner Bezirken im Juli 1949 den Beschluss, im sowjetischen Sektor die Arbeit einzustellen. Die Mitgliederzahl ging als Folge in den nächsten Jahren deutlich zurück. Während die pädagogische Arbeit mit Kindern gänzlich eingestellt werden musste, trafen sich fortan Ost-Berliner Mitglieder des SJ-Ringes, in dem jugendliche FALKEN ab dem 17. Lebensjahr organisiert waren, in den West-Berliner Bezirken.

War es bereits für Jugendliche in Berlin nicht ohne Gefahren, sich zu den FALKEN zu bekennen, so mussten Jugendliche aus der sowjetischen Besatzungszone/DDR erst recht mit Verfolgung und Verhaftung rechnen, wurden ihre Kontakte zu den FALKEN bekannt.

So wurde der 20-jährige Klaus Helfer aus Plauen/Vogtland im September 1948 festgenommen und von einem sowjetischen Militärgericht verurteilt. Den 19-jährigen Helfried Kathe, der mit dem Pressesprecher der Berliner FALKEN, Erich Richter, und dem Bundesvorsitzenden der FALKEN, Erich Lindstaedt, brieflichen Kontakt hatte, verurteilte im März 1949 ein Militär-Tribunal in Merseburg. Im April 1949 traf es drei junge Leute aus Dresden (Erhard Radestock, Werner Andreck und Ella Stange), die wegen des Vorwurfs illegaler Gruppenbildung und Spionage je 25 Jahre Arbeitslagerhaft erhielten. Radestock wurde in der Anklageschrift der sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft vorgehalten, „dass er im Januar 1948 zusammen mit Andreck Werner Kontakt zu der Führung der in den westlichen Sektoren Berlins angesiedelten reaktionären Jugendorganisation FALKEN herstellte und die Aufgabe erhielt, in der Sowjetischen Besatzungszone Spionage zu betreiben. Er nahm aktiv an dem Aufbau einer illegalen Spionagegruppe in

Aus dem Geschäftsbericht des Berliner Landesvorstands vom 5. März 1950

Die politischen Ereignisse und Arbeiten des vergangenen Jahres

(...)

2. Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Politik hatte für uns eine Reihe tragischer Auswirkungen.

Anfang des Jahres 1949 wurde die Behinderung unserer Falkenarbeit durch die sowjetischen Bezirkskommandanturen immer stärker. Am 17.1.1949 ist unsere Arbeit im Kreis Friedrichshain verboten worden. Gerhard Sperling, der Kreisleiter von Lichtenberg, wurde am 17.2. in seiner Arbeitsstelle verhaftet. Im Bezirk Prenzlauer Berg wurde uns am 5.3. die Heimbenutzung für unsere Gruppen verboten. Am 2. Mai erfolgte die Verhaftung von Lothar Otter, Lichtenberg. Durch dauernde Schikane wurde eine freie, sozialistische Jugendarbeit auch in den anderen Kreisen des Ostsektors allmählich unmöglich gemacht. (Der Kreis Pankow hatte bereits Ende 1948 seine Arbeit in Pankow einstellen müssen.)

Am 15.5. wurde Jürgen Gerull, der Jugendvorsitzende des Landesverbandes, mit einer Gruppe von acht Treptower FALKEN beim Verteilen von Zeitungen in Bohnsdorf verhaftet. Der Prozeß gegen diese Gruppe brachte die Verurteilung von Jürgen Gerull zu zweieinhalb Jahren und Werner Wilke zu einem halben Jahr Gefängnis. Die Revisionsverhandlung ergab aus politischen Motiven eine Bestätigung dieses Urteils. Bei der Gerichtsverhandlung wurden der 1. Vorsitzende Heinz Westphal und Helga Wels, Wedding, unter Anwendung von Gewalt verhaftet. Während Helga Wels nach eintägiger Haft entlassen wurde, erhielt Heinz Westphal eine sechswöchige Gefängnisstrafe. Die wie auch in den anderen Fällen sofort einsetzende Protestkampagne, die bei dieser Gelegenheit erstmalig die volle Unterstützung der gesamten demokratischen Öffentlichkeit fand, hatte Erfolg. Damit war der Schlußstrich unter unsere Diskussionen um die Haltung des Verbandes gegenüber der FDJ gezogen. Durch unsere Bemühungen, die in einer großen Protestversammlung des Landesjugendringes am 18.6. in der „Neuen Welt“ gipfelten, wurde von den Bezirksverordnetenversammlungen der Westsektoren beschlossen, der FDJ, die an den Aktionen gegen die FALKEN aktiven Anteil hatte, die Benutzung der Jugendheime und die Inanspruchnahme städtischer Förderung zu verwehren

(...).

Aus ähnlichem Anlaß wie die Gerull-Gruppe wurde auch Manfred Triller, Kreuzberg, am 14.5. verhaftet und später zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

Während des Eisenbahnerstreiks im Mai 1949 wurde Rolf Hüsing, Charlottenburg, für mehrere Wochen von der Volkspolizei inhaftiert, ohne einen Prozeß zu erhalten.

Gertrud Neumann, Neukölln, wurde am 18.6. wegen Flugzettelverteilung eingesperrt. Die Bestrafung galt durch die Untersuchungshaft als abgegolten.

Horst Vollrath, Köpenick, ist am 17.7. aus seiner elterlichen Wohnung verschleppt worden und seitdem spurlos verschwunden.

Zwei weitere Köpenicker FALKEN wurden im September für kurze Zeit verhaftet und Verhören unterzogen. Einem weiteren FALKEN gelang es, sich seiner Verhaftung zu entziehen.

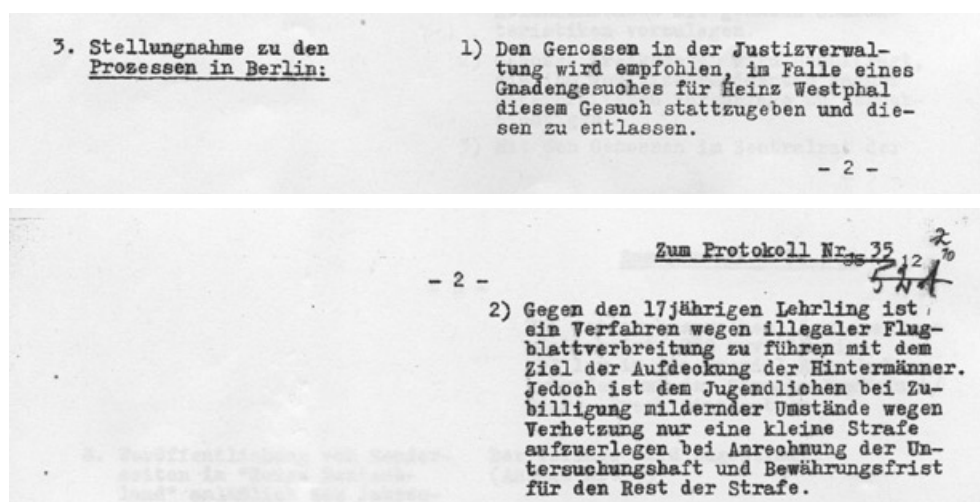
Rolf Lindner, Prenzlauer Berg, wurde im Dezember ohne Angabe von Gründen drei Wochen lang von der Bahnpolizei inhaftiert und konnte sich dann der erzwungenen Spitzeltätigkeit durch die Flucht entziehen.

Erst im September gelangte die erste Nachricht von Gerhard Sperling und Lothar Otter sowie der beiden am 4. Dezember 1948 in Mahlsdorf verhafteten Lichtenberger FALKEN Günter Schlierf und Horst Glanck in unsere Hände. Danach sind diese vier FALKEN durch ein sowjetisches Gericht ohne Verteidigungsmöglichkeit zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden und befinden sich in einem KZ der Ostzone.

Am 1.2.1950 wurde völlig überraschend nach einer Hausdurchsuchung unsere Köpenicker Funktionärin Lilo Laxgang mit ihrem Vater verhaftet. Alle Nachforschungen brachten bisher noch keine Aufklärung in diesem neuen Willkürakt der Volkspolizei. Diese erschütternde Statistik kann nicht abgeschlossen werden, ohne die ungezählten Fälle zu erwähnen, in denen das FALKEN-Sekretariat fast täglich um Rat und Hilfe für jugendliche politische Flüchtlinge aus der Ostzone und dem Ostsektor gebeten wurde.

Quelle: Heimann, Siegfried: Die FALKEN in Berlin. Erziehungsgemeinschaft oder Kampforganisation? Die Jahre 1945-1950, Berlin 1990, S. 281f.

Erst 1990, nach Öffnung des Parteiarchivs der SED, wurde bekannt, dass im Falle von Westphal und Wilke es die SED-Führung selbst war, die explizit über den Ausgang der Verfahren entschieden und damit zugleich unausgesprochen das Urteil gegen Jürgen Gerull gebilligt hatte – das Politbüro als heimliches oberstes Gericht der DDR. Dies war der Beginn einer „Gerichts“praxis, die in den folgenden Jahren in der DDR bei politischen Verfahren zur Routine werden sollte.



Auszug aus dem Beschluss der SED-Führung zum Strafverfahren gegen Heinz Westphal und Werner Wilke

Noch erschütternder als die im Geschäftsbericht der Berliner FALKEN vom 5. März 1950 genannten Fälle ist das Schicksal von Karl-Heinz Sperling. Ursprünglich im Westsektor lebend, arbeitete der an einer Hand amputierte 18-jährige 1950 als Bürobote beim Landratsamt in Nauen bei Berlin. Zwar ist in FALKEN-Unterlagen seine Festnahme protokolliert, indessen nicht der weitere Weg. Vermutlich wegen des Vorwurfs der Spionage wurde er am 3. November 1950 von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und am 12. Februar 1951 in Moskau hingerichtet.

Ein anderer Weg von SED und FDJ, den Einfluss der FALKEN einzuschränken, war der Versuch, mit einigen abtrünnigen FALKEN und FDJ-Mitgliedern im Herbst 1949 in Ost-Berlin sogenannte „demokratische FALKEN“ zu gründen. Doch kaum ein Jahr später wurde er wieder aufgegeben und die „demokratischen“ FALKEN in die FDJ überführt.

Protokoll

der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes
am 19.12.1950

Anwesend: Robert Menzel
Inge Lange
Manfred Weigand
Manfred Kloppe
Gerd Grzegorek
Günter Albert
Georg Zimmermann
Theo Heide

Protokoll: Loni Kurzer

Tagesordnung:

- 1.) Beschluskontrolle
- 2.) Bericht über den Stand des III. Berufswettbewerbes
Berichterstatter: Horst Markendorf (ohne Vorl.)
- 3.) Übernahme der Falken in die Freie Deutsche
Jugend.
Berichterstatter: Inge Lange (ohne Vorl.)

3. Die Anschriften dieser ehemaligen Falken sind den Kreisen mitzuteilen. Von diesen sollen sie aufgefordert werden, in die FDJ einzutreten, unter Angabe der zuständigen Grundeinheit und an welchen Tagen die Heimabende stattfinden. Die Kreisvorsitzenden sollen bis zum 28.12. einen Bericht geben über die Aufnahme der Falken laut unserem Vorschlag. Einen zusammenfassenden Bericht gibt Inge Lange am 30.12.

Beschluss der Berliner FDJ-Leitung zur Aufnahme der Pseudo-FALKEN

Ernst Richter hatte im Mitteilungsblatt der FALKEN „Information“ vom November 1947 prognostiziert: „Es ist das eindeutige Ziel der FDJ, die organisatorische Selbständigkeit der FALKEN aufzuheben. Deshalb rufen sie zur Zusammenarbeit auf, um eine Überführung der FALKEN in die totalitäre Einheitsjugend hinter den Kulissen vorbereiten zu können.“

Ende 1950 wurde aus dieser Prognose Realität, wenngleich nur in kläglichster Form.

In den folgenden Jahren hielten die FALKEN ungeachtet der persönlichen Risiken an ihrem Gesamt-Berliner und gesamtdeutschen Anspruch fest. Mitglieder und Freunde wurden weiterhin in der DDR festgenommen und verurteilt.

Ihr gesamtdeutscher Anspruch fand 1951 seinen besonderen Ausdruck in der Bildung des Referats Mitteldeutschland und in Aktivitäten des Berliner Landesverbandes anlässlich von drei Massenveranstaltungen der FDJ in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in Ost-Berlin: dem Pflingstreffen der FDJ 1950, den „Weltfestspielen der Jugend“ 1951 und dem zweiten Pflingstreffen der FDJ 1954.

Während die West-Berliner Polizei anlässlich der Pflingstreffen und der Weltjugendfestspiele auch mit Festnahmen und dem Gummiknüppel gegen nach West-Berlin kommende FDJler vorging, setzten die FALKEN darauf, mit Teilnehmern dieser Großveranstaltungen ins Gespräch zu kommen – an den Sektorengrenzen und in West-Berlin, wo Kontaktstellen eingerichtet wurden. Auch

Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken"
- Referat: Mitteldeutschland -
- Berlin W 35, Zietenstr. 18 -

An alle Bezirke
Rundschreiben Nr. M 05/51

Berlin, den 21. August 1951
Za/F.

Liebe Genossen!

Das kommunistische Jugendtreffen ist vorbei. Fast 2 Millionen Jugendliche kamen aus der Ostzone nach Ostberlin. Über eine Million, d.h. jeder zweite Teilnehmer an den sogenannten Weltjugendfestspielen besuchte den Westsektor unserer Stadt, trotz Ostberliner Strassensperren und scharfer Kontrolle aller Verkehrsmittel durch die Volkspolizei in der Nähe der Sektorengrenze. Sie kamen, um einige Stunden in Freiheit zu leben. - - Ihr Hunger nach geistiger und körperlicher Nahrung war gross. Tag und Nacht waren unsere Jugendheime geöffnet. Ihr Wissensdurst war kaum zu stillen. Das Treffen in Ostberlin fand praktisch in Westberlin statt. Täglich waren es 40.000 bis 80.000 FDJ-ler, die Westberlin einen Besuch abstateteten. Fast alle fühlen sich betrogen und belogen. Der Erfolg ist eindeutig auf unserer Seite zu finden. Nähere Einzelheiten werdet Ihr aus unserem Abschlussbericht entnehmen können.

Wir übersenden Euch eine kleine Auswahl von Schriften, Klebezettel und Broschüren, die wir zu Tausenden in die Ostzone, in den Ostsektor von Berlin geschleust und in den Westberliner Jugendheimen an die FDJ-ler verteilt haben. Die Klebezettel z.B. wurden in den Ostberliner S-Bahnzügen angebracht. Die Junge Welt (beiliegend) ist eine Tarnausgabe. Beachtet bitte unser Flugblatt, das in über 60.000 Exemplaren an die FDJ-ler verteilt wurde. Der beiliegende Tip (Herausgeber: Hauptjugendamt) wurde zum Wegweiser der FDJ-ler. Die FDJ kam in drei Wellen, etwa im Abstand von 6 Tagen nach Berlin. Viele FDJ-ler der 1. Welle haben nach ihrer Heimreise den Tip ihren Freunden gegeben, die mit der 2. oder 3. Welle nach Berlin fuhren. Die meisten fuhren schon mit der Absicht nach Ostberlin, um Westen unbedingt einen Besuch abzustatten. Der Tip war ihr Berater.

Teilt uns bitte Eure Ansichten über die einzelnen Schriften mit.

Freundschaft!
gez. Günter Mielau.

Eingegangen 25/8 19 51
Beantwortet 19

Bericht von Günter Mielau, dem ersten Leiter des Referats Mitteldeutschland der FALKEN, über Aktivitäten während der „Weltfestspiele der Jugend“ 1951 in Ost-Berlin

verteilten die FALKEN Flugblätter und anderes Propagandamaterial. Soweit der Ost-Berliner Polizei Festnahmen an den Sektorengrenzen gelangen, endeten sie in neuen Haftstrafen für Mitglieder des Verbandes. Zu nennen sind der 20-jährige Werner Tocher und der 18-jährige Harry Wenzel. Sie hatten während der Weltfestspiele im August 1951 FALKEN-Materialien verteilt und sich im September an der Sektorengrenze auf Auseinandersetzungen mit der Volkspolizei eingelassen.

Anders als die Bundesregierung, die im Februar 1951 die FDJ, die KPD, die Nationale Front und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zu verfassungswidrigen Organisationen erklärte und am 26. Juni gegen die FDJ und die VVN ein Verbot aussprach, bestanden die FALKEN auf eine politische Auseinandersetzung mit den Mitgliedern der FDJ. Allerdings stellten sie, soweit es um Kontakte zur FDJ-Führung ging, um die sich der Zentralrat der FDJ bemühte, in Übereinstimmung mit anderen Jugendverbänden klare Bedingungen.

In der tagespolitischen Auseinandersetzung gerade der Berliner FALKEN trat das im Verbandsnamen „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN“ programmatisch ausgedrückte sozialistische Selbstverständnis zurück, bedingt durch die besondere Berliner Situation - zu brennend

Verzeichnis	
der zur Zeit noch in Haft befindlichen Mitglieder und Freunde der Sozialistischen Jugend Berlins:	
1. Fritz L e t t a u 17 Jahre	Berlin W 40, Friedrich Liszt-Ufer 1/4 verhaftet am 11.8.52. Näheres nicht bekannt.
2. Gerhard L e t t a u 18 Jahre	"
3. Willi B e i e r s d o r f 28.2.28	Berlin NO 55, Woldenberger Str. 28 verhaftet am 12.4.46, 10 Jahre Zwangsarbeit, z.Zt. wahrscheinlich in Torgau.
4. Egbert F r i c k 31.3.29	Berlin-Hermsdorf, Klausshagen Weg 2 verhaftet am 11.10.50 am S-Bahnhof Wollankstrasse. Näheres nicht bek.
5. Günter G r a m s 23 Jahre	Berlin SO 36, Renckhofstr. 14/16 verhaftet am 9.9.48, näheres nicht bekannt.
6. Udo H o u e r m a n n	Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Str. verhaftet 10.12.51
7. Harry K r a k o w 20 Jahre	Berlin SW 29, Graefestrasse verhaftet am 19.8.51 durch Ver- schleppung nach Westberlin wäh- rend der Weltfestspiele. Verurteilt zu 1 1/4 Jahre Gefängnis.
8. Horst L a n g e 21 Jahre	Berlin-Niederschönhausen, Am Ida- fenngraben. Am 20.8.48 von der russ. Kommandantur nicht zurückgekehrt. Näheres nicht bekannt.
9. Gerda L i c h t e 8.5.30	Berlin-Spandau, Reuss-Str. 9 verhaftet am 30.3.52. Näheres nicht bekannt.
10. Else N e u g e b a u e r 1.12.16	Berlin N 31, Wattstrasse 7 verhaftet am 4.4.50, 25 Jahre Zwangsarbeit, z.Zt. wahrscheinlich in Waldheim
11. Klaus P r o i w a r c z i n s k i 27.6.26	Berlin SO 36, Köpenickerstr. 175 verhaftet am 19.8.51 durch Ver- schleppung in den Westsektor wäh- rend der Zeit der Weltfestspiele. Verurteilt zu drei Jahren Gefängnis. Gerichtsverhandlung 26.11.51
12. Lothar O t t e r 18.3.31	Berlin-Lichtenberg, Goethestr. 9 verhaftet am 2.5.49, am 7.7.49 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Z.Zt. wahrscheinlich in Bautzen.
13. Gerhard S p e r l i n g 9.6.30	Berlin-Friedrichsfelde, Hoernerweg 15 verhaftet am 17.2.49, verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit, z.Zt. wahrscheinlich in Bautzen.
14. Karl-Heinz S p e r l i n g 1.4.32	Berlin-Steglitz, Schildhornstr. 68 verhaftet in Wustermark, näheres nicht bekannt.

Quelle: Archiv Arbeiterjugend, SJD, MR 20/1

Die erste Seite einer um 1952 entstandenen Liste verhafteter Freunde und Mitglieder der FALKEN

aktuell war die Konfrontation mit der auch West-Berlin bedrohenden kommunistischen Diktatur, zu bestimmend erwiesen sich die tagtäglichen Erfahrungen mit der sich etablierenden SED-Herrschaft. Doch zugleich war aber ihr Selbstverständnis als demokratische Sozialisten auch eine Quelle ihres konsequenten Einsatzes gegen die Entwicklungen in der DDR. Denn es ging ihnen darum, die sozialistische Idee in ihrer sozialdemokratischen Tradition, d.h. die enge Verbindung von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie, gegenüber der stalinistischen Pervertierung der sozialistischen Utopie in der DDR und dem gesamten sowjetischen Machtblock zu retten.



Quelle: Franz-Neumann-Archiv Bestand Berliner FALKEN

Ein Hinweisschild zu einer Kontaktstelle der FALKEN

DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING

Vorsitzender

Köln-Deutz, den 25. Mai 1954
Ferdinandstraße 16
Ruf 8 35 42
Da/Ki

Herrn
ERICH HONECKER
Vorsitzender des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend

Berlin NW 7
Unter den Linden 36-38

Sehr geehrter Herr Honecker!

Sie und Ihre Freunde haben die Jugend der DDR in den letzten Wochen aufgerufen, zu einem sogenannten II. Deutschlandtreffen nach Berlin zu kommen. Dieses Deutschlandtreffen soll nach Ihren Worten dem Frieden, der Einheit und der Freiheit dienen. Die Funktionäre der FDJ gehen seit Wochen mit ihren Listen durch die Dörfer und Städte der DDR und fordern junge Menschen auf, sich zur Teilnahme am Treffen in Berlin einzutragen. Sie selbst wissen es am besten, daß Hunderttausende junger Deutscher, die sich in die Listen eintragen, tatsächlich sich nach Freiheit und Frieden und Einheit sehnen. Aber diese alle verstehen darunter etwas anderes, als Sie wahrscheinlich damit meinen.

Es wäre darum zu Pfingsten der Augenblick gekommen, an dem Sie und Ihre Freunde von der FDJ vor der Jugend Deutschlands beweisen könnten, was Sie wirklich mit Freiheit und Einheit und Frieden meinen. Sie müßten dann nach der Auffassung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Jugend folgendes durchführen, oder, falls Ihre Regierung dies nicht zuläßt, öffentlich fordern:

1. Freie Betätigung für alle Jugendgemeinschaften in der DDR.

Die Falken und die Pfadfinder, die Naturfreunde, der CVJM, die Katholische Jugend ebenso wie alle übrigen demokratischen Jugendgemeinschaften dürfen ab Pfingsten 1954 ihre Gruppen und Vereinigungen im Gebiet der DDR organisieren.

2. Die Freie Deutsche Jugend gibt ihre Haltung als privilegierte Staatsjugend auf. Sie wird ab Pfingsten 1954 eine Jugendgemeinschaft mit gleichen Rechten und Pflichten wie alle übrigen Jugendgemeinschaften.
3. Alle Jugendlichen und Jugendführer, die in der DDR aus politischen Gründen verhaftet sind und Freiheitsstrafen irgendwelcher Art verbüßen, werden zu Pfingsten freigelassen.
4. Sämtliche Jugendzeitschriften und Zeitungen der Jugendgemeinschaften werden ab sofort im Gebiet der DDR zugelassen. Jeder Jugendliche kann also ab Pfingsten Blätter wie „Die Wacht“ – „Die Junge Stimme“ – den „Aufwärts“ in der DDR ebenso kaufen wie überall sonst in der Welt der Freiheit.

Der Deutsche Bundesjugendring ist bereit, sogleich, nachdem Sie diese primitiven Rechte der Freiheit für die Jugend der DDR realisiert haben, auch die Freie Deutsche Jugend in der Bundesrepublik als gleichberechtigte Jugendorganisation anzuerkennen und bei den staatlichen Organen dies durchzusetzen.

Ich stehe Ihnen zur Verwirklichung dieser Ziele zu einer Aussprache zur Verfügung.

Sollten Sie jedoch diese unter allen gesitteten Menschen selbstverständlichen Freiheiten der Jugend nicht gewähren und nicht für diese eintreten, dann ist Ihr Deutschlandtreffen ein Schlag gegen die Einheit Deutschlands und eine erneute Dokumentation der Unfreiheit für Millionen Jugendlicher.

Die Jugendlichen der DDR müssen nach Berlin zu Pfingsten. Keine noch so große Zahl, die Sie aufmarschieren lassen, kann uns daher „besindracken“!

50 freie junge Menschen haben für das, was sie tun und sagen, mehr Glaubwürdigkeit in der Welt als 500 000, die nichts sagen dürfen und aufmarschieren müssen.

Hochachtungsvoll
Arnold Dannemann

Schreiben des Bundesjugendringes an den Vorsitzenden des Zentralrates der FDJ, Erich Honecker, anlässlich des Pfingsttreffens der FDJ 1954

Quelle: Archiv Arbeiterjugend, SJD, MR 20/1

Hinzu kam ein spontaner Antitotalitarismus, der besonders in Berlin täglich Nahrung erhielt. Die im SJ-Ring organisierten älteren FALKEN und die FALKEN-Helfer, die die Kindergruppen betreuten – sie alle hatten noch frische, prägende Erinnerungen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Einige unter ihnen, wie Hanns-Peter Herz und Peter Weiss, hatten in diesen Jahren unmittelbar Diskriminierung und Verfolgung erlitten. Andere, wie Heinz Westphal, verloren in diesen Jahren Familienangehörige. Sie waren bereits sensibilisiert, als sich im politischen



Quelle: Archiv Arbeiterjugend

Berliner FALKEN protestieren 1954 gegen die Wiederaufrüstung. Im Vordergrund Peter Weiss mit dem Transparent: „WEDER NATO-ARMIST NOCH VOLKSPOLIZIST“

und gesellschaftlichen Alltag Ost-Berlins und der gesamten sowjetischen Zone Formen und Elemente der nationalsozialistischen Diktatur, wenngleich unter anderen Begriffen, erst wieder einschlichen, dann immer deutlicher und unverhüllt zutage traten: das Weltanschauungsmonopol einer Partei und ein neuer Führerkult, die Rechtlosigkeit gegenüber staatlichen Machtapparaten, Verschleppungen echter und vermeintlicher politischer Gegner, die Unterbindung legaler Opposition, der zunehmend wieder militaristisch werdende Ton, gleichgeschaltete Medien und der Zwang zur öffentlichen Lüge, wollte man nicht von der Schule oder Universität relegiert oder gar verhaftet werden. Unter diesen Bedingungen drängte sich der Vergleich mit der NS-Zeit zwangsläufig auf.

Vor diesem Erfahrungshintergrund überrascht es nicht, dass sich die Berliner FALKEN in einer Erklärung zum 17. Juni 1953 ohne Vorbehalt hinter die politischen Ziele des Aufstands stellten und sich vor den Opfern verneigten. Zu den Toten zählt der 19-jährige Elektroinstallateur Gerhard Santura, der an diesem Tag am Potsdamer Platz auf West-Berliner Gebiet von einer Kugel der Volkspolizei getroffen wurde. An den Auseinandersetzungen selbst hatte er sich nicht beteiligt. Er war – nach dem 18-jährigen Dieter Medenwald, dem 20-jährigen Hans Neuendorf, dem 15-jährigen Wolfgang Scheunemann und dem 19-jährigen Karl-Heinz Sperling – ein weiteres Mitglied der Berliner FALKEN, das sein Leben infolge gewalttätig durchgesetzter Machtansprüche der SED verlor.

Auch wenn der Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzungen der FALKEN in Berlin im antikommunistischen/antistalinistischen Kampf lag – wachsam blieben sie auch, wann immer neonazistische Aktivitäten sichtbar wurden oder Propagandisten und Profiteure der NS-Diktatur wieder öffentlich auftraten – etwa, als ein neuer Film von Veit Harlan, dem Regisseur des die Ermordung der Juden propagandistisch untermauernden Filmes „Jud Süß“, in West-Berlin zur Uraufführung kam. Dies rief genauso ihren Protest hervor wie die Wiederaufrüstung in der DDR und der Bundesrepublik.



Quelle: Archiv Vereinigung 17. Juni 1953 e.V./Carl-Wolfgang Holzapfel

Gerhard Santura

Juli 1953

jünge gemeinschaft

Die Sozialistische Berliner Jugend erklärte:

„Die nach dem Tode Stalins vorgenommene Veränderung der Politik des Kremls, die in einer schrittweisen Auflockerung der erstarrten Fronten des kalten Krieges und in den hoffnungsvollen Verhandlungen um einen Waffenstillstand in Korea Ausdruck findet, mußte endlich auch zu einer krassen Umkehr der Politik der SED-Machthaber in Mitteldeutschland führen. Die bisher mit allen terroristischen Mitteln vorangetriebene Sowjetisierung der Zone wurde durch die sog. Beschlüsse des ostzonalen Ministerpräsidenten plötzlich beendet und brachte die Position einer Reihe von SED-Führern erheblich ins Wanken. Die zur „Untermauerung“ der neuen Linie der Ostzonenregierung zwar „erlaubten“ Proteste der Arbeiter gegen die Normenerhöhungsmaßnahmen wuchsen sich sofort bei den Bauarbeitern der Stalinallee - in entschlossener Erkenntnis der Situation - zu machtvollen spontanen Demonstrationen gegen das Ostzonen-Regime aus und richteten sich klar auf das Ziel der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, dessen erstes Erfordernis freie Wahlen in ganz Deutschland ist.

In ihrem mutigen waffenlosen Kampf fanden die Arbeiter der Stalinallee sofort die Unterstützung der Bevölkerung Ostberlins, vor allem der Arbeiter aus zahllosen Betrieben des Ostsektors und der Berliner Randgebiete, und die Sympathie der gesamten freien Welt. Die Erhebung der Bevölkerung gegen diese kommunistische Unterdrückung konnte nur durch den Einsatz militärischer Machtmittel der sowjetischen Besatzungsmacht, die mit Panzern eingriff, an der Erreichung ihres Zieles der Regierungsumstürzung gehindert werden. Auch die sich anschließenden Aktionen der Bevölkerung in einer Vielzahl von Städten Mitteldeutschlands würden zum Erfolg führen - das ist unsere feste Überzeugung -, wenn die sowjetische Besatzungsmacht die um ihre Freiheit kämpfenden Menschen nicht an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte hinderte.

Die Konsequenzen aus dieser Situation sind: Die Bevölkerung Mitteldeutschlands hat mutig und eindeutig ihrem Willen bis zur äußersten Grenze des für sie Möglichen Ausdruck gegeben, die sowjetische Besatzungszone vom Terror-Regime der SED zu befreien und die Einheit Deutschlands herzustellen. Die kommunistischen Machthaber haben die Hilfe der sowjetischen Militärmacht angerufen und sich bereits für diese militärischen Maßnahmen bedankt. Die Fortführung der Aktionen der mitteldeutschen Arbeiter ist jetzt Aufgabe des gesamten freien Westens. Die Zielrichtung der Aktionen stimmt voll und ganz überein mit der seit langem verfolgten Politik der deutschen Sozialisten. Sie muß auch übereinstimmen mit den Forderungen und Maßnahmen der deutschen Bundesregierung.

Die Erhebung in Mitteldeutschland hat eine große Zahl von Opfern gefordert. Unter den Toten befindet sich tragischerweise auch das neunzehnjährige Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“ Gerhard Santura. Wir neigen uns vor den Opfern und werden ihr Ziel verfolgen:

„Die Freiheit und Einheit des ganzen Deutschlands“



Quelle: Archiv Arbeiterjugend

Berliner FALKEN bei einer Gedenkveranstaltung zum 17. Juni

Zulassung für Gesamt-Berlin 1947

Am 7. Oktober 1947 werden die FALKEN und die Freie Deutsche Jugend von der Alliierten Kommandantur für Gesamt-Berlin zugelassen. Zur Festveranstaltung laden die FALKEN auch die Berliner SED-Führung ein.

Bis zum Mauerbau am 13. August 1961 begründen die Berliner FALKEN aus dieser Zulassung das Recht, auch in Ost-Berlin tätig zu sein.

Unter der Bezeichnung „Vorbereitender Ausschuß der FALKEN“ waren sie allerdings bereits vor der Lizenzierung in der Stadt öffentlich aktiv.

Zum Zeitpunkt ihrer Zulassung haben die FALKEN in Berlin ca. 3.000 Mitglieder.

Sie werden zur wichtigsten Konkurrenz für die Freie Deutsche Jugend; im Ostsektor werden sie deutlich in ihren Aktivitäten behindert.

Im Februar 1948 wird Heinz Westphal auf der ersten Jahreskonferenz der Berliner FALKEN zum 1. Vorsitzenden gewählt.

DIE FALKEN
SOZIALISTISCHE JUGENDBEWEGUNG DEUTSCHLANDS

In Berlin zugelassen!

In einer öffentlichen Jugend-Versammlung am Sonnabend, dem 1. November, um 18 Uhr, Schadowschule (nahe S-Bahnhof Zehlendorf) spricht der Sekretär der Berl. Falkenbewegung
HEINZ WESTPHAL
über das Thema
Wer sind wir - was wollen wir?

Zu dieser Versammlung laden wir die gesamte Zehlendorfer Jugend herzlichst ein
« Freie Aussprache »

100 Reich-Druck, Berlin, G. 11, Postnummer 47, Nr. 202, 10

Quelle: Archiv der Sozialen Demokratie

SED BERLIN
Bezirk Berlin
Sozialistische Jugendbewegung Deutschlands / Institut Arbeitsschritt

An den Vorsitzenden der SED
Berlin
Behrenstr.

Berlin, den 10. Okt. 1947

„Die Falken“ Sozialistische Jugendbewegung Deutschlands veranstalten anlässlich ihrer Genehmigung in Berlin am
Sonntag, dem 12. Oktober 1947 um 11 Uhr
in Hans Friedland, Neukölln,
(U-Bahnstation Rathaus Neukölln)
eine Gründungsfeier, an der Sie herzlich
eingeladen sind.

Dieses
Die Falkenbewegung Berlin
11. Okt. 1947

Quelle: LA Berlin, C Rep. 901 Nr. 415

Quelle: Landesarchiv Berlin

KOMMANDANTUR INTERNATIONALE DE BERLIN
ÉTAT-MAJOR

17. OCTOBRE 1947

ANORDNUNG AN DEN OBERBÜRGERMEISTER
Betreff: Jugendorganisation „Die Falken“
An den Oberbürgermeister der Stadt Berlin.

Die Alliierte Kommandatur Berlin ordnet wie folgt an:

- Die Gründer der Jugendorganisation „Die Falken“, Sozialistische Jugendbewegung Deutschlands, ist folgende Entscheidung der Alliierten Kommandatur Berlin mitzuteilen: Die Jugendorganisation „Die Falken“ ist gemäß den Bestimmungen der Verordnung No. 16/47 für das Gebiet von Berlin zugelassen. Sie ist ihr gestattet, unter folgenden Bedingungen eine Organisation öffentlichen Charakters fertig zu sein:
 - Die Bezeichnung dieser Organisation ist dahingehend zu ändern, dass diese als „Die Falken Sozialistische Jugendbewegung Berlins“ bezeichnet und bekannt wird.
 - Wer unter die Bestimmungen der „operative Nr. 16 des Kontrollrates No. 11“, oder wer ebenfalls für die Führer des NSJ oder einer anderen ähnlichen Organisation, oder „Gestalt“ der Alliierten, an der Tätigkeit dieser Organisation teilnehmen, ein „aufnahmefähiges“ der Alliierten, des NSJ oder einer ähnlichen der Alliierten Jugendbewegung Organisation darf ohne Einschränkung der neuen Organisation betreiben, darf jedoch einen Führer Status nicht besitzen.
 - Es ist dieser Organisation verboten, ihre Tätigkeit über die Grenzen von Berlin auszuüben; dies schließt aber Beziehungen zu anderen Jugendorganisationen nicht aus, vorausgesetzt dass diese Beziehungen von den Kommandaturen und der Alliierten Kommandatur genehmigt werden. Es ist Schlichtern dieser Organisation unterlagt, sich als Leiter oder aktive Mitglieder Jugendbewegung anderer Jugendbewegung oder Jugendorganisation zu betätigen, gleichwohl ob sich diese im Inneren oder außerhalb Berlins befindet.

Quelle: LA Berlin, C Rep. 901 Nr. 415

Quelle: Landesarchiv Berlin

Links: Einladung an den Berliner SED-Vorsitzenden zur Gründungsfeier. Rechts: Mitteilung der Alliierten Kommandantur über die Zulassung der FALKEN in Berlin

FALKEN und Freie Deutsche Jugend in friedlicher Konkurrenz



Zwar konkurrieren FALKEN und FDJ um die Jugend der Stadt, doch gibt es bis zur Spaltung der Stadtverwaltung und der sowjetischen Blockade West-Berlins 1948 gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten.

- Gemeinsam stellt man sich den Jugendlichen vor;
- zum 1. Mai 1947 rufen Erich Richter von den FALKEN und Heinz Keßler von der FDJ mit gemeinsamen Forderungen zur Mai-Kundgebung auf;
- in Berlin-Pankow richten FDJler und FALKEN zusammen eine Lehrwerkstatt für Jugendliche ein;
- zur Zulassung der FALKEN und der FDJ durch die Alliierte Kommandantur tauschen der Zentralrat der FDJ und der Zentrale Arbeitsausschuss der FALKEN in Hannover im Oktober 1947 Grußtelegramme aus.

Im November 1947 konstituiert sich in Berlin der Jugendring (ab Februar 1949 Landesjugendring) unter Beteiligung der FALKEN, der FDJ, des Bundes Deutscher Jugend und des Demokratischen Jugendverbandes.

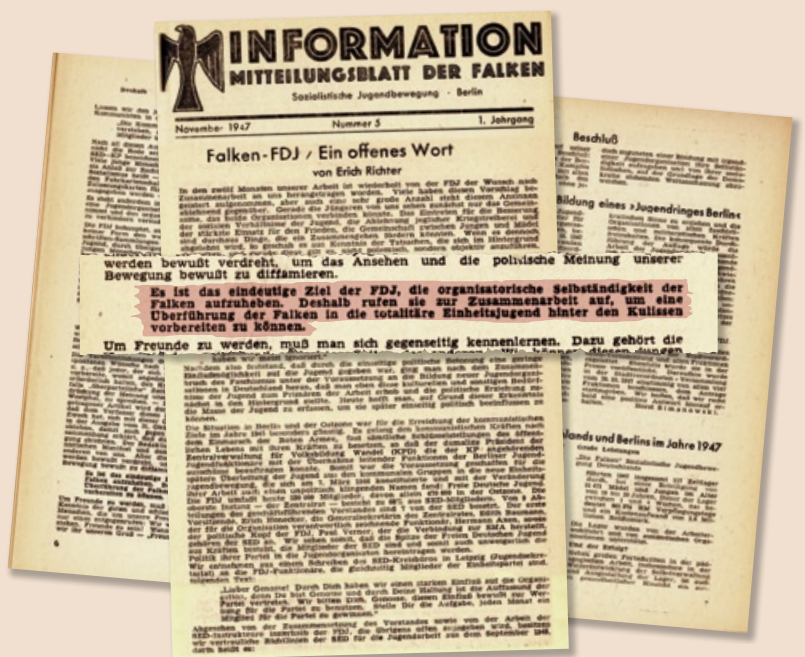
Doch gibt es bei den FALKEN auch warnende Stimmen, wie die von Erich Richter im November 1947.



Gemeinsamer Mai-Aufruf 1947



Quelle: Trümmerjahre



Quelle: Trümmerjahre

Die Verfolgung junger Christdemokraten – ein Appell

Von politischer Verfolgung betroffen sind nicht nur die Mitglieder und Freunde der FALKEN.

Im April 1947 veröffentlicht die West-Berliner Jugendzeitschrift „HORIZONT“ die Namen von 13 jungen Menschen, die in den letzten Monaten vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet wurden. Es sind überwiegend Mitglieder der CDU, darunter einige gewählte Vertreter des Studentenrats der Humboldt-Universität (HU). In der Regel gibt es keine Auskunfte über ihren Verbleib und ihr weiteres Schicksal.

Zu den Verhafteten gehört der 21-jährige Student Manfred Klein, als junger CDU-Politiker im Studentenrat der HU Berlin, Vorsitzender der Jungen Union im Prenzlauer Berg und Mitglied im FDJ-Zentralrat.

Am 26. Februar 1946 unterzeichnen unter anderem Erich Honecker (zweiter v. links) und Manfred Klein (rechter Rand) den Lizenzantrag der FDJ. Ein sowjetisches Militärtribunal verurteilt Klein im Dezember 1948 zu 25 Jahren Arbeitslager. Im Oktober 1956 wird er aus dem Zuchthaus Bautzen entlassen.



Quelle: Bundesarchiv, SAPMO

„Freiheit von Furcht“!

Seit dem 22. März 1947 meldet die Berliner Presse Verhaftungen von Studenten der Berliner Universität, die — mit zwei Ausnahmen — sämtlich der CDU angehören und vom Sekretariat der „Jungen Union“ als politisch einwandfrei und zuverlässig erklärt werden. — SNB bestätigte am 27. 3. 1947 die Verhaftung von sechs Personen „wegen geheimer faschistischer Tätigkeit, Aufbewahrung von Waffen und anderer Verbrechen gegen die Besatzungsbehörden“ und nennt die Studenten Brodzidio, Gerda Resch, Klein und Probst. Von letzterem — der der CDU nicht angehört und ihr unbekannt ist — wurde laut SNB festgestellt, daß er ehemaliger aktiver SS-Angehöriger war und durch betrügerische Manipulationen an die Universität gelangte. SNB schließt die Meldung mit der Erklärung, daß ein „vielfaches Verschwinden“ erdichtet sei und anscheinend nur darauf hinziele, die öffentliche Meinung zu irritieren und Unruhe unter den Berliner Studenten hervorzurufen. Wir sind in der Lage, zu den bereits genannten Studenten die folgenden Angaben zu machen und die obige Liste durch einige weitere Namen, z. T. aus der Ostzone, zu ergänzen:

1. Der 26jährige Ewald Ernst, Mitglied des Vorstandes der Christlich-DEMOKRATISCHEN Union und Landtagsabgeordneter in der Provinz Sachsen-Anhalt, der in Halle im Zusammenhang mit dem Reichsverbandssitzung kommend, beim Durchgang durch zwei Zivillisten weggeführt wurde und seitdem vermisst ist.
2. Der 21jährige stud. phil. Ma Franzloser Berg, Mitglied des Zentralschulrates der Berliner Universität, der in Berlin verhaftet wurde, obwohl diese in Ordnung war, als er sich 1942 in Breslau der Widerstandsbewegung angeschlossen hatte.
3. Der 26jährige cand. med. Geo ehrentlicher Leiter der Studentischen Cottb. „Kronen“ Unter den Linden wurde, obwohl diese in Ordnung war, als er sich 1942 in Breslau der Widerstandsbewegung angeschlossen hatte.
4. Der 27jährige Journalist Joachi Leiter der Jungen Union der Ostzone. Eine Überprüfung seiner politischen Ergebenheiten ergab, daß Wolf sich niemals im Notstand befand.
5. Der 26jährige stud. phil. Alfred nach Halle fuhr, um von dort am 12. um 12. 3. in Halle gesehen und ist seitdem vermisst.
6. Die 22jährige Gerda Rösch, die sich sehr stark für die katholische Jugendbewegung in Deutschland einsetzt.
7. Der Student Horst-Ernest Probst, der in den letzten Tagen in Halle verhaftet wurde.
8. Der 21jährige stud. med. Gün nach Berlin kam und durch besondere I. Mitglieder in Halle. Nähere Umstände sind unbekannt.
9. Herr Schmidt-Stöfling (CDU „Weg“, der in den letzten Tagen in Halle verhaftet wurde.
10. und 11. Außerdem sind bereits seit langem vermisst die Mitglieder der CDU in der Ostzone: Manfred Klein, Kandidat der CDU im Prenzlauer Berg, Mitglied im FDJ-Zentralrat, Vorsitzender der Jungen Union im Prenzlauer Berg und Mitglied im FDJ-Zentralrat.
12. Der 21jährige stud. med. Gün nach Berlin kam und durch besondere I. Mitglieder in Halle. Nähere Umstände sind unbekannt.
13. Herr Schmidt-Stöfling (CDU „Weg“, der in den letzten Tagen in Halle verhaftet wurde.

Die Festnahme in der Öffentlichkeit von Jugendlichen, die das Vertrauen einer großen antifaschistischen Partei sowie jenes ihrer studentischen Kameraden besitzen, die Verweigerung von Auskünften über ihren Verbleib und über die näheren Gründe — bis auf die knappe Mitteilung von SNB vom 27. 3. — sowie die Verweigerung eines öffentlichen Verfahrens: das alles kann nicht dazu angehen, in der deutschen Jugend den Glauben an die Demokratie zu befestigen. Wir haben uns in dieser Zeitschrift mit leidenschaftlicher Ueberzeugung für die demokratischen Grundrechte und Ideale eingesetzt. Das wird sinnlos, wenn solche Methoden weiterhin angewandt werden, Methoden, über die sich nur eine einzige Schicht triumphierend ins Fäustchen lacht: die unbeherrschbaren und unheilbaren Nazis! Was bedeuten alle demokratischen Freiheiten, wenn wir schmachvoll und rechtlos mit ansehen müssen, daß die Maßnahmen an Jugendlichen, die in der Ostzone seit dem Sommer 1945 durchgeführt wurden, nunmehr auch in Berlin ihre Fortsetzung finden.

Horizont (2. 4. 1947)

Handwritten notes on the clipping:
 W/O sind
 GERDA RESCH, 18 Jahre, Studentin aus Charlottenburg
 MANFRED KLEIN, 19 Jahre, Student aus dem Bezirk Prenzlauer Berg, Mitglied des Zentralrates der HU Berlin
 GEORG FRAZIDLO, 25 Jahre, Student aus Reinickendorf
 JOACHIM WOLP, 20 Jahre, Journalist aus Ostpreußen
 OLYGANG SCHIFFKE, 24 Jahre, Reporter der sächsischen Landtagsabgeordnete Ewald Ernst, der Günther Sögrop aus Halle und der Mitarbeiter der Zeitung „Kronen“ in Cottbus
 Die Nazis WSG schmiedeten mit ihr, dass die Nazis sich ins Fäustchen lachen und den jungen Demokraten sagen: Warum glaubt ihr, dass es das Recht auf Freiheit und Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Sicherheit gibt? Da sagt ihr, was ihr davon habt! ... Und kein Mensch kränkt danach, wenn ihr verurteilt werdet. Die jungen Menschen, die sich für die Demokratie einsetzen, sorgen dafür, dass die Nazis nicht weinen müssen, sagt dafür, dass die Demokratie nicht verweigert wird! Sorgt dafür, dass die Besatzungsbehörden um Mithilfe bei der Suche nach den Verschwindenen!
 Die Polizei weiß von nichts, dass sie wirklich nichts? Abgeordnete - Berlin blickt auf Euch!

HORIZONT-Artikel vom 2. April 1947

Quelle: Franz-Neumann-Archiv Berlin

Ein im April 1947 verbreitetes Flugblatt zum „Verschwinden“ von Mitgliedern des Studentenrats der Humboldt-Universität

Von der Konkurrenz zur Feindschaft



Sturm auf das neue Stadthaus, 6. September 1948

Quelle: Preußischer Kulturbesitz

Die besondere politische Lage Berlins als Nahtstelle der Systemauseinandersetzungen führt dazu, dass die Berliner FALKEN von Beginn an in die politischen Konflikte um das Schicksal der Stadt eng eingebunden sind. Die Schärfe der Auseinandersetzungen in Berlin und damit auch zwischen den FALKEN und der FDJ nimmt 1948 zu.

Am 20. März wird durch den Rückzug des sowjetischen Militärgouverneurs die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates beendet. Am 1. Mai gibt es erstmalig nach dem Krieg getrennte Mai-Veranstaltungen; die FALKEN beteiligen sich an jener im Westteil der Stadt; ab April stört die Sowjetunion den freien Güter- und Reiseverkehr zwischen den Westsektoren und den Westzonen.

23. Juni: Die Stadtverordnetenversammlung diskutiert im Neuen Stadthaus, Parochialstraße (Ost-Berlin), die durch die westdeutsche Währungsreform ausgelöste Einführung von zwei Währungen in der Stadt; kommunistische Demonstranten bedrängen und misshandeln die nichtkommunistischen Stadtverordneten – daran beteiligt Berlins FDJ-Vorsitzender Heinz Keßler. Der Vorgang wird sich am 6. September wiederholen.



Heinz Keßler, 1949

Quelle: Bundesarchiv, SAPMO

Am 24. Juni beginnt die Berlin-Blockade, auf die die Westalliierten mit der Luftbrücke reagieren. Die FALKEN unterstützen den „entschlossenen Widerstand der Berliner gegen eine kommunistische Diktatur“.



Transportmaschinen der Luftbrücke auf dem Flugplatz Gatow in Spandau, August 1948

Quelle: Landesarchiv Berlin



FALKEN beim Verteilen amerikanischer CARE-Pakete

Quelle: Archiv Arbeiterjugend

Im Berliner Jugendring erklären am 7. Juli die FALKEN, der Bund Deutscher Jugend und der Demokratische Jugendverband die Zusammenarbeit mit der FDJ für beendet.

Damit beginnt die offene Konfrontation.

Der Tod des FALKEN Wolfgang Scheunemann



9. September 1948

Vor der Ruine des Reichstags protestieren ca. 300.000 Berliner aus allen Teilen der Stadt gegen die Be- bzw. Verhinderung einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Ost-Berliner Neuen Stadthaus durch kommunistische Demonstranten wenige Tage zuvor. Auf dieser Kundgebung spricht Ernst Reuter jene berühmten Worte:

„Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, daß ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt!“

Nach Abschluss der Kundgebung geraten in den Ostsektor zurückströmende Demonstranten in Auseinandersetzungen mit sowjetischen Soldaten und der Volkspolizei, die Schusswaffen einsetzen. Der 15-jährige Wolfgang Scheunemann aus Berlin-Tiergarten wird tödlich verletzt. Das „Neue Deutschland“ schreibt von „faschistischen Ausschreitungen“, deren Opfer Scheunemann geworden sei. Fünf Männer, Günther Grams (19), Reinhold Göppner (40), Dieter Linke (18), Klaus Schiller (22), Horst Stern (16), werden von der Volkspolizei verhaftet und wenig später von einem sowjetischen Militärtribunal zu je 25 Jahren Arbeitslagerhaft verurteilt. Später wird die Strafe reduziert.

Der Tod Wolfgang Scheunemanns besiegelt für die FALKEN den endgültigen Bruch mit der FDJ. Tage später nehmen am Trauermarsch vom Rathaus Tiergarten zum Johannfriedhof im französischen Sektor 10.000 Menschen teil. Kaum ein FALKE fehlt.



Quelle: Landesarchiv Berlin

Ernst Reuter als Redner am 9. September

Flüchtende und verletzte Kundgebungsteilnehmer am Brandenburger Tor



Quelle: Welt im Bild, Wochenschau

Wahlkampf 1948: Festnahme von Günther Schlierf und Horst Glanck



Quelle: Günther Schlierf

Günther Schlierf, 1948

Nach der vorläufigen Verfassung von Berlin müssen alle zwei Jahre Wahlen abgehalten werden. Für den sowjetischen Sektor verbietet die SMAD am 2. Dezember 1948 die Neuwahlen. Die SED ruft zum Boykott der Wahlen in den drei Westsektoren auf. Hier beträgt die Wahlbeteiligung am 5. Dezember 86,3 Prozent. Das Wahlergebnis: SPD: 64,5 Prozent; CDU: 19,4 Prozent; LDP: 16,1 Prozent. Der neu gewählte Oberbürgermeister Ernst Reuter bildet eine Allparteienregierung aus SPD, CDU und LDP.



Quelle: Lothar Otter

Horst Glanck nach der Haftentlassung 1955

Ohne Wahlen wird am 30. November von einer „außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung“ in Ost-Berlin ein „provisorischer demokratischer Magistrat Groß-Berlin“ mit Friedrich Ebert jr. (SED) als Oberbürgermeister ernannt. Von den 1.616 Teilnehmern der „außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung“ besitzen nur die 26 im Jahr 1946 gewählten SED-Abgeordneten ein ordentliches Mandat. Der Rest setzt sich aus bestellten Vertretern aus Berliner Betrieben, den SED-beherrschten Massenorganisationen und dem „Demokratischen Block“ zusammen. Die SMAD erklärt dieses Gremium zur einzig legitimen Regierung der Stadt.

Für FALKEN ist es nahezu selbstverständlich, sich im Wahlkampf für die SPD einzusetzen. Zu ihnen gehören zwei Lichtenberger, der 17-jährige Günther Schlierf, Lehrling bei der Reichsbahn, und der ebenfalls 17-jährige Elektrolehrling Horst Glanck. Als sie in der Nacht vom 4. zum 5. Dezember 1948 Plakate der SPD und der FALKEN in Ost-Berlin kleben, werden sie von Volkspolizisten verhaftet und sowjetischen Behörden übergeben.

Zusammen mit anderen FALKEN werden sie am 7. Juli 1949 von einem sowjetischen Militärgericht zu je 25 Jahren Arbeitslager verurteilt.



Quelle: Günther Schlierf

Die von Schlierf und Glanck geklebten Plakate

Quelle: Archiv der Sozialen Demokratie

Der Gerull-Wilke-Westphal-Prozess 1949



Quelle: Deutsche Bibliothek Leipzig

Quelle: Archiv der Sozialen Demokratie

Quelle: Archiv der Sozialen Demokratie

anderen Gruppenmitglied zum Polizeirevier in Bohnsdorf gegangen, um dagegen zu protestieren, weil für mich klar war, daß der Telegraf eine lizenzierte und zum damaligen Zeitpunkt auch im Ostsektor von Berlin frei verkaufte Zeitung war ...“

Am 15. Juni 1949 verurteilt das Ostberliner Landgericht vor ca. 400 Zuschauern Jürgen Gerull zu zweieinhalb Jahren, Werner Wilke zu einem Jahr Gefängnis. Während der Verhandlung wird Heinz Westphal, 1. Vorsitzender der Berliner FALKEN, festgenommen.



Prozessfoto

Auf einer Protestveranstaltung am 18. Juni erklärt FALKEN-Vorstandsmitglied Erich Richter, die FALKEN hätten beschlossen, die FDJ zur „verbrecherischen Organisation“ zu erklären. Am selben Tag wird Westphal zu 6 Wochen Haft verurteilt. Sieben Tage später wird er mit Genehmigung des Politbüros der SED vorzeitig entlassen.

Jürgen Gerull bleibt zweieinhalb Jahre in Haft. Von 1952 bis 1960 ist er Mitarbeiter und mit einer kurzen Unterbrechung Leiter des Referats Mitteldeutschland der FALKEN.

Am 14. Mai 1949 werden acht FALKEN verhaftet, die den „Kleinen Telegraf“ verteilen, eine wöchentlich erscheinende Sonderausgabe der für ganz Berlin lizenzierten SPD-nahen Tageszeitung „Telegraf“. Jürgen Gerull, zu dieser Zeit 2. Landesvorsitzender der FALKEN, hierzu 35 Jahre später:

„Ich brachte aus den Westsektoren 2.000 Exemplare der Ostausgabe des Telegraf mit. Unsere Gruppe hat diese Zeitung im Ortsteil Bohnsdorf verteilt ... Während diese Verteilungsaktion lief, haben sich Mitglieder der FDJ im Ort auf die Reise gemacht und haben die Volkspolizei verständigt ... Ich habe während der Verteilungsaktion von diesen ersten Verhaftungen erfahren und bin dann zusammen mit einem

Titelblatt der von J. Gerull und anderen verteilten Ausgabe des „Kleinen Telegraf“. Für den 15. und 16. Mai hatte die SED ein Volksbegehren zum III. Deutschen Volkskongress mit der Hauptfrage festgelegt „Bist Du für Einheit und gerechten Frieden und den Abzug aller Besatzungstruppen?“

Sowjetische Militärjustiz gegen Lichtenbergerer FALKEN

Aus Protest gegen die Verhaftung ihrer Kameraden Günther Schlierf und Horst Glanck im Dezember 1948 stellen die beiden 18-jährigen FALKEN Lothar Otter und Gerhard Sperling, Kreisleiter in Berlin-Lichtenberg, Flugblätter mit Aussprüchen von Rosa Luxemburg her. Heimlich werfen sie am S-Bahnhof Friedrichstraße ihre Flugblätter aus dem Zug und verteilen weitere in S-Bahn-Zügen.

Anfang 1949 verschwindet Gerhard Sperling spurlos, dann wird Lothar Otter am 2. Mai 1949 von der Ost-Berliner Polizei verhaftet und der SMAD übergeben. Bei einer Hausdurchsuchung werden die FALKEN-Zeitschrift „Solidarität“ und der „Telegraf“ gefunden. Dies begründet den Vorwurf, „feindliche“ Zeitungen gelesen und „systematisch feindselige Propaganda“ betrieben zu haben.

Am 7. Juli 1949 werden sie, zusammen mit Günther Schlierf und Horst Glanck, in einem geheimen Prozess ohne Zeugen und anwaltlichen Beistand von einem sowjetischen Militärtribunal zu je 25 Jahren Arbeitslagerhaft verurteilt. Anschließend kommen sie in das sowjetische Speziallager Nr. 4 in Bautzen, das 1950 von der Volkspolizei als Haftanstalt übernommen wird.

Zwischen 1954 und 1956 werden sie nach und nach entlassen.



Quelle: Lothar Otter

Lothar Otter einen Tag vor der Verhaftung 1949 bei der Mai-Kundgebung in West-Berlin

Gerhard Sperling bei einem Pfingstaussflug der FALKEN 1948



Quelle: Heiga Polakowski



Quelle: Günther Schlierf

Günther Schlierf (links), Lothar Otter (mittig) und Horst Glanck (rechts) nach der Haftentlassung 1955



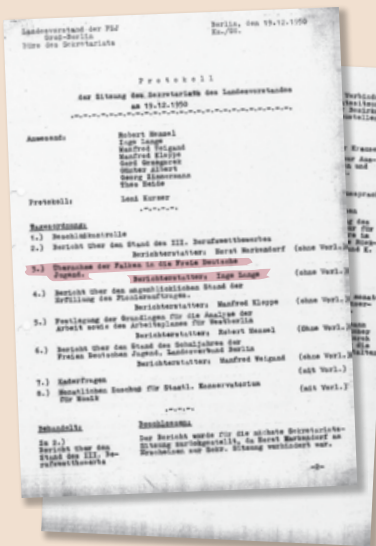
Quelle: Lothar Otter

Günther Schlierf (links) und Lothar Otter 2004

Spaltungsmanöver: Die Pseudo-FALKEN



Meldung „Berliner Zeitung“ vom 22. Juni 1949



Beschluss der FDJ-Leitung über die Auflösung der Pseudo-FALKEN

Fritz Hofer war 1949 hauptamtlicher Landesjugendsekretär der FALKEN in Berlin. Hier spielt er die „Sozialdemokratische Fraktion“ in der Volkskammer der DDR.



Quelle: Bundesarchiv, SAPMO

So wie die SED zeitweilig mit einer Ost-Berliner Pseudo-SPD unter dem Namen „Sozialdemokratische Aktion“ versucht, den Einfluss der SPD in Berlin zurückzudrängen, so versucht auch die FDJ, in Ost-Berlin einen SED-treuen Pseudo-FALKEN-Verband aufzubauen.

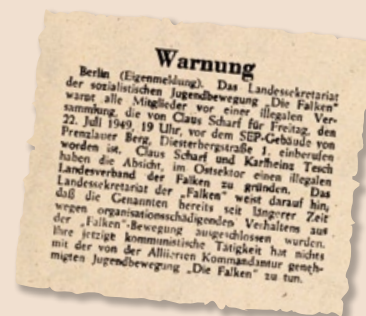
Diese so genannten fortschrittlichen FALKEN werden im Sommer 1949 von einigen FALKEN mit Unterstützung der SED und der FDJ gegründet. Vorsitzender wird zunächst Klaus Scharf. Im Juni 1950 wird der ehemalige FALKEN-Jugendsekretär Fritz Hofer Vorsitzender.

In aller Konsequenz unterstützt diese Gruppe die Politik der SED mit dem Ziel, den Einfluss der FALKEN in Ost-Berlin zurückzudrängen. Als programmatische Prinzipien gelten:

1. Das Programm der Nationalen Front der DDR als die Plattform für die politische Ausrichtung der Jugend
2. Entlarvung der rechten SPD-Führer-hörigen Jugendführung in West-Berlin, die Organisierung der Opposition gegen diese bürgerliche Jugendführung und Gewinnung der Mitglieder der West-FALKEN für die fortschrittliche FALKEN-Organisation.

Aus einem internen Papier vom August 1950 geht hervor, dass die Pseudo-FALKEN knapp 300 Mitglieder haben, von denen „aber nur 120 Mitglieder als wirkliche Mitarbeiter“ zu bezeichnen seien. Daher wird bereits im August 1950 in der Ost-Berliner FDJ-Leitung überlegt: „... die fortschrittliche FALKEN-Organisation so zu beeinflussen, daß die Mitglieder in circa einem Vierteljahr die Einheit der Jugendorganisation im Demokratischen Sektor anstreben.“

Am 19. Dezember 1950 beschließt das Sekretariat des Landesvorstandes der Ost-Berliner FDJ die „Übernahme“ der FALKEN.

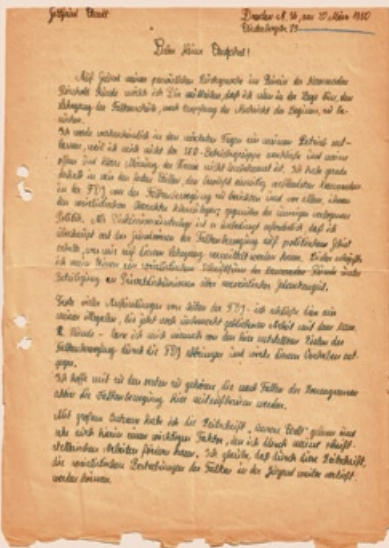


Eine Warnung der FALKEN, die Pseudo-FALKEN betreffend



Meldungen der SED-Presse über Erfolge der Pseudo-FALKEN

Terrorjustiz gegen FALKEN-Freunde in der SBZ/DDR



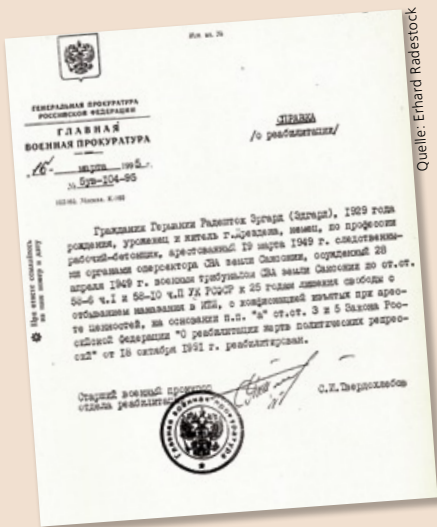
Quelle: Archiv Arbeiterjugend

Ein Brief von Gottfried Wendt, der zur Runde-Gruppe gehört, an Heinz Westphal über die Motive seines Interesses an den FALKEN. Wendt entgeht der Verhaftung, weil er zu diesem Zeitpunkt in West-Berlin ist

Da die FALKEN 1947 für ganz Berlin lizenziert werden, bleibt es halbwegs gefahrlos, als FALKE in Ost-Berlin zu wohnen. Doch wer in Dresden oder Leipzig, Cottbus oder Frankfurt (Oder) lebt, in den FALKEN eine Alternative zur FDJ sieht und Kontakt aufnimmt, muss mit drakonischen Strafen rechnen. Besonders gefährlich ist es, wenn man eine „illegale Gruppe“ bildet.

Im April 1949 verurteilt ein sowjetisches Militärgericht in Dresden drei befreundete junge Leute (Erhard Radestock, Werner Andreck und Ella Stange) zu je 25 Jahren Arbeitslager wegen „Kontaktaufnahme zur reaktionären Organisation DIE FALKEN“ und Bildung einer illegalen Gruppe.

Ein Jahr später, im Oktober 1950, spricht das Landgericht Dresden gegen neun Angeklagte im Alter zwischen 17 und 31 Haftstrafen zwischen zweieinhalb und 13 Jahren aus. Sie gehören zu einer Gruppe um Reinhold Runde, seit 1945 SPD- und nach der Zwangsvereinigung SED-Mitglied. Er kommt im Frühjahr 1950 in West-Berlin in Kontakt mit Heinz Westphal, bringt FALKEN-Publikationen nach Dresden und kann hier andere Jugendliche für die Ideen der FALKEN begeistern.



Quelle: Erhard Radestock

Rehabilitierungsurkunde der russischen Militäroberstaatsanwaltschaft für Radestock. Auch Werner Andreck und Ella Stange werden 1995 rehabilitiert



Aufn.: Braun

Ein Auszug aus dem „Sächsischen Tageblatt“, Ausgabe Dresden, 5. Oktober 1950 über den Prozess gegen Runde u.a.

Solidarität: Einsatz für inhaftierte Mitglieder und Freunde



Quelle: Landesarchiv Berlin

FALKEN-Transparente am 1. Mai 1952

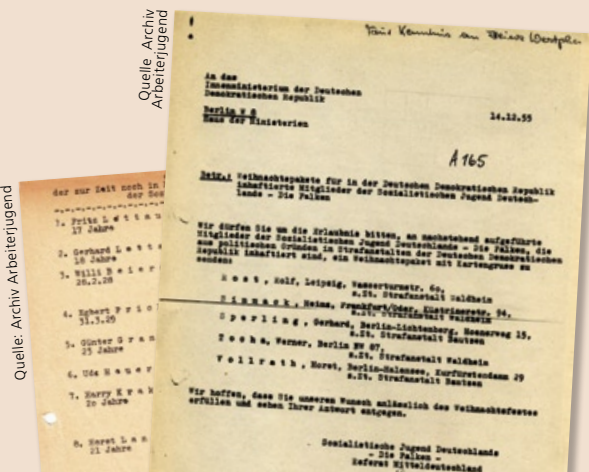
Sich für verfolgte und inhaftierte Mitglieder und Freunde einzusetzen, ist für die FALKEN und die SPD eine selbstverständliche Pflicht.

- Immer wieder wird öffentlich an ihr Schicksal erinnert und ihre Freilassung gefordert;
- so weit möglich, werden Inhaftierte mit Post und Paketen versorgt;
- aus politischer Haft Entlassene erhalten medizinische Betreuung und Hilfe bei der beruflichen Integration;
- Freunde und Freundinnen aus der DDR, die flüchten mussten, erhalten Beistand bei der Suche nach Unterkunft und Arbeit.

Gelegentlich führen Berliner FALKEN-Funktionäre auch geheime Verhandlungen mit der FDJ-Führung über die Freilassung inhaftierter Freunde.



Artikel aus BLICKPUNKT, Juli/August 1953



Quelle: Archiv Arbeiterjugend

Hintergrund: Liste verhafteter FALKEN, ohne Datum, ca. 1952 erstellt
 Vordergrund: Antrag der FALKEN, in der DDR inhaftierten FALKEN Weihnachtspakete schicken zu dürfen

Selbstbehauptung in Ost-Berlin 1956 – 1961

[Michael Schmidt]

Seit dem Herbst 1955 machte sich im gesamten Ostblock eine von der Sowjetunion ausgehende Entstalinisierung und Liberalisierung bemerkbar, deren auffälligster Ausdruck die Rede von Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 über Stalins Verbrechen war. Diese sogenannte Tauwetterzeit versuchten die FALKEN offensiv zu nutzen – sowohl in Ost-Berlin als auch darüber hinaus.

Nachdem sie 1949, unter massivem politischem Druck, ihre Arbeit im Ostteil eingestellt hatten und Ost-Berliner FALKEN-Kreise sich in der Folge nur noch im Westteil der Stadt trafen, gingen die FALKEN nunmehr wieder daran, ihre Wirkungsmöglichkeiten in Ost-Berlin zurückzugewinnen. Hatten sie in den Jahren zuvor ihre Mitglieder aus Ost-Berlin über West-Berlin ausfliegen lassen müssen, um ihnen die Teilnahme an Zeltlagern und internationalen Begegnungen zu ermöglichen, so beantragten sie 1956 für die Teilnehmer des Camps der sozialistischen Jugendinternationale (IUSY), das in Tampere/Finnland stattfand, Auslandspässe bei den DDR-Behörden, die sie auch erhielten.

Offensiv traten die Berliner FALKEN auch in den 1956 in Ost-Berlin von der FDJ veranstalteten „Jugendforen“ auf, bei denen hochrangige Partei- und Staatsfunktionäre sich den Fragen der jungen Teilnehmer stellten – unter verdeckter Aufsicht und Kontrolle durch Mitarbeiter der Staatssicherheit.

Als nächsten Schritt forderten sie die Ost-Berliner Verwaltung auf, den FALKEN für eine öffentliche Veranstaltung am 30. Oktober im Bezirk Prenzlauer Berg die Aula einer Schule zur Verfügung zu stellen. Der Raum wurde kurzfristig verweigert, und zwar interessanterweise nicht mit politischen, sondern mit organisatorischen Argumenten.

Auch unter den oppositionellen Studenten, die sich im Herbst 1956 an der Ost-Berliner Humboldt-Universität zu Worte meldeten,¹ hatten die FALKEN Freunde gewonnen. Zwei ihrer Sprecher (Holger Hansen und Hans Georg Wolters) hatten sich den FALKEN angeschlossen und bereiteten bereits die Gründung einer FALKEN-Gruppe an der Universität vor.

Die FALKEN hofften, dass in der DDR eine ähnliche Entwicklung eintreten könnte, wie sie sich bereits in Polen und Ungarn abzeichnete. Sie warben massiv für ihre Vorstellungen von einem „Dritten Weg“, der sich gleichermaßen vom Kapitalismus westlicher Prägung und vom Bolschewismus östlicher Provenienz unterscheiden sollte. Nach gewiss übertriebenen Angaben von Harry Ristock war es den FALKEN bis zum Herbst 1956 gelungen, „an fast allen Universitäten und Fachhochschulen und in einigen Großbetrieben der Sowjetzone interne Freundschaftsgruppen der FALKEN aufzubauen.“² Aber die Strategie der FALKEN hatte zweifellos Erfolg. Wie die Akten des MfS belegen, gab es in der Tat an einigen Betrieben und Hochschulen der DDR mehrere Jugendliche, die regelmäßig an den Veranstaltungen des Referats teilnahmen. Sie hätten im Fall der Zulassung der FALKEN sicherlich den Kern von FALKEN-Gruppen gebildet, agierten aber in der DDR nicht als politische Gruppen. Dies belegt, auf welchem schmalen Grat sich die Arbeit des Referats zuweilen bewegte. Nach dem offiziellen Selbstverständnis sollten in der DDR keine

1 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957, Bd. 6 der Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Berlin 1997.

2 Brief des Landesvorsitzenden der FALKEN, Harry Ristock, an den Vorsitzenden der Berliner SPD, Franz Neumann, vom 24.11.56, in: Franz Neumann Archiv Berlin (folgend FNA), Sammlung FALKEN, Nr. 29.

aktiven Gruppen gebildet werden, um die Jugendlichen nicht zu gefährden.³ Andererseits ist die Frage, inwieweit sich solche Freundeskreise politisch Gleichgesinnter von aktiven Gruppen abgrenzen lassen. Für das MfS spielte dieser Unterschied ohnehin keine Rolle.

Die Unruhen im Oktober in Polen und der Ungarnaufstand im November 1956 führten dazu, dass die DDR wieder massiver gegen Regimekritiker vorging. Damit gerieten auch die FALKEN verstärkt ins Blickfeld der Staatsorgane der DDR. Die SED, die sich einige Zeit zögerlich verhalten hatte, betrachtete nunmehr die Bestrebungen der FALKEN, sich im Ostteil der Stadt wieder zu etablieren, als Versuch, „die FDJ zu zersetzen und aufzulösen“, und unternahm diverse Anstrengungen, der „Wühlarbeit“ der FALKEN und deren „Verleumdungen der FDJ und der DDR“⁴ etwas entgegenzusetzen. Parallel zur Zerschlagung der intellektuellen Opposition in der DDR startete sie eine Kampagne gegen die FALKEN. Zum Auftakt brandmarkte der 1. Sekretär der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED, Alfred Neumann, Ende Oktober 1956 die „offenen Versuche der FALKEN in den letzten Tagen, die FDJ zu spalten“, als „Mittel der psychologischen Kriegsführung der amerikanischen Imperialisten“⁵.

Zur gleichen Zeit gelang dem MfS ein erster Schlag gegen die Ost-West-Begegnungen der Berliner FALKEN. Die Berliner FALKEN hatten sich zunutze gemacht, dass für den Bereich der Ost-West-Begegnungen großzügig Mittel flossen, deren korrekte Abrechnung nur schwer zu kontrollieren war. Angesichts der Gefährdung der Teilnehmer aus der DDR konnten keine offiziellen Namenslisten geführt werden, Nachprüfungen waren faktisch nicht möglich. So trieben die Berliner FALKEN die Kosten für diese Maßnahmen mittels frisierter Abrechnungen künstlich in die Höhe, um Geld für andere Aktivitäten des Verbands zu akquirieren. Das MfS war augenscheinlich darüber informiert, vermutlich durch die Stasi-Informantin Helga Boehm, zu dieser Zeit Mitglied im Landesvorstand der Berliner FALKEN. Offenbar konnte das MfS dieses Wissen aber nicht unmittelbar nutzen, ohne die Informantin zu gefährden.

Dann half der Zufall. Ein ehemaliger kurzzeitiger Mitarbeiter der FALKEN zeigte im September 1956 an, dass die FALKEN in großem Stil öffentliche Mittel zweckentfremden würden. Erste Nachforschungen der Senatsjugendverwaltung blieben erfolglos. Daraufhin gelangten weitere Informationen und einige handfeste Beweise an die zuständigen Stellen. Unter anderem erhielt der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen einen Brief von einem angeblich besorgten DDR-Bürger, der sich darüber beklagte, dass die FALKEN mit den Mitteln für die Ost-West-Begegnungen Schindluder treiben würden. In diesem Schreiben benannte der Autor neben vielen Halbwahrheiten und Unterstellungen einige Details, die eigentlich außer den direkt Beteiligten niemand wissen konnte. Der Brief gipfelte in der Forderung, Ordnung zu schaffen und die Staatsanwaltschaft einzuschalten.⁶ Vermutlich war hier nun das MfS auf den fahrenden Zug aufgesprungen und konnte jetzt, ohne Verdacht zu erregen, die notwendigen Informationen liefern, um eine Anklage in Gang zu setzen. Ein Strafverfahren gegen die beteiligten Funktionäre der FALKEN, darunter auch Harry Ristock, wurde nunmehr unausweichlich. Obwohl das Gericht ihnen ausdrücklich bescheinigte, dass sie sich nicht persönlich bereichert hätten, erfüllte ihre Handlungsweise den Tatbestand der Untreue. In einem Prozess, der wegen der Geheimhaltung, der der gesamte Komplex der Ost-West-Begegnungen unterlag, unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, wurden sie im Mai 1958 verurteilt.⁷ Da die Berliner FALKEN in der Folge zwischen 1958 und 1965 keine Mittel mehr aus dem Bundeshaushalt erhielten, konnten sie auch keine Ost-West-Begegnungen mehr durchführen.

3 Bericht von Jürgen Gerull über die Arbeit des Referates Mitteldeutschland, November 1995, unveröffentlichtes Manuskript, Archiv der Arbeiterjugend Oer-Erkenschwick (folgend AdA), S. 3.

4 Hans Modrow im „Neuen Deutschland“, 15.12.1956.

5 „Neues Deutschland“, 1.11.1956.

6 Vgl. Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. 13, Acc. 1560, Nr. 148.

7 Vgl. „Der Spiegel“, 11.6.1958.

Angesichts der Erfolge der FALKEN – das MfS konstatierte im Juni 1957: „Besonders an unseren Universitäten, Fachhochschulen, Betrieben etc. sind Teilnehmer der Ost-West-Begegnungen dazu übergegangen, offen oder versteckt die Politik der FALKEN zu vertreten.“⁸ - setzte die Staatsführung der DDR seit 1957 darauf, den Aktivitäten der FALKEN in Ost-Berlin und der DDR vollständig das Wasser abzugraben. Zu diesem Zweck beschloss sie verschiedene Maßnahmen. U. a. erließ das Staatssekretariat für Hochschulwesen Ende Mai 1957 Beschränkungen für Reisen von Hoch- und Oberschülern in sogenannte NATO-Staaten⁹, was dazu führte, dass legale Westreisen für diesen Personenkreis faktisch kaum noch möglich waren. Begleitet wurde das Ganze von einer großen Kampagne in den DDR-Medien gegen die „verbrecherischen“ Aktivitäten einiger Funktionäre, so namentlich gegen Heinz Westphal und Harry Ristock, die „in hinterhältiger Weise den Namen der sozialistischen Jugendorganisation Die FALKEN“ missbraucht hätten. Ristock hatte sich durch sein couragiertes Auftreten auf einem Jugend-Forum der FDJ im August 1957, als er u.a. den Rücktritt Ulbrichts gefordert hatte, den besonderen Zorn der DDR-Führung zugezogen.¹⁰ Die FALKEN als Organisation wurden geschont und ihre Mitglieder aufgefordert, sich von solcherlei Aktivitäten zu distanzieren, denn SED und FDJ versuchten weiter, die gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik gerichtete antimilitaristische Grundhaltung der FALKEN politisch zu nutzen. Dass die FALKEN sich nicht nur gegen die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik wandten, sondern gleichermaßen in aller Deutlichkeit gegen die militärische Rüstung in der DDR, wurde in der DDR-Propaganda als gegen die Interessen der FALKEN und Deutschlands gerichtete Politik einiger rechter FALKEN-Funktionäre dargestellt, gegen die sich die „ehrlichen“ Mitglieder der FALKEN zur Wehr setzen sollten.

Und erneut ging die SED mit den Mitteln der Justiz gegen FALKEN-Sympathisanten und -Mitglieder vor. Der Student der Humboldt-Universität, Hans Georg Wolters, wurde mit Urteil vom 10. März 1958 wegen Staatsverleumdung und Devisenverbrechen zu zehn Monate Haft verurteilt; Holger Hansen war bereits 1956 von der Universität relegiert worden. Ein weiterer Falke aus Ost-Berlin, Klaus Hirschfeld, der wegen regimekritischer Äußerungen bereits von der Schule verwiesen worden war und sich danach den FALKEN angeschlossen hatte, erhielt im Dezember 1958 wegen staatsgefährdender Hetze eineinhalb Jahre Haft.

Über andere FALKEN-Aktivistinnen in Ost-Berlin sammelten im Verbund Volkspolizisten, FDJ-Funktionäre, Stasi-Spitzel aus den Reihen der FALKEN und das MfS alle nur erreichbaren Informationen, um auch gegen sie Vorwände für Strafverfahren zu finden. Dies gilt z.B. für Günter Jahn, bis zum Bau der Mauer im August 1961 Kreisvorsitzender der FALKEN in Berlin-Mitte.

8 MfS – AS 1291/67, Bd. 1, S. 424.

9 Wortlaut der Verordnung des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 24. Mai 1957, in: Ilko-Sascha Kowalczyk, a.a.O., S. 123f.

10 Vgl. Michael Schmidt, Die FALKEN in Berlin – Antifaschismus und Völkerverständigung, Berlin 1987, S. 49f.

Die politische Offensive 1956/57

„Durch Ulbricht und Adenauer keine Wiedervereinigung“

Großkundgebungs
der Sozialistischen Jugend Deutschlands
— Die Falken —

Die Bevölkerung Berlins ist herzlich eingeladen

Es sprechen: **Heinz Kühn, Köln**
Mitglied des Bundesrates
Harry Ristock, Berlin
Landesvorsitzender der Falken
Heinz Westphal, Bonn
Bundesvorsitzender der Falken

4. Mai 1956, in der Festhalle am Funkturm
Beginn 20 Uhr, Einlaß 19 Uhr

Es spielt das Orchester des BVG

Druck: Schäfer, 10476 — Hermann: Social, Jugend Dienststelle, Die Falken, LV Berlin

Flugblatt der Berliner FALKEN für ihre Veranstaltung am 4. Mai 1956

Im Februar 1956 löst der Generalsekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, mit seiner Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU über Stalins Verbrechen eine kurzzeitige Phase politischer Liberalisierung im gesamten Ostblock aus.

Die Berliner FALKEN mit Harry Ristock als Landesvorsitzenden an der Spitze nutzen die Verunsicherung der SED, um wieder offensiv und fordernd auch in Ost-Berlin aufzutreten. Ein für den 30. Oktober 1956 beantragter Saal für die erste Veranstaltung der FALKEN nach sieben Jahren in Ost-Berlin wird verweigert. Um die Mitglieder nicht zu gefährden, haben die FALKEN im Sommer 1949 Treffen in Ost-Berlin eingestellt.

Am 1. Mai 1956 verärgern die Berliner FALKEN mit der Parole „Durch Ulbricht und Adenauer keine Wiedervereinigung“ Freunde in West- und Feinde in Ost-Berlin. Auf einer Veranstaltung am 4. Mai unter dem gleichen Motto erläutern sie ihre deutschland- und gesellschaftspolitische Konzeption eines „Dritten Weges“. Anlässlich der

SONDERAUSGABE

Sozialdemokrat

Wortlaut der Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU

Für das Volk — gegen seine Unterdrücker!

Nr. 18/56 Herausgegeben vom Ostbüro der SPD, Bonn Erdbebenquartier, Berlin

Die Entlarvung des Stalin-Terrors

Wir veröffentlichen auf den folgenden Seiten stark gekürzt den Wortlaut der Rede Chruschtschows, die er auf der Geheimitzung des XX. Parteitages der KPdSU am 25. Februar 1956 in Moskau gehalten hat.

Die Rede Chruschtschows spricht für sich. Das Belastungsmaterial, das der gegenwärtige 1. Sekretär der KPdSU gegen die Person Stalins vorgelegt, ist erschütternd und bedarf keines weiteren Kommentars von unserer Seite. Liest man die Ausführungen Chruschtschows auf der Geheimitzung des XX. Parteitages, so wird verständlich, warum Ulbricht es bis heute nicht gewagt hat, diese Rede den Mitgliedern seiner Partei auszuhändigen. Bei großen Teilen der Chruschtschowschen Rede brauchte der Name Stalins nur durch den Namen Ulbricht ausgewechselt zu werden, um eine verächtliche Charakterisierung des sächsischen Stalins zu erhalten.

Nur ein Teil der historischen Wahrheit

Es muß bemerkt werden, daß die Rede Chruschtschows nur einen Teil der historischen Wahrheit enthält. Die scharfe Kritik Chruschtschows richtet sich ausschließlich gegen die Person Stalins, ohne die Frage nach dem sowjetischen gesellschaftlichen System zu stellen, innerhalb dessen eine Persönlichkeit wie Stalin seine negativen Charaktereigenschaften so ungehemmt entfalten konnte. Es widerspricht den Erfordernissen einer marxistischen Analyse, für die offensichtlichen Degenerationserscheinungen der Sowjetgesellschaft ausschließlich eine Einzelpersonlichkeit verantwortlich zu machen, wie groß auch immer ihr Einfluß gewesen sein mag. Stalin war ein Produkt des Sowjetsystems. Indem Chruschtschow diese Feststellung nicht trifft, bedient er sich der gleichen fehlerhaften und metaphysischen Methode, die er bei Stalin so scharf verurteilt hat, ökonomische und politische Klassenbewegungen ausschließlich aus Individuen heraus zu erklären, statt aus der ökonomischen Basis. Das geschieht mit der bewußten Absicht, das Sowjetsystem, dessen Repräsentant heute Chruschtschow mit seinem Kollektiv ist, über Stalin hinaus zu retten. Dagegen übergeht Chruschtschow die Tatsache, daß der Stalinismus die gesetzliche Folge aus dem Leninismus ist und nur das in Theorie und Praxis offenbart und verwirklicht hat, was von Anfang an im Leninismus als Möglichkeit enthalten war. Die von Stalin dogmatisch in eine völlig andere historische Situation übernommene Lehre Lenins von der Partei der Berufsrevolutionäre führte in den dreißiger Jahren dazu, daß die führende Klasse der Partei sich aus einer neuen herrschenden Klasse im gesamten öffentlichen Leben der UdSSR stabilisierte und deren Kurs ohne Teilnahme der völlig rechtlosen Volksmassen bestimmte. Daß Stalin sich bei diesem Entstehungsprozeß auf Lenin berufen konnte, zwang auch zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Leninismus. Das weitere ist sowohl die These von der ständigen Verschiebung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus sowie die freiwillige und vollkommen unrichtige Einstellung zu anderen sozialistischen Parteien, die bei Stalin bis zur antisozialistischen Kampagne gegen die Jugoslawische Kommunistische Partei führte, bereits in der leninistischen Theorie enthalten.

Lenin-Renaissance ohne Kritik

Darum muß es skeptisch stimmen, wenn Chruschtschow jetzt eine neue Lenin-Renaissance für die UdSSR proklamiert, zumal, wenn die Wiederbelebung des Leninismus im Zeichen der Kritiklosigkeit geschieht. Chruschtschow selbst läßt sich in der vorliegenden Rede einen flagranten Bruch leninischer Normen zuschulden kommen, wenn er fordert, wie dürfen diese Angelegenheit (Stalin) nicht aus den Reihen der Partei hinaus, insbesondere nicht in die Presse drängen lassen, was einer Verheimlichung der ganzen Wahrheit vor der Volksmasse gleichkommt. Wenn es Chruschtschow wirklich ernst meint mit der Entwicklung der KPdSU zu sozialistischen Prinzipien, so dürfte dies nicht nur eine Angelegenheit des führenden Kerns der KPdSU sein, sondern vor allem Dingen auch eine Angelegenheit der breiten Massen in der UdSSR selbst; denn sie sind schließlich der historische Träger des Sozialismus.

Die Folgen, die der XX. Parteitag der KPdSU auslöste, sind noch nicht in ihrer vollen Tragweite abzusehen. In den Satellitenstaaten, vor allem in Polen und Ungarn, sind lebhaft Diskussionen im Gange; auch sind dort bereits gewisse Veränderungen vorzunehmen worden.

Nur in der sog. „DDR“ wird die Diskussion von dem Stalinisten ULBRICHT gewaltsam verhindert. Er erhebt sich die Frage, wann die Sowjets bereit sind, auch für die Zone die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

ULBRICHT und sein System müssen verschwinden.

OSTBÜRO DER SPD

Chruschtschow erklärte vor dem XX. Parteitag der KPdSU:

Nach dem Tode Stalins leitete das ZK der Partei eine Aufklärungspolitik ein, um mit zwingender Konsequenz nachzuweisen, daß er unzulässig und dem Geiste des Marxismus-Leninismus zuwider ist, eine Person herauszuheben und sie zu einem Übermenschen zu machen, der göttlichen, übernatürlichen Eigenschaften besitzt, zu einem Menschen, der angeblich alles weiß, alles sieht, für alle denkt, alles kann und in seinem ganzen Verhalten unfehlbar ist. Ein solcher Glaube an einen Menschen, und zwar an Stalin, ist bei uns viele Jahre lang kultiviert worden...

Schwerwiegende Verfassungen...

Wir haben uns mit der jetzt und künftig für die Partei überaus wichtigen Frage zu befassen, wie der Kult mit der Person Stalins sich allmählich entfalten konnte, dieser Kult, der in einer ganz bestimmten, konkreten Phase zur Quelle einer Reihe außerordentlich ernst und schwerwiegender Verfassungen der Parteigrundsätze, der innerparteilichen Demokratie und der revolutionären Gesetzmäßigkeit wurde...

Abgesehen von W. I. Lenins großen Verdiensten um den Sieg der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern, um den Sieg unserer Partei und um die Anwendung der Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus auf das Leben zeigte sich sein Scharfblick auch darin, daß er heizten jene negativen Charaktereigenschaften Stalins aufdeckte, die später so ernst zu nehmende Konsequenzen zeitigten. Aus Besorgnis um die künftigen Geschicke der Partei und des Sowjetvolkes wies er auf die Notwendigkeit hin, die Entfremdung Stalins vom Posten des Generalsekretärs in Erwägung zu ziehen, da Stalin zu brutal sei, nicht die richtige Einstellung zu den Genossen zeige, launisch sei und seine Macht mißbrauche. Im Dezember 1952 erklärte Wladimir Iljitsch in einem Brief an den Parteitag:

„Genosse Stalin hat dadurch, daß er Generelektreir geworden ist, eine gewaltige Macht in seinen Händen vereinigt, und ich bin durchaus nicht sicher, daß er es immer verstehen wird, diese Macht mit genügender Behutsamkeit zu benutzen.“

Dieser Brief, ein politisches Dokument von außerordentlicher Bedeutung, das in der Parteigeschichte als „Lenins Testament“ bekannt ist, wurde allen Delegierten des XX. Parteikongresses auszuhändigen...

„Stalin ist zu grob...“

Wladimir Iljitsch sagte:

„Stalin ist zu grob, und wenn dieser Fehler auch in unserem Kreis und in den Beziehungen unter uns Kommunisten erträglich ist, so wird er ganz unerträglich im Geschäftszimmer des Generalsekretärs. Darum schlage ich den Genossen vor, einen Weg zu finden, um Stalin aus dieser Position zu entfernen und dafür einen anderen Mann auszuwählen, der sich aber in jeder Beziehung nur dadurch von Stalin unterscheiden darf, daß er gesünder, joyliger, höflicher, aufmerksamer“

Titelblatt der für die DDR vom Ostbüro der SPD herausgegebenen Zeitschrift „Sozialdemokrat“

Berliner Delegiertenkonferenz wird der Antrag gestellt, alle FALKEN auszuschließen, die freiwillig zur Bundeswehr oder zur Nationalen Volksarmee der DDR gehen.

Die SED versucht über die FDJ, die FALKEN für den Kampf gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu instrumentalisieren, deren strikte Gegner die FALKEN sind. Diesem durchsichtigen Versuch gehen die FALKEN nicht auf den Leim, unterstützt die FDJ doch seit 1952 mit aller Kraft die Militarisierung der DDR.



FDJ-Plakat aus dem Jahr 1952, mit dem der Eintritt in die Kasernierte Volkspolizei erworben wird – Vorläufer der Nationalen Volksarmee

„Auf jede Frage eine Antwort?“ Die Gesamt-Berliner Jugendforen der FDJ 1956/57

1956/57 versucht die FDJ, mit „Gesamtberliner Jugendforen“ und dem Versprechen „Auf jede Frage eine Antwort“ den Kontakt zur Jugend zu verbessern. Den Fragen stellen sich hohe Funktionäre der SED und der FDJ.

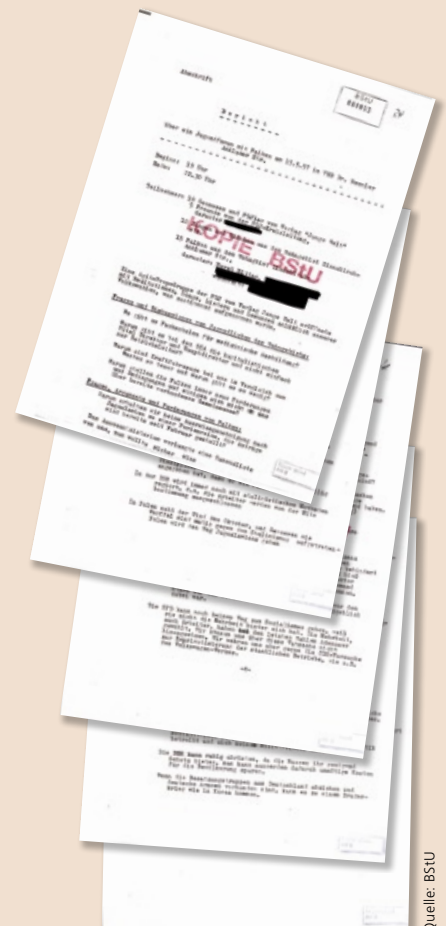
Die Berliner FALKEN nutzen wiederholt diese Gelegenheit, um deutliche Kritik an der Politik der SED zu üben und sich zugleich als sozialistischer Jugendverband, als Alternative zur FDJ, in Ost-Berlin zu präsentieren. Berlins SED-Chef Alfred Neumann warnt Ende Oktober 1956 die FDJ vor dem Versuch „der FALKEN in den letzten Tagen, die FDJ zu spalten“.

Am 15. Mai 1957 findet ein Forum im Wohngebiet des Ost-Berliner FALKEN-Kreisleiters Berlin-Mitte, Günter Jahn, statt. Laut MfS-Akten habe er starken „Einfluß auf die Jugendlichen im Wohngebiet“. Neben Jahn und Horst Mittag nehmen weitere 15 FALKEN aus der Nachbarschaft teil, die mit 15 FDJlern und weiteren 15 Jugendlichen diskutieren.

Während ansonsten die DDR-Presse breit, wenn auch sehr selektiv, über die Jugendforen informiert, gibt es über dieses Forum nur Berichte für die Staatssicherheit. Auch macht das MfS heimlich Fotos.

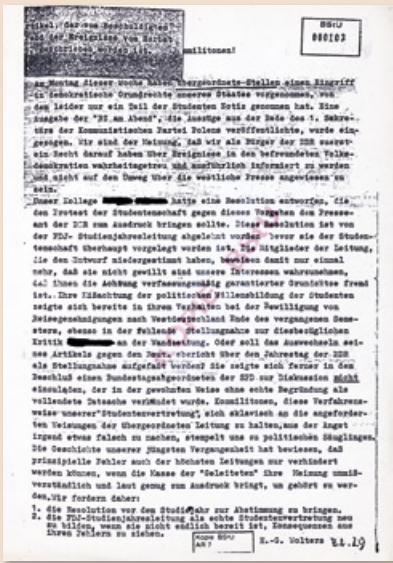


Offizielles Foto vom III. Gesamt-Berliner Jugendforum am 28.02.1956 mit der politisch „brisanten“ Frage eines Jugendlichen: „Weshalb werden die Filme ‚Siebtes Kreuz‘ und ‚Junge Garde‘ nicht in deutscher Fassung bei uns vorgeführt?“



Enthält die Redebeiträge der FALKEN

Unruhen an DDR-Universitäten 1956: Der Fall „Wolters“



Quelle: BSTU

Wolters Protestbrief

In der „Tauwetterphase“ nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 gärt es an den Universitäten der DDR.

Allenthalben fordern Studenten:

- Die Abschaffung des obligatorischen Russisch-Unterrichts und des marxistisch-leninistischen Grundstudiums,
- von der FDJ unabhängige Studentenvertretungen,
- Reisefreiheit.

Ein Zentrum ist die Berliner Humboldt-Universität. Zu den Studenten mit FALKEN-Kontakten, die offen die Politik der SED und FDJ kritisieren, zählt neben Holger Hansen der Medizinstudent Hans Georg Wolters. Er versteht sich als demokratischer Sozialist. Wo andere das FDJ-Abzeichen tragen, zeigt er 1956 das FALKEN-Symbol. Er ist seit Januar 1956 Mitglied. Unter anderem protestiert er am „Schwarzen Brett“ seiner Fakultät dagegen, dass die Ost-Berliner Zeitung „BZ am Abend“ vom 22. Oktober 1956 kurz nach Auslieferung wieder eingezogen wird. Es passt dem SED-Ideologen Kurt Hager nicht, dass das Blatt über eine parteikritische Rede des neuen polnischen KP-Vorsitzenden Gomulka berichtet.



Titelblatt der am 22. Oktober 1956 ausgelieferten und eine Stunde später eingezogenen Zeitung



Wolters Foto aus seinem Humboldt-Universitäts-Studienbuch, 1954



Wolters FALKEN-Mitgliedsbuch

Holger Hansen wird von der Universität verwiesen; Wolters wird das Stipendium gestrichen, im März 1958 erhält er zehn Monate Haft wegen Staatsverleumdung und Devisenverbrechen.

Zur Verurteilung beigetragen hat die FALKEN-Funktionärin Helga Boehm, die seit 1953 für das MfS arbeitet (Deckname „Tanne“). Als Mitglied der „Ostkommision“ der FALKEN hatte sie erfahren, dass Wolters vom Verband Ersatz für das gestrichene Stipendium erhält und dies offensichtlich dem MfS mitgeteilt. Daraus konstruiert das Gericht ein Devisenverbrechen.

Im Blick die Wiedervereinigung – Das Referat Mitteldeutschland

[Michael Schmidt]

Die ersten Jahre

Im Mai 1951 gründeten die FALKEN das Referat Mitteldeutschland (RM). Es sollte als Teil des Verbandssekretariates ihren gesamtdeutschen Anspruch bekräftigen. Es wurde vom Vorstand der FALKEN finanziert, der damals seinen Sitz in Hannover hatte und im April 1952 nach Bonn umzog. Als Sitz des Referats bestimmten die FALKEN Berlin - aufgrund der räumlichen Nähe zur DDR, aber auch als Zeichen politischer Verbundenheit mit der geteilten Stadt. Der Name entsprach der damaligen politischen Einschätzung. Auch die FALKEN hatten sich noch nicht mit der Tatsache abgefunden, dass die deutschen Ostgebiete als Folge des II. Weltkriegs unwiederbringlich verloren waren.

Der erste Leiter des Referats wurde Günther Mielau. Er hatte schon als FDJ-Bezirksleiter in Halle Kontakte zu den FALKEN gesucht und sich ihnen nach seiner Flucht aus der DDR angeschlossen. Als er sich beruflich umorientierte, übernahm im Oktober 1952 Jürgen Gerull die Leitung. Er war als Funktionär der Ost-Berliner FALKEN 1949 wegen „friedensgefährdender Propaganda“ zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden, die er komplett hatte absitzen müssen.

Als Aufgaben des Referats benannte 1953 der damalige Vorsitzende der FALKEN, Heinz Westphal, in der Verbandszeitschrift „Junge Gemeinschaft“, „die Vorbereitungen der Sozialistischen Jugend für den Tag der Wiedervereinigung Deutschlands zu treffen“.¹ Wie viele, gingen auch die FALKEN davon aus, dass die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit stattfinden werde und wollten dann sofort in der Lage sein, auf dem Gebiet der DDR ihre Strukturen aufzubauen. Sie hofften, dort „am Tag der Wiedervereinigung auf ein großes Mitgliederpotential zurückgreifen zu können“². Entsprechend stand in den ersten Jahren der Arbeit des Referats die „Ausbildung und Schulung der Genossen ... , die wir am Tage der Wiedervereinigung Deutschlands zur Unterstützung der sozialistischen Jugendarbeit in die Sowjetzone senden werden“³, im Mittelpunkt.

Als weitere Tätigkeitsbereiche führte Westphal 1953 an: die materielle und geistige Unterstützung der Jugend Mitteldeutschlands, gerade auch für diejenigen, die aus eigenem Antrieb Widerstand gegen das Regime leisten; Aufklärung über die Situation vor allem der Jugend in Mitteldeutschland; Aufklärung über kommunistische Tarnorganisationen in der Bundesrepublik sowie Hilfe für jugendliche Flüchtlinge.⁴

Letzteres leisteten vor allem die Untergliederungen der FALKEN. In jedem FALKEN-Bezirk der Bundesrepublik gab es Beauftragte des Referats, die sich vor allem um die Unterstützung von jugendlichen Flüchtlingen kümmerten und Paketaktionen in die DDR organisierten. Die Arbeit des Büros in Berlin bestand in den ersten Jahren überwiegend darin, den eigenen Verband und die Öffentlichkeit mit Informationen über die DDR zu versorgen. Die Seminare, die das Referat regelmäßig veranstaltete, beschäftigten sich intensiv mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen im Ostblock und der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Darüber hinaus versandte das Referat beständig Info-Materialien über die Entwicklung in der DDR an die FALKEN-Bezirke,

1 Junge Gemeinschaft (folgend J.G.) 1/1953.

2 Bericht von Jürgen Gerull über die Arbeit des Referates Mitteldeutschland, November 1995, unveröffentlichtes Manuskript, Archiv der Arbeiterjugend Oer-Erkenschwick (folgend AdA), S. 4.

3 Vgl. Protokoll der IV. Tagung des Referates Mitteldeutschland ... vom 16. bis 21. September 1953 in Kochel, S. 11, AdA SJD MR – 20/1.

4 J.G. 1/1953.

die diese für die politische Bildung einsetzen sollten. Die meisten dieser Materialien stammten aus dem Umfeld der sozialdemokratischen Bewegung, etwa vom Ostbüro der SPD, der sogenannten Aktionsgemeinschaft FDJ, die die Zeitschrift „Freie Junge Welt“ herausgab, und der sozialdemokratischen Berliner Tageszeitung „Der Telegraf“. Auch die amerikanisch finanzierte antikommunistische Satirezeitschrift „Tarantel“ gehörte bis September 1953 zu den verschickten Materialien.

Aus dem Anspruch, die Jugend Mitteldeutschlands zu unterstützen, und zwar gerade jene, die sich dem Regime widersetzen, resultierte, dass das Referat die Auseinandersetzung mit der DDR nicht nur auf dem Boden der Bundesrepublik und in West-Berlin führte. Es versuchte, Jugendliche, die kritisch gegenüber der DDR eingestellt waren, politisch-ideologisch zu bestärken und bemühte sich darüber hinaus, propagandistisch in die DDR hineinzuwirken. Dazu dienten in den ersten Jahren vor allem Flugblattaktionen. Entweder mit Ballons oder mit kleinen Raketen, auch mit Hilfe der Berliner S-Bahn, die weit ins Umland hinein fuhr, wurden vor allem zu bestimmten Anlässen Flugblätter in die DDR geschickt. Zur Information der Jugendlichen in der DDR erschien eine Zeit lang unregelmäßig die Zeitschrift „Arbeiterjugend“. Diese Aktionen, auch die Zeitschrift, wurden aber schon Mitte der 50er Jahre eingestellt, als man mit Hilfe der Ost-West-Begegnungen bessere Möglichkeiten gefunden hatte, Jugendlichen aus der DDR die eigenen Positionen zu vermitteln.

Begleitet wurde die Arbeit des Referats von der „Mitteldeutschen Kommission“, der Vertreter von Verbandsgremien angehörten. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre, als sich die FALKEN darüber klar wurden, dass die deutschen Ostgebiete unwiederbringlich verloren waren, bürgerte sich dann der Name „Ostkommission“ ein. In den Berichten des MfS finden sich immer wieder Angaben, dass auch hochrangige Vertreter des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen (BMfgF), der SPD und des Ostbüros der SPD in dieser Kommission vertreten waren. In den leider nur sehr rudimentär überlieferten Akten der FALKEN gibt es darauf keine Hinweise. Ich halte diese Annahme jedoch eher für eine Projektion der Ermittler, die sowohl die Rolle und Bedeutung des Referats insgesamt als auch die der „Ostkommission“ überschätzten. Das Referat agierte weitgehend selbstständig. Und die FALKEN ließen sich keinesfalls vom BMfgF in die Arbeit des Referats hineinreden. Im Gegenteil gab es diverse Konflikte, weil die FALKEN eine politisch gänzlich andere Auffassung über „gesamtdeutsche Fragen“ vertraten als das CDU-geführte Ministerium. In Bezug auf die SPD gilt, dass die FALKEN organisatorisch, wenn auch nicht politisch, von der SPD unabhängig waren. Das stellte sich aber nicht so dar, dass die SPD die konkrete politische Arbeit der FALKEN anleitete. Die FALKEN verstanden sich als Teil der sozialdemokratischen Bewegung, agierten in diesem Rahmen und versuchten auch immer wieder, ihren eigenen politischen Spielraum gegenüber der SPD zu erweitern, ohne dabei die grundsätzliche Übereinstimmung infrage zu stellen. Es gab natürlich auch in Bezug auf die Arbeit des Referats Kontakte und Besprechungen zwischen den FALKEN und der SPD. Vertreter der SPD und des Ostbüros referierten auch auf Veranstaltungen des Referats und es wurden, wie bereits ausgeführt, Materialien des Ostbüros weitergegeben. Jedoch unterschied sich das Verhältnis zwischen FALKEN und SPD grundsätzlich von dem klar geregelten Weisungsverhältnis, das zwischen SED und FDJ bestand und den Ermittlern des MfS offenbar vorschwebte.

Zu der Einschätzung, dass das Ostbüro der SPD in der „Ostkommission“ der FALKEN vertreten war, trug sicherlich bei, dass Helga Böhm eine Zeit lang der Kommission angehörte. Sie war seit 1953 Mitglied des Berliner FALKENvorstands und arbeitete zeitweilig als Sekretärin für das Ostbüro. Gleichzeitig war sie seit 1953 für die Auslandsspionageabteilung des MfS tätig, bis sie sich 1959 angesichts ihrer drohenden Enttarnung zusammen mit ihrer Familie in die DDR absetzte.

Da das Ostbüro der SPD Nachrichten aus allen Bereichen der DDR sammelte und auch illegale Gruppen unterstützte, achtete das Referat Mitteldeutschland bewusst auf Abstand. Es begriff seine Arbeit als legal, was auch darin zum Ausdruck kam, dass die dort tätigen Personen die

Transitwege durch die DDR nutzten und in Ost-Berlin auftraten. Die Führungspersonen des Ostbüros trugen dagegen Decknamen und konnten im Interesse ihrer eigenen Sicherheit die DDR nicht betreten.⁵ Als 1956 das BMfG nach einem Konflikt mit den FALKEN die Mittel für das Referat nur noch über das Ostbüro der SPD auszahlen wollte, protestierten die FALKEN heftig.⁶

Obwohl also das Referat weder militärische noch wirtschaftliche Informationen sammelte und sich auch von geheimdienstlich tätigen Organisationen bewusst fernhielt, rief bei den Machthabern der DDR sein Interesse an der Jugendpolitik der DDR und der FDJ und der Versuch, hier eigene Erkenntnisse zu gewinnen, dennoch den Spionagevorwurf hervor. Daher wurden im September 1954 zwei Jugendliche aus der DDR, Rolf Rost und Horst Simmack, u. a. wegen Spionage für das Referat zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, weil sie beim Referat von ihren Erfahrungen in der FDJ berichtet hatten.⁷

Das Referat reagierte auf dieses Urteil, indem es die Spionagevorwürfe energisch zurückwies und sich von jeglichem Missbrauch von Jugendlichen zu Spionagezwecken ausdrücklich distanzierte.⁸ Um diesen Jugendlichen zu helfen, beschlossen Jürgen Gerull und Harry Ristock, damals noch nicht Vorsitzender, aber schon Sekretär des Berliner Landesverbands der FALKEN, mit der FDJ Kontakt aufzunehmen. Sie schrieben an den FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker und baten um eine vertrauliche Unterredung. Es gab mehrere Gespräche von Ristock und Gerull mit Vertretern der FDJ, u. a. auch mit Honecker. Nachdem es zunächst so aussah, als ob in der Frage der Freilassung eine einvernehmliche Lösung und sogar eine Annäherung auf der jugendpolitischen Ebene möglich sei (es war die Zeit, als die DDR die Parole „Deutsche an einen Tisch“ verbreitete), gerieten diese Kontakte jedoch in den Mahlstrom der großen Politik – u. a. weil beide Seiten kein Interesse an Alleingängen ihrer Jugendorganisationen hatten - und endeten schließlich im Frühjahr 1955 im Eklat.⁹ Wegen dieser auch bei der SPD heftig umstrittenen Kontakte zur FDJ musste das Referat aus den Räumen der Berliner SPD-Zentrale in der Zietenstraße ausziehen.¹⁰ Rost und Simmack kamen ein Jahr später im April 1956 aufgrund eines Gnadenerlasses, durch den insgesamt ca. 25.000 Häftlinge vorzeitig entlassen wurden, wieder in Freiheit.¹¹

Erste Maßnahmen des MfS

Das Referat und damit die gesamten politischen Aktivitäten der FALKEN gerieten im Frühjahr 1954 ins Visier des MfS. Hierbei spielten offenbar mehrere Ereignisse zusammen. Zum einen begannen zu diesem Zeitpunkt die Ermittlungen gegen Rost und Simmack. Zum anderen veröffentlichte das Referat im März 1954 einen Aufruf zu Gegenmaßnahmen anlässlich des für Pfingsten in Berlin geplanten Deutschlandtreffens der FDJ. Da das Referat diese Gegenmaßnahmen koordinierte, zog es das Interesse des MfS auf sich. Und das MfS hatte seit Beginn des Jahres 1954 durch den „Geheimen Mitarbeiter“ (GM)¹² Merz, Aribert Schulz, der als Funktionär der mittleren Ebene bei den Berliner FALKEN aktiv war, die Möglichkeit, nähere Informationen über die Arbeit der FALKEN und das RM zu beschaffen.

5 Zur Tätigkeit des Ostbüros der SPD vgl. Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.

6 Vgl. Protokoll der Ostkommissionssitzung vom 20.11.1956.

7 Vgl. Birgit Retzlaff, Widerstand der Sozialistischen Jugend in der frühen DDR, Rostock 2005, S. 87.

8 Vgl. Presseerklärung des „Referats Mitteldeutschland“ vom 22.10.1954, AdA, Persönlicher Bestand (PB) Westphal.

9 Vgl. Michael Schmidt, Unter den langen Schatten des Kalten Krieges. Innerdeutsche Jugendkontakte im Berlin der 50er Jahre. In: Historische Jugendforschung. Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung. NF Band 1/2004. S. 241ff.

10 Vgl. Interview mit J. Gerull, durchgeführt von Siegfried Heimann am 4.10.1983 im Rahmen des Forschungsprojekts des Franz-Neumann-Archivs „Die FALKEN in Berlin“. S. 27.

11 Vgl. Retzlaff, a.a.O., S. 87.

12 Seit 1968 wurden die „Geheimen Mitarbeiter“ (GM) als „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) bezeichnet.

Offener Brief an die Mitglieder der FDJ!

Berlin, den 4. März 1954

Liebe Freunde!

Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend hat gestern beschlossen, das 3. Deutschlandtreffen der FDJ Pfingsten 1954 wieder in Berlin zu veranstalten. Er hat sich damit Eurem Druck gebeugt und die unzähligen Briefe von Mitgliedern Eures Verbandes respektieren müssen.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – ist fest davon überzeugt, daß Ihr das Deutschlandtreffen in Berlin benutzen werdet, um wie in den Jahren 1950 und 1951 einen herzlichen Kontakt zur Bevölkerung, insbesondere zu den jungen Menschen, im freien Teil unserer Stadt aufzunehmen.

Aus diesem Grunde haben wir heute den Senat und die Bevölkerung Westberlins aufgefordert, alle Schritte einzuleiten, um Eure Betreuung sicherzustellen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, einen großen Teil der Arbeit selbst zu übernehmen. Die führenden Mitglieder unserer Organisation werden Pfingsten in Berlin sein, um zu Euch zu sprechen.

Wie bei den Weltfestspielen werden wir alles tun, um das Deutschlandtreffen zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die kommunistischen Machthaber werden zu lassen.

Wir grüßen die unterdrückte Jugend der Sowjetzone und werden mit ihr gemeinsam unsere Anstrengungen fortsetzen. Unser Ziel ist und bleibt die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.



**Sozialistische Jugend Deutschlands
DIE FALKEN
Referat Mitteldeutschland**

Druck: Graphische Gesellschaft Grunewald, G. m. b. H., Berlin-Grunewald

Zunächst richtete das MfS seine Bestrebungen darauf, etwas über die Gegenmaßnahmen zu erfahren, die anlässlich des Deutschlandtreffens der FDJ in Planung waren. So bekam der GM Merz den Auftrag, sich in diese Vorbereitungen einzuschalten und darüber zu berichten. In der Folge lieferte er die Namen und kurze politische Einschätzungen jener, die mit ihm als Betreuer an den in West-Berlin eingerichteten Kontaktstellen für FDJler tätig waren.¹³

Zudem wurde der GM instruiert, „mit Gerulls Sekretärin Kontakt herzustellen, um zum Referat Mitteldeutschland Verbindung zu bekommen“¹⁴. Auch hierin war er erfolgreich und berichtete, was er bei den Verabredungen mit der Sekretärin in Erfahrung brachte. Auch die SED beteiligte sich an der Sammlung von Informationen über das RM. So übersandte Paul Verner, als Leiter der ZK-Abteilung für gesamtdeutsche Fragen verantwortlich für die konspirative Arbeit in der Bundesrepublik, am 3. Mai 1954 dem MfS eine Liste mit den Anschriften leitender Funktionäre der FALKEN, die in ihren Untergliederungen als Kontaktpersonen zum Referat fungierten.¹⁵

¹³ Vgl. MfS 1909/56, Bd.1, S. 49.

¹⁴ Ebd., S. 34.

¹⁵ Vgl. MfS – AS 1291/67, Bd. 1, S. 39.

Nunmehr, da die Informationen zu fließen begannen, legte das MfS im Juni 1954 einen Vorgang zum Referat an. Die Begründung lautete: „Das Referat Mitteldeutschland ist eine gegen die DDR gerichtete Agentenzentrale, welche unter direkter Anleitung des Landesvorstands der SPD arbeitet und vermutlich mit dem Ostbüro der SPD in Verbindung steht. Das Referat Mitteldeutschland leistet vorwiegend Zersetzungsarbeit innerhalb der FDJ.“¹⁶

Gleichzeitig begann sich das MfS für den Leiter des Referats, Jürgen Gerull, zu interessieren und über mögliche GMs nachzudenken, die auf ihn angesetzt werden könnten. Im August 1954 folgte die Einrichtung der Akte „Wühler“, die sich mit Jürgen Gerull befasste. Doch gerieten die Bemühungen des MfS schnell ins Stocken. Zwar berichtete der GM Merz zunächst recht fleißig, jedoch zeigte sich das MfS bereits im September 1954 unzufrieden mit seinen Berichten und

An das
Ministerium für Staatssicherheit
der Deutschen Demokratischen Republik
- Dienststelle Potsdam -

14.12.55

P o t s d a m
Lindenstrasse

Betr.: Ernst-Dieter J a r i t z, zuletzt wohnhaft: Teltow - Seehof,
Hannemannstr. 29

Am 9. November 1955 hat Ihre Dienststelle den obengenannten Ernst-Dieter J a r i t z abends zu einer Vernehmung abgeholt, die bis in die Vormittagsstunden des nächsten Tages andauerte. Am Schluss der Vernehmung forderte sie ihn auf, sich am 1. Dezember 1955 mit einem Mitarbeiter Ihres Büros zu treffen.

Bei dieser Unterredung wurde Ernst-Dieter Jaritz durch Ihren Angestellten aufgefordert, sich an Aktionen der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken in der Bundesrepublik zu beteiligen, um anschließend bei Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Insbesondere sollte er Ihrer Dienststelle die Namen von Jugendlichen aus der Deutschen Demokratischen Republik melden, die an solchen Aktionen teilnehmen.

Wir erheben schärfsten Protest gegen den Versuch, Jugendliche der Deutschen Demokratischen Republik zu Spitzeldiensten in unserem Verband zu missbrauchen und werden die Öffentlichkeit über diesen Tatbestand unterrichten.

Sozialistische Jugend Deutschlands
- Die Falken -
Referat Mitteldeutschland

(Jürgen Gerull)

Quelle: Archiv Arbeiterjugend, SID BV 20-93 Ref M 1948-1959

ermahnte ihn zur Wahrheit. Dem Führungsoffizier fiel auf, dass Merz bei den Treffen sehr nervös wirkte. Im Januar 1955 notierte er dann: „Unterzeichneter ist der Meinung, dass M. uns nur das berichtet, wo er der Annahme ist, dass wir schon Einzelheiten über verschiedene Versammlungen, Konferenzen haben können“. (alle Fehler i. O.)¹⁷ Auch kritisierte das MfS, dass Merz laufend Geldbeträge forderte.¹⁸ Die Pläne des MfS, mit seiner Hilfe die Kontaktkartei des Referats zu entwenden, ließen sich vor diesem Hintergrund nicht verwirklichen. Immerhin fertigte er eine erste Skizze von Gerulls Büro an.

Im Verlauf des Jahres 1955 erschien Merz zunächst immer unregelmäßiger zu den Treffen, gegen Ende des Jahres gar nicht mehr und entzog sich dem MfS schließlich ganz, indem er auch die Wohnung wechselte. So beschloss das MfS im Mai 1956, den GM-Vorgang Merz zu den Akten zu legen.

Auch die „operative Bearbeitung“ von Jürgen Gerull erwies sich zunächst als wenig erfolgreich. Bereits Ende April 1954 verpflichtete das MfS einen ehemaligen Mitgefangenen Gerulls aus Waldheim als „Geheimen Informator“¹⁹ (GI). Dieser erhielt nun die Aufgabe, eine Verbindung zu Gerull herzustellen. Im November besuchte der GI Gerull in Berlin und lieferte darüber einen ausführlichen Bericht.²⁰ Obwohl Gerull einiges aus seiner Arbeit erzählt hatte, kamen die Ermittler zu dem Ergebnis, dass „Gerull dem GI wenig Vertrauen entgegenbringt“. Diese Einschätzung resultierte m.E. auch daraus, dass das Referat nicht die Agentenzentrale war, für die die Mitarbeiter des MfS es hielten und es daher auch die brisanten Informationen, die sie sich versprochen, nicht gab. Jedenfalls betrachteten die Ermittler des MfS im April 1955 weitere Besuche des GI bei Jürgen Gerull als wenig Erfolg versprechend.²¹

Der Informationsstand des MfS über die Tätigkeit des Referats stellt sich zu diesem Zeitpunkt als ziemlich dürftig dar und ging kaum über öffentlich zugängliches Material hinaus. Es hatte offenbar nur einen Ansatzpunkt für seine Arbeit gewonnen: Es war genau darüber informiert, dass die FALKEN auf einem Stand im Rahmen der Industrieausstellung im Oktober 1954 Kontakte zu Jugendlichen aus der DDR geknüpft und diese dann in den Weihnachtsferien zu einer ersten Ost-West-Begegnung in Hamburg eingeladen hatten. Aus den Jahren 1955 und 1956 sind in den vorliegenden Akten wenige Aktivitäten des MfS in Bezug auf die FALKEN überliefert. Allerdings bemühten sich regionale Dienststellen des MfS, in deren Bereich Jugendliche mit FALKENkontakten wohnten, solche Jugendlichen als Zuträger zu gewinnen, wie aus einem Schreiben Jürgen Gerulls an die Kreis-Dienststelle Potsdam des MfS vom Dezember 1955 hervorgeht.²² Die Intensität, mit der sich das MfS den FALKEN widmete, hielt sich in jener Zeit aber in Grenzen. Das war vermutlich auch dem „Tauwetter“ geschuldet, das zu jener Zeit, ausgehend von der Sowjetunion, den gesamten Ostblock erfasst hatte und eine gewisse Liberalisierung auch der Arbeit des MfS gegen oppositionelle Bestrebungen mit sich brachte.²³

Die Entstehung der Ost-West-Begegnungen

In den ersten Jahren hatte das Referat relativ wenige Kontakte zu Jugendlichen aus der DDR. Hier handelte es sich nur um solche Jugendlichen, die sich gezielt aus politischem Interesse an die FALKEN wandten. Das änderte sich ab 1954, als aufgrund einer Initiative des Berliner

17 Ebd., S. 250.

18 Vgl. MfS 1909/56, Zentralarchiv, S. 46.

19 Seit 1968 als „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) bezeichnet.

20 Vgl. MfS Allg. P. 8122/80, S. 79ff.

21 Ebd., S. 88.

22 Vgl. das Schreiben von J. Gerull vom 14.12.1955. AdA, SJD-BV-20-93-REF-M.

23 Vgl. Jens Gieseke, Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, Bonn 2000, S. 26f.

Landesjugendrings finanzielle Möglichkeiten geschaffen wurden, um Begegnungen zwischen Jugendlichen aus beiden Teilen Deutschlands zu ermöglichen. Dieser Gedanke lag nahe: Zum einen war die Zahl der West-Berlin besuchenden Jugendlichen aus der DDR beträchtlich, und es gehörte zum Anspruch aller dortigen Jugendverbände, ihnen Angebote für eine fundierte Auseinandersetzung mit westlichen Werten und Meinungen zu unterbreiten. Zum andern zeigten sich Berliner, bundesdeutsche und auch US-Behörden immer relativ großzügig, wenn es darum ging, Aktivitäten zu finanzieren, die der Auseinandersetzung mit der DDR dienten. Entsprechend kamen die Verbände des Berliner Landesjugendrings gegen Ende des Jahres 1953 überein, finanzielle Mittel für einen „Ost-West-Begegnungsfonds“ zu beantragen.

Mit Hilfe dieser Ost-West-Begegnungsmittel konnte das Referat Mitteldeutschland erstmals im Oktober 1954 auf seinem Stand im Rahmen der West-Berliner Industrieausstellung jugendlichen Besuchern aus der DDR nicht nur Informationen und Erfrischungen, sondern auch ein Preisaus schreiben offerieren, bei dem es Reisen nach Westdeutschland zu gewinnen gab. Wie viele der 2.449 Besucher, die die Betreuungsstelle an den 16 Messetagen zählte,²⁴ sich daran beteiligten, ist nicht überliefert. Es sollen aber sehr viele gewesen sein.²⁵ Die Gewinner fuhren jedenfalls im Dezember 1954 nach Hamburg. Dort erwartete sie ein buntes Programm: Stadtrundfahrten, Kino- und Theaterbesuche und diverse politische Informationsveranstaltungen, auf denen Vertreter der FALKEN und der SPD für ihre politischen Vorstellungen warben.²⁶

Der neue Fonds erlaubte es den FALKEN, diese Arbeit im großen Stil auszuweiten. Mit den Kontaktstellen auf den großen Ausstellungen in West-Berlin sammelte das Referat immer mehr Adressen, und als das Geld reichlich floss, konnten Kino- und Theaterbesuche und Wochenendseminare in West-Berlin angeboten werden. Bei der Industrieausstellung im Jahr 1955 wurden erstmals auch 750 Buchgutscheine verteilt. Ein Antrag vom Januar 1957 belegt, dass das Referat für seine Kontaktstelle auf der „Grünen Woche“ 10.000 DM beantragte und wohl auch erhielt - allein die Hälfte davon für Bücher.²⁷ Die verteilten Buchgutscheine konnten bis zu einem bestimmten Termin im Büro des Referats eingelöst werden. Dort wurden die Besucher politisch eingeschätzt und ihre Adressen aufgenommen. Auf Grundlage dieser Einschätzung erhielten sie dann Einladungen zu bestimmten Veranstaltungen, entweder an von ihnen benannte West-Berliner Deckadressen oder, wenn das nicht möglich war, durch Briefe, die direkt aus Ost-Berlin mit der Post versandt wurden. Zum Postempfang aus der DDR hatte das Referat eine Postfachadresse. So betreuten allein die Berliner FALKEN 5.468 von den 8.711 Jugendlichen, die bis Mai 1956 den Angaben der Berliner Jugendverbände zufolge an Ost-West-Begegnungen teilnahmen.²⁸

Der bereits angesprochene, durch MfS-Aktivitäten mit ausgelöste Prozess gegen Berliner FALKEN-Funktionäre im Mai 1958, der dazu führte, dass die Berliner FALKEN in den folgenden Jahren keine Mittel mehr aus dem Bundeshaushalt erhielten, blieb zunächst für die Fortführung der Ost-West-Begegnungen ohne nachhaltige Wirkungen. Da nur der Berliner Landesverband von der Mittelsperre betroffen war und zudem das Interesse auf politischer Ebene in der Bundesrepublik groß blieb, die Ost-West-Begegnungen weiterzuführen, wurde die Trägerschaft für diese Maßnahmen nur verlagert. Unter dem Dach des Referats Mitteldeutschland aber auch des Rings Politischer Jugend und der Naturfreundejugend führten größtenteils dieselben Personen weiter Ost-West-Begegnungen durch.

24 Vgl. Bericht über die Betreuungsstelle des RM während der Industrieausstellung 1954. AdA.

25 Vgl. Bericht des IM „Günter Mielau“ vom 27.6.1958. MfS5 – AS 1291/67 Bd. 1, S. 68.

26 Vgl. Methoden des „Referates Mitteldeutschland“ über Kontaktaufnahme mit Jugendlichen aus der DDR. 1.4.1955. MfS – AS 1291/67, Bd. 1, S. 93f.

27 Vgl. Bezuschussung der Betreuungsstelle des Referats Mitteldeutschland ... Antrag an das BMfgF vom 3.1.1957. AdA.

28 Warenrevisionsstelle bei dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Bericht Nr. 1 über die Jugendbegegnungen in Berlin. Frankfurt a.M., den 27.6.1956, S. 4, in: Landesarchiv Berlin (LAB), Rep.13, Acc. 1560, Nr. 146.

Familie Jahn und die FALKEN in Berlin-Mitte

In ihrem Kiez Zionskirchstr. / Kastanienallee werben die Brüder Günter und Wolfgang Jahn, von der Mutter unterstützt, seit Mitte der 50er Jahre aktiv für die FALKEN. Um 1960 gibt es in Berlin-Mitte noch circa 180 Mitglieder.

Beobachtet von der Volkspolizei, der FDJ und dem MfS, bespitzelt von FALKEN-Freunden, führt der Kreis-Vorsitzende Günter Jahn offensiv und selbstbewusst die Auseinandersetzung: sei es beim Jugendforum der FDJ im „VEB Remmler“, sei es beim extra für/gegen ihn organisierten „Jugendforum“ in dem Betrieb, für den er als Rohrleger arbeitet.

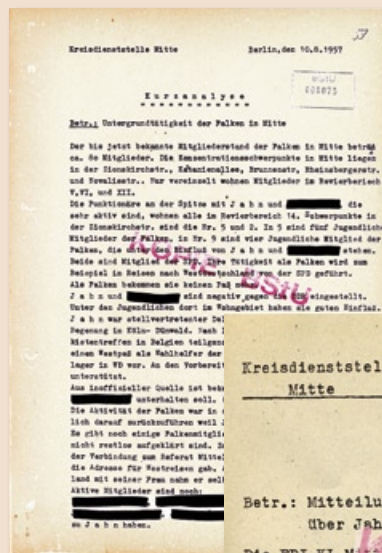
Kurz nach dem Mauerbau flüchtet er und organisiert Monate später die Flucht der Mutter und des Bruders.



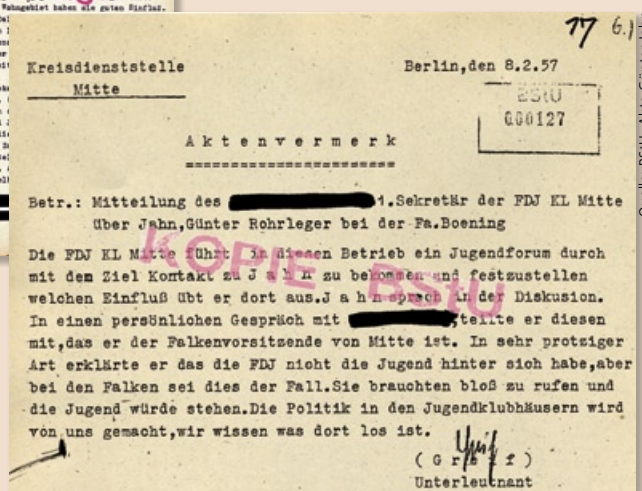
Günter Jahn (links) in den frühen 50er Jahren bei einer FALKEN-Wanderung



Günter Jahn, 1957



Quelle: BSU, Akte Günter Jahn



Quelle: Günter Jahn

Quelle: BSU, Akte Günter Jahn

Das Referat Mitteldeutschland



Quelle: Archiv Arbeiterjugend

Ein Klebezettel der FALKEN für Ost-Berlin und die DDR, frühe 50er Jahre

Im Mai 1951 gründen die FALKEN das Referat Mitteldeutschland mit Sitz in Berlin als Teil des Bundessekretariats. In den westdeutschen Landesverbänden gibt es spezielle Ansprechpartner. Im Oktober 1952 übernimmt der aus DDR-Haft entlassene Jürgen Gerull die Leitung. Eine „Ostkommission“ der FALKEN leitet die Arbeit politisch an.

Das Referat ist Ausdruck des gesamtdeutschen Anspruchs der FALKEN. Es soll helfen, für den Tag der Wiedervereinigung feste Kontakte zu Jugendlichen in der DDR zu schaffen.

In den ersten Jahren besteht die Arbeit überwiegend darin:

- den eigenen Verband und die Öffentlichkeit mit Informationen über die (jugendpolitische Situation) der DDR zu versorgen,
- als Anlaufstelle für Jugendliche aus der DDR zu dienen,
- mit Propagandaaktionen in die DDR hineinzuwirken, etwa durch den Versand von Flugblättern per Luftballon oder durch die Publikation „Arbeiterjugend“.

Ab Herbst 1954 kann das Referat durch die Förderung seitens des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen seine Arbeit erheblich ausbauen. Dabei ist es zunächst recht erfolgreich. 1957 verfügt es über ca. 10.000 Adressen von DDR-Jugendlichen, mit ca. 4.000 Jugendlichen hat es regelmäßigen Kontakt, nicht wenige nehmen an Auslandsreisen der FALKEN und an Zeltlagern teil. Aufgrund der massiven Behinderungen durch das MfS, der geänderten politischen Landschaft und einer eingeschränkten Förderpraxis beschließen die FALKEN 1959, das Referat zum 31. März 1960 aufzulösen.

Flugblatt-Ballonaktion anlässlich der Verbandskonferenz in Berlin 1953



Quelle: Archiv Arbeiterjugend



Westphal-Aufsatz über Aufgaben des Referats



Unregelmäßig erscheinende Publikation des Referats für die DDR-Jugend

Ost-West-Begegnungen der FALKEN

1954 wird auf Anregung des Berliner Landesjugendrings ein Fonds für Ost-West-Begegnungen geschaffen. Jugendlichen aus der DDR soll es ermöglicht werden, sich ein eigenes Bild vom „Westen“ zu machen.

Der neue Fonds erlaubt es dem Referat Mitteldeutschland u. a. bei den in West-Berlin stattfindenden Messen, zu denen viele Jugendliche aus der DDR strömen, einen Infobus einzusetzen. Dort erhalten sie Informationen, Erfrischungen, Buchgutscheine. Auch Stadtrundfahrten werden angeboten. Zudem können Jugendliche aus der DDR und Ost-Berlin an den FALKEN-Reisen ins Ausland teilnehmen. Auf diese Weise knüpft das Referat Kontakte und lädt Interessenten zu Ost-West-Begegnungen ein. Dort erwarten die Jugendlichen ein buntes Programm, Kino- und Theaterbesuche sowie diverse politische Informationsveranstaltungen, auf denen Vertreter der FALKEN und der SPD für ihre politischen Vorstellungen werben.



Quelle: Archiv
Abenteurerjugend

Auslagen für Fahrgeld, Eintrittskarten usw. werden ersetzt. Zum Teil gibt es kleine Geschenke.

Diese Begegnungen finden in den Ferien in der gesamten Bundesrepublik statt; hinzu kommen kleinere Veranstaltungen in West-Berlin, zum Teil als Wochenendseminare. Um die Kontakte zu vertiefen, gibt es auch Feste, Filmveranstaltungen etc. speziell für die Teilnehmer solcher Begegnungen.



FALKEN-Zeltlager in Holland mit Teilnehmern aus der DDR, 1961

Ein Info-Bus der FALKEN während der „Grünen Woche“



Quelle: BSTU

Die Offensive von MfS und FDJ gegen die Ost-West-Begegnungen

[Michael Schmidt]

Nach der kurzen Tauwetterphase des Jahres 1956 und dem Ungarnaufstand verschärfte SED, FDJ und der Staatssicherheitsdienst ab 1957 wieder den Kampf gegen die Ost-West-Begegnungen. Dem seit Juni 1957 für DDR-Studenten geltenden West-Reiseverbot folgte im Oktober desselben Jahres ein propagandistisch breitgetretener Schauprozess, um die Ost-West-Begegnungen zu diskreditieren.²⁹ Es traf eine Gruppe von Studenten aus Ilmenau, die an Treffen mit FALKEN in West-Berlin teilgenommen hatten. Den Anlass zu ihrer Verhaftung bildete, dass zwei von ihnen am 1. Mai 1957 in angetrunkenem Zustand Parolen und Fahnen der SED heruntergerissen hatten. In zwei Prozessen im Oktober 1957 werden wegen „Boykotthetze“ insgesamt fünf Angeklagte zu Strafen zwischen vier Jahren und einem Jahr Haft verurteilt.

Bereits im Frühjahr 1957 leitete das MfS weitere umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der FALKEN ein. Zunächst erarbeitete die zuständige Hauptabteilung V/2 ein umfangreiches Dossier, das mit Anlagen über 100 Seiten umfasste und alle bis dahin bekannten Fakten und vorliegenden Einschätzungen über die FALKEN und das Referat enthielt. Wie intensiv nunmehr die Auseinandersetzung geführt wurde, belegt auch, dass zu diesem Thema in der Schule des MfS in Potsdam/Eiche ein Sonderlehrgang stattfand.³⁰ Das MfS beschloss die operative Bearbeitung der Teilnehmer der Ost-West-Begegnungen sowie des Referats. Alle Bezirksverwaltungen wurden im Sommer 1957 aufgefordert, eine gründliche Aufklärung der beteiligten Personen zu leisten und durch das „Heranbringen von geeigneten GI und GM“ einen umfassenden Informationsfluss zu gewährleisten.³¹ Ebenfalls operativ bearbeitet wurden nunmehr die FALKEN-Untergliederungen in Ost-Berlin. Zu Günther Jahn, FALKEN-Vorsitzender in Berlin-Mitte, der sich schon länger im Visier befand, aber bis dahin eher von der Volkspolizei beobachtet wurde, legte im Juli 1957 das MfS einen eigenen Überprüfungsvorgang an. Das galt ebenso für seine Mitstreiter bei den FALKEN aus Berlin-Mitte; auch ihre Post wurde nunmehr überwacht. Ziel war es, die Betroffenen wegen „Boykotthetze“ (Artikel 6 der Verfassung der DDR) zu belangen.

Mit dem in West-Berlin wohnenden Studenten Michael Gromnica, der zunächst „Günther Milau“ als Decknamen wählte, war es dem MfS im April 1957 gelungen, wieder jemanden zu gewinnen, der Zugang zur Führungsspitze der Berliner FALKEN hatte. Zwar saß, wie bereits erwähnt, die Agentin Helga Boehm im Berliner Landesvorstand. Da sie aber für den FALKEN-Ring, d.h. die Arbeit mit Kindern, zuständig war, gehörte sie nicht zu dem im Jugendbereich angesiedelten Führungszirkel um Harry Ristock, der die politische Linie der Berliner FALKEN bestimmte.

Durch den verstärkten Einsatz gelang es dem MfS nunmehr, sich einen ziemlich genauen Überblick über die Ost-West-Begegnungen zu verschaffen. Auch wurde der Gebäudekomplex Bülowstraße 7, in dem sich das Referat befand, im Sommer des Jahres 1958 genauestens ausgespäht und einschließlich der Umgebung fotografiert.³²

Bis zur Mitte 1958 hatte das MfS diverse Informanten bei den Ost-West-Begegnungen platziert und entsprechend viele der dortigen Teilnehmer „aufgeklärt“. Es ging nunmehr daran, gezielte Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Diese bestanden zum einen darin, den Ablauf von Veranstaltungen zu stören, diese zu diskreditieren, und zum anderen, öffentlichen Druck gegenüber

29 Vgl. Petra Weber, *Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945 – 1961*, München 2000, S. 483ff.

30 Ebd., S. 147.

31 MfS HA XX/AKG Nr. 1565, S. 170f.

32 Vgl. MfS – AS 1291/67, Bd. 2.

Kreisdienststelle Mitte

Berlin, den 10.8.1957

59

Quelle: BStU

BStU
000075

Kurzanalyse
- - - - -

Betr.: Untergrundtätigkeit der Falken in Mitte

Der bis jetzt bekannte Mitgliederstand der Falken in Mitte beträgt ca. 80 Mitglieder. Die Konzentrationsschwerpunkte in Mitte liegen in der Zionskirchstr., Katanienallee, Brunnenstr, Rheinsbergerstr. und Novalisstr.. Nur vereinzelt wohnen Mitglieder im Revierbereich V, VI, und XII.

Die Funktionäre an der Spitze mit J a h n und [REDACTED] die sehr aktiv sind, wohnen alle im Revierbereich 14. Schwerpunkte in der Zionskirchstr. sind die Nr. 5 und 2. In 5 sind fünf Jugendliche Mitglieder der Falken, in Nr. 9 sind vier Jugendliche Mitglied der Falken, die unter den Einfluß von J a h n und [REDACTED] stehen. Beide sind Mitglied der SPD. Ihre Tätigkeit als Falken wird zum Beispiel in Reisen nach Westdeutschland von der SPD geführt. Als Falken bekommen sie keinen Paß mehr. J a h n und [REDACTED] sind negativ gegen die DDR eingestellt. Unter den Jugendlichen dort im Wohngebiet haben sie guten Einfluß. J a h n war stellvertretender Delegationsleiter bei der Ost-West-Begegnung in Köln- Dünwald. Nach Informationen hat er an einen Trotz-kistentreffen in Belgien teilgenommen. Später beantragte er wieder einen Westpaß als Wahlhelfer der SPD und bereitete aber Kontakt-lager in WD vor. An den Vorbereitungen wurde er von [REDACTED] unterstützt.

Aus inoffizieller Quelle ist bekannt, daß J a h n Verbindung ^{ZM} [REDACTED] unterhalten soll. (Rechte SPD Führung).

Die Aktivität der Falken war in den letzten Monat schwach, vermutlich darauf zurückzuführen weil J a h n und [REDACTED] in WD waren. Es gibt noch einige Falkenmitglieder die sehr aktiv sind, aber noch nicht restlos aufgeklärt sind. Zum Beispiel [REDACTED] der Verbindung zum Referat Mitteldeutschland hat und an Jugendliche die Adresse für Westreisen gab. An einen Falkenlager in Westdeutschland mit seiner Frau nahm er selbst teil.

Aktive Mitglieder sind noch:

[REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und andere die enge Verbindung zu J a h n haben.

- 2 -
BStU
280

Eine Einschätzung der FALKEN-Aktivitäten in Berlin-Mitte durch das MfS

den erkannten Teilnehmern der Begegnungen aufzubauen. Außerdem versuchte das MfS in konzertierten Aktionen mit der Justiz, der FDJ und der Presse, den Ruf der beteiligten FALKEN zu schädigen.

Aktionen gegen Jürgen Gerull

Im Februar 1957 wurde der Vorgang „Wühler“ über Jürgen Gerull, der seit dem Frühjahr 1956 nicht mehr aktiv bearbeitet worden war, wieder aufgenommen. Das MfS entwickelte nunmehr einen neuen Maßnahmeplan. Im Zuge des Versuchs, geheime Informanten direkt an Gerull heranzubringen, geriet auch seine damalige Frau Rita ins Visier. Es sollte versucht werden, sie als Informantin zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde GI „Eva“, eine Bekannte von Rita Gerull, auf sie angesetzt. Eva machte Rita Gerull dann mit MfS-Oberleutnant Schlieps bekannt. Dieser war der zuständige Sachbearbeiter für die operative Bearbeitung von Jürgen Gerull. Natürlich ohne seine wahre Identität preiszugeben, versuchte er, Rita Gerull abzuschöpfen und dabei auszuloten, inwieweit ihre Anwerbung möglich schien. Obwohl es ihm im Verlauf des Jahres 1958 gelang, eine persönliche Beziehung zu Rita Gerull aufzubauen, kam er zu der Einschätzung, dass die politische Haltung von Rita Gerull eine Zusammenarbeit mit dem MfS ausschließe. Nunmehr überlegte das MfS, den Kontakt zu Rita Gerull zu nutzen, um Jürgen Gerull zu schaden. Es wollte den Verdacht streuen, dass Rita Gerull mit dem MfS zusammenarbeitet. Zum einen sollte wiederum mithilfe von Informanten in SPD- und FALKEN-Kreisen bekannt gemacht werden, dass Rita Gerull eine Beziehung zu einem Offizier des MfS hat. Zum anderen sollte gegenüber dem wegen Spionage verurteilten Wolfgang Kockrow, der als Gewerkschaftler und Jungsozialist ebenfalls Kontakte zu den FALKEN hatte, in seinen Vernehmungen der Eindruck erweckt werden, er sei von Rita Gerull denunziert worden. Das MfS hoffte, Kockrow werde das seinem Anwalt, von dem man annahm, dass er Westkontakte hatte, und auch anderen Häftlingen, denen er vertraute, mitteilen. Dann legte man ihn mit einem Pseudo-Häftling zusammen, der bald entlassen wurde und sich danach nach West-Berlin absetzen sollte. Doch weil Kockrow mit niemandem über seinen Verdacht sprach, scheiterte dieses Vorhaben.³³ Auch der andere Plan ging aus unbekanntem Gründen nicht auf oder wurde nicht weiter verfolgt. Nachdem alle Maßnahmen gegen Jürgen Gerull gescheitert waren, arbeitete das MfS nunmehr daran, Voraussetzungen zu schaffen, um Gerulls Mitarbeiter Manfred Wetzel strafrechtlich belangen zu können³⁴ – dies, obwohl beim MfS nunmehr aufgrund der besseren Informationslage die Erkenntnis gereift war, dass das Referat nicht mit Spionage, sondern nur mit „Zersetzung innerhalb der DDR“ befasst sei.³⁵

Störung von Veranstaltungen des Referats Mitteldeutschland

Zunehmend begannen die zu dieser Zeit von Seiten der DDR eingeleiteten Gegenmaßnahmen, ihre Wirkung zu entfalten. Das neue Passgesetz vom Mai 1957 beschränkte die Reisemöglichkeiten in die Bundesrepublik und andere westliche Länder. Erste Auswirkungen spürte das Referat bereits im Sommer 1957. Bei den Veranstaltungen in den Weihnachtsferien kam es dann zu einem dramatischen Einbruch. Vielen Jugendlichen wurde der Pass verweigert; andere verzichteten angesichts des zunehmenden politischen Drucks von vornherein auf den Versuch, einen Pass zu erhalten. In der Folge war die Beteiligung so gering, dass alle Teilnehmer in einer einzigen Veranstaltung zusammengefasst werden mussten.³⁶

Um diesen Reisebeschränkungen zu begegnen, musste das Referat im Sommer 1958 sein Zeltlager in West-Berlin veranstalten und seine Arbeit zunehmend auf Jugendliche aus Ost-Berlin und dem Berliner Umland beschränken. Nach West-Berlin zu gelangen, war angesichts der damals noch offenen Grenzen relativ unkompliziert. So fand das Sommerzeltlager vom 1. Juli bis 1. Sep-

33 Vgl. Wolfgang Kockrow, „Nicht schuldig“. Der Versuch einer Aufarbeitung von 5 ½ Jahren Zuchthaus in der DDR. Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Bd. 11, 1999, S. 141f. sowie 152ff.

34 Vgl. MfS - AS 1291/67, Bd. 1, S. 127.

35 Ebd., S. 106.

36 Vgl. Arbeitsbericht des RM 1957/58, S. 2, AdA.

tember in mehreren Durchgängen im Berliner Stadtteil Heiligensee statt. Die Resonanz bewies, dass das Interesse nach wie vor groß war.

Das MfS setzte alles daran, dieses Zeltlager zu stören und erstellte einen Maßnahmenplan, um den Ablauf des Zeltlagers durcheinanderzubringen. Insgesamt 13 Informanten waren in diesem Lager tätig - einige in mehreren Durchgängen, darunter auch ein FALKEN-Funktionär aus Ost-Berlin, der im Lager offizielle Funktionen bekleidete.³⁷ Die Spitzel-Berichte über das Zeltlager füllen Dutzende von Seiten. Obwohl das Fotografieren im Lager zur Sicherheit der Teilnehmer eigentlich nicht gestattet war, fertigte ein Informant viele Fotos, denen man ansieht, dass sie keine heimlichen Aufnahmen waren.

Als Teil der Störmaßnahmen wurden gefälschte Marken im Wert von 3.000 DM in Umlauf gebracht, die die Teilnehmer aus der DDR für den Erwerb von Genussmitteln im Lagerkiosk erhielten. Da diese wie Bargeld galten, wäre dem Referat ein empfindlicher Schaden entstanden. Jedoch erfolgte die Ausbringung der Marken ziemlich dilettantisch, so dass die meisten von den Organisatoren eingesammelt werden konnten.³⁸ Weiterhin versuchte das MfS, die Lebensmittelbelieferung des Lagers zu sabotieren. Zudem zielte es darauf ab, mit weiteren Störaktionen die Junge Union als deren Urheber erscheinen zu lassen, mit dem Ziel, Zwietracht in der zu dieser Zeit in Berlin regierenden großen Koalition zu säen.³⁹ Propagandistisch ausgeschlachtet wurde das Ganze schließlich im Oktober 1958 in der „Jungen Welt“, dem Zentralorgan der FDJ. Unter der Überschrift „Schweineerei in Heiligensee“ wurde der Lageralltag in düsteren Farben geschildert und davor gewarnt, sich an FALKEN-Veranstaltungen zu beteiligen, da Jugendliche aus der DDR zu strafbaren Handlungen verleitet würden. Wiederum, wie in der Kampagne ein Jahr zuvor, kamen die FALKEN als Organisation in diesem Beitrag relativ glimpflich davon. Für das Lager und die darin betriebene „Wühlarbeit gegen die DDR“ machte die „Junge Welt“ ausdrücklich das „Lemmer-Ministerium“ und „von ihm ausgehaltene politische Abenteurer, die im sogenannten ‚Referat Mitteldeutschland‘ der FALKEN seit Jahren auf Anweisung des Spionageministeriums Adenauer-Politik, d.h. Wühlarbeit gegen die DDR betreiben“, verantwortlich. Sie forderte die FALKEN auf, ihren Namen nicht durch solche Aktionen beschmutzen zu lassen.⁴⁰ Die SED-Führung sah offenbar weiterhin in den FALKEN potenzielle Bündnispartner für ihre Politik und versuchte entsprechend, nur jene bloßzustellen, in denen sie ein Hindernis für eine mögliche Annäherung sah.

Auch nach dem Ende des Lagers gingen die Aktionen des MfS weiter. Nachdem Einladungen für ein Wiedersehenstreffen im Oktober 1958 ergangen waren, führten Vertreter der FDJ mit ca. 50 Teilnehmern Aussprachen durch. Dass dann von 800 Eingeladenen nur ca. 150 der Einladung Folge leisteten, führte das MfS auf diese Gespräche zurück. Darüber hinaus besuchten als Funktionäre der FDJ getarnte Vertreter des MfS ausgesuchte Teilnehmer, um ihnen gegenüber mit zum Teil gefälschten Dokumenten den Eindruck zu erwecken, dass die FDJ genauestens über die Aktivitäten des Referats informiert sei. Bei drei der Besuchten ging das MfS davon aus, dass diese sofort das Referat informieren würden. Der Vierte war ein Informant, der genaue Instruktionen erhielt, was er dem Referat zu berichten habe.

Jugendforen der FDJ zur Bekämpfung der FALKEN

Auch wenn das MfS bei der Bekämpfung der FALKEN als „zuständiges Organ“ die Federführung hatte, geschah das Ganze im Rahmen einer konzertierten Aktion, bei der vor allem die FDJ und die Presse einbezogen waren. Die enge Abstimmung zwischen MfS, FDJ und der Presse wird

37 Vgl. MfS – AS 1291/67, Bd. 1, S. 249f.

38 Ebd., S. 264.

39 Ebd., vgl. auch Heinrich Eppe, Stasi-Operation im Falkenzeltlager, in: Schlaglichter. Theorie und Praxis der Sozialistischen Jugend 27 (1995), Nr. 2, S. 35ff.

40 Vgl. „Junge Welt“ vom 17.10.1958.

besonders bei den Jugendforen deutlich. Im Rahmen des Aktionsplanes „zur Bekämpfung des feindlichen Einflusses der ‚Ost-West-Begegnungen‘ der FALKEN und Jungsozialisten“, der unter dem Namen „Abrechnung“ firmierte, entwickelte das MfS die Idee, Jugendforen zu diesem Thema zu veranstalten.⁴¹ Auf diesen Foren sollte vor der Teilnahme an Ost-West-Begegnungen gewarnt werden; Beteiligte, die noch als beeinflussbar galten, sollten nach dem Prinzip von Kritik und Selbstkritik zur Einsicht gebracht und es sollte über sie ausführlich in der Presse berichtet werden.

Zunächst wurden die Technische Hochschule Dresden und die Universität Greifswald ausgesucht, weil das MfS dort eine Anzahl von Teilnehmern an den Ost-West-Begegnungen ausgemacht hatte. Die Vorbereitung fand in enger Kooperation mit der FDJ statt. Diese galt offiziell als Veranstalter. Aber das MfS hatte nicht nur die Idee entwickelt, es plante alles bis ins kleinste Detail. Z.B. wurde bei der Festlegung der Termine im September 1958 berücksichtigt, nicht die Ernteeinsätze der Studenten zu beeinträchtigen. Das MfS entwickelte selbst die Rededispositionen für die Sprecher der FDJ, und im ohnehin ausgewählten Publikum saßen diverse Mitarbeiter des MfS.

Die Veranstaltungen fanden als Aktiv-Tagungen der FDJ statt; die Betroffenen ahnten nicht, was sie erwartete. Nach einer langen Einführung über die Vorzüge des Sozialismus in der DDR brachten die Redner die Sprache auf die Ost-West-Begegnungen und stellten diese als Teil des Kampfes der westdeutschen Imperialisten gegen den sozialistischen Staat dar. Dann bedauerten sie, dass einige Anwesende, deren Namen sie nannten, sich in diese Machenschaften hätten hineinziehen lassen und verlangten eine Stellungnahme der Betroffenen. Auch in den anschließenden Presseberichten wurden die Betroffenen mit vollem Namen genannt und aufgefordert, ihre Fehler einzusehen und wiedergutzumachen. Der Druck zeigte Wirkung, alle Angesprochenen gaben am Ende die gewünschten Unterwerfungserklärungen ab.⁴² Entsprechend zeigte sich das MfS sehr zufrieden mit dem Ablauf und dem Ausgang dieser Aktion.⁴³ Mithilfe der Presse und von geheimen Informanten sorgten FDJ und MfS dafür, dass auch die Teilnehmer von Ost-West-Begegnungen an anderen Orten von diesen Veranstaltungen erfuhren.

Da sich eine Gruppe junger Frauen aus dem VEB Carl von Ossietzky in Teltow dennoch offenbar nicht abschrecken ließ, fand nach dem gleichen Muster am 1. April 1959 in ihrem Betrieb eine gleichartige Veranstaltung statt.⁴⁴

Weitere Erfolge des MfS im Jahr 1959

Im Januar 1959 gelang dem MfS ein weiterer Erfolg. Mit Otto Köppen, der fortan unter dem Decknamen „Plato“ berichtete, konnte das MfS jemanden gewinnen, der selbst maßgeblich an der Durchführung von Ost-West-Begegnungen beteiligt war und große Teile seines Lebensunterhalts damit bestritt. Den Hintergrund bildete der bereits erwähnte Prozess gegen die FALKEN wegen der Zweckentfremdung von Mitteln aus dem Fonds für Ost-West-Begegnungen. Das MfS hatte offenkundig Beweise dafür, dass Köppen an solchen Manipulationen beteiligt war, eventuell sogar zu seinen eigenen Gunsten, und setzte das als Druckmittel ein.⁴⁵ In den Kreis der Jugendlichen, mit denen Köppen regelmäßig seine Begegnungen durchführte, hatte das MfS mittlerweile vier Informanten eingeschleust und war entsprechend gut über ihn informiert.⁴⁶

41 Vgl. MfS – AS 1291/67, Bd. 1, S. 275ff. sowie 505ff.

42 Vgl. MfS – AS 1291/67, Bd. 1, S. 328, vgl. auch Forum, Hochschulzeitung der FDJ, 20.11.1958.

43 Vgl. MfS – AS 1291/67, Bd. 1, S. 282.

44 Ebd., S. 333ff.

45 Vgl. MfS 10612/60, S. 27ff.

46 Vgl. MfS 10612/60, Bd. 1, S. 17.

In der Folge berichtete Köppen regelmäßig über Ost-West-Begegnungen, FALKEN- und SPD-Internas.

Unter anderem mithilfe von Köppen gelang es dem MfS, 80 von ca. 100 Teilnehmern aus der DDR und Ost-Berlin des 1959 in West-Berlin stattfindenden IUSY-Camps zu identifizieren. Allein diese verhältnismäßig geringe Zahl der Teilnehmer betrachtete das MfS, wohl nicht zu Unrecht, als Erfolg seiner Gegenmaßnahmen. Statt der erhofften 200-300 Personen nahmen neben 80 Ost-Berlinern nur 20 Jugendliche aus dem Umland teil⁴⁷ – obwohl alle Teilnehmer aus der DDR pro Tag 1,50 DM Spesen erhielten und dazu noch einen Trainingsanzug geschenkt bekamen.⁴⁸

Um Jugendliche zu warnen und gleichzeitig zu belegen, wie gut man über das Referat informiert sei, und wohl auch als Beitrag zur kritischen Diskussion über die Arbeit des Referats, die mittlerweile bei den FALKEN im Gange war, erschien Ende 1959 die von der Berliner Bezirksleitung der FDJ herausgegebene Broschüre „Unter falschen Namen“. Auf insgesamt 16 Seiten mit vielen Fotos polemisierten die Autoren gegen das Referat. Der Tenor war derselbe wie auch schon bei den vorhergegangenen Pressekampagnen. Die Mitglieder der FALKEN wurden aufgefordert, ihren Namen nicht durch solche Aktionen missbrauchen zu lassen.⁴⁹

Die Auflösung des Referats Mitteldeutschland

Diese Kampagnen zeigten zunehmend Wirkung. Vielen Jugendlichen in der DDR wurde offenbar deutlich, dass es ein zunehmend unkalkulierbares Risiko war, sich an Ost-West-Begegnungen zu beteiligen.

Entsprechend nahm die Mobilisierungsfähigkeit des Referats erheblich ab. Viele Kontakte waren abgerissen, neue konnten kaum noch geknüpft werden. Von ca. 4.000 Adressen, die das Referat im Jahr 1957 als aktiv bezeichnet hatte (insgesamt besaß es ca. 10.000 bis 12.000 Adressen⁵⁰), reagierten nur noch ca. 500 Empfänger auf Einladungen.⁵¹

Seitdem die massiven Gegenmaßnahmen der DDR die Arbeit des Referats erschwerten und die Gefährdung für die beteiligten Jugendlichen erhöhte, gab es spätestens seit November 1957 auch innerhalb der FALKEN kritische Stimmen.⁵² Die das Referat politisch anleitende Ostkommission diskutierte im November 1957, ob nunmehr konspirative Verhaltensmaßregeln zum besseren Schutz der Jugendlichen notwendig seien. Man kam jedoch zu dem Schluss, dass jede Form der Konspiration die Jugendlichen aus der DDR und das Referat selbst angreifbarer machen würde und die bisherigen Vorkehrungen ausreichend seien.⁵³

Dass die Bestrebungen, die Arbeit des Referats einzustellen, zu dieser Zeit weit davon entfernt waren, mehrheitsfähig zu sein, dürfte auch daran gelegen haben, dass die FALKEN viele ihrer Aktivitäten (wenn auch nicht immer ganz legal) mit den für die Ost-West-Begegnungen fließenden Mitteln finanzieren konnten. Nachdem 1957 bei den Berliner FALKEN im großen Umfang (nachgewiesen 355.000 DM) Zweckentfremdungen von Mitteln belegt worden waren und einige Funktionäre im Mai 1958 deshalb verurteilt wurden, hörte diese Praxis zwar nicht auf (Ende 1959 kam es zu erneuten Ermittlungen in Oberhausen, diesmal sollten die FALKEN 500.000 DM unrechtmäßig erhaltener Mittel zurückzahlen), aber das zuständige Ministerium

47 Vgl. MfS - AS 1291/67, Bd. 1, S. 118f.

48 Vgl. MfS 10603/60, GM Heinz Karow, Bd. 3, S. 184.

49 Vgl. Unter falschem Namen. Hg. FDJ-Bezirksleitung Groß-Berlin. O.J. (1959), S. 16.

50 Vgl. MfS 4095/62, S. 3, vgl. auch MfS -HA XX Nr. 6223, S. 405.

51 Vgl. MfS 10603/60, GM Heinz Karow, Bd. 3, S. 275.

52 Vgl. MfS HA XX 176, S. 221, Aussagen von Zeitzeugen bestätigen diesen Bericht.

53 Ebd., S. 223.

zeigte sich zunehmend weniger großzügig. Die Frage nach dem praktischen Nutzen der eingesetzten Mittel im Verhältnis zum Aufwand und die Sorge um eine mögliche Gefährdung der Teilnehmer spielten nunmehr beim BMfgF eine immer größere Rolle.

So hatte das Referat wenige Tage vor dem Start der am 13. September 1958 beginnenden West-Berliner Industrieausstellung noch keine Zusage für die Finanzierung der Kontaktstelle,⁵⁴ die dann wohl auch ausblieb. Definitiv gilt das für die darauf folgende Grüne Woche im Februar 1959. Dort stellte ein extra ausgesandter MfS-Informant fest, dass keinerlei Kontaktstelle existiert.⁵⁵

Die Tatsache, dass diese einst ergiebige Geldquelle nicht mehr so reichlich sprudelte, trug sicherlich dazu bei, dass sich innerhalb der FALKEN die kritischen Stimmen über die Arbeit des Referats mehrten. Ein weiteres wichtiges Argument, die Arbeit des Referats einzustellen, bestand darin, dass sich bei den FALKEN die Sichtweise durchzusetzen begann, dass eine allein konfrontative Auseinandersetzung mit der DDR nicht zum Erfolg führen könne. Es entstand das Konzept des Wandels durch Annäherung, das den Dialog mit den kommunistischen Machthabern einschloss und von den FALKEN bereits gegenüber Jugoslawien und Polen erprobt wurde. Entsprechend gab es bei den FALKEN Überlegungen, wieder das Gespräch mit der FDJ zu suchen. Die Arbeit des Referats erschien nicht mehr zeitgemäß.

Auf der gemeinsamen Sitzung von Vorstandsvorstand und Verbandsausschuss Ende September 1959, der gleichen Sitzung, auf der auch der Ausschluss der als Agenten enttarnten Helga Böhm und ihres Ehemannes auf der Tagesordnung stand, beschlossen die FALKEN die Auflösung des Referats zum 31. März 1960. Im Protokoll findet sich die folgende Begründung:

„Bei der Betrachtung der gegenwärtigen politischen Situation, bei den durch Reisebeschränkungen und anderen Einengungen der Möglichkeiten mit jungen Menschen aus der DDR über das Referat Mitteldeutschland in Kontakt zu kommen, ist die Notwendigkeit ein Referat Mitteldeutschland zu haben in seiner Arbeitsweise und Zielsetzung gegenüber der Gründungszeit völlig verändert.“⁵⁶

Die Aktivitäten des MfS gegen das Zeltlager in Zadar

Die Auflösung des Referats beendete allerdings nicht die Aktivitäten der Berliner FALKEN im Ostteil der Stadt. Diese wurden erst nach dem Bau der Mauer eingestellt. Auch das MfS ging davon aus, dass die „Zersetzungsarbeit“ nunmehr unter einem anderen Deckmantel weitergehen werde und forderte für das Jahr 1960 eine verstärkte Wachsamkeit.⁵⁷ Entsprechend war das MfS frühzeitig darüber informiert, dass 76 Ost-Berliner beabsichtigten, am Sommer-Lager der FALKEN in Zadar an der jugoslawischen (heute kroatischen) Adriaküste teilzunehmen. Die Organisation dieses bundesweiten Lagers mit ca. 850 Teilnehmern lag weitgehend in den Händen der Berliner FALKEN, die auch mit 254 Teilnehmern die größte Delegation stellten. Für die Berliner FALKEN hatte dieses Lager eine große politische Bedeutung, stand es doch in dem Kontext, Jugoslawien als Modell für den „Dritten Weg“ und als Alternative für einen nichtstalinistischen Sozialismus zu präsentieren. Deshalb versuchten sie, möglichst viele Ost-Berliner an diesem Lager teilnehmen zu lassen. Das MfS deutete das als Versuch, „die Legalisierungsbestrebungen der FALKEN im demokratischen Sektor von Berlin erneut auf einen Höhepunkt zu bringen“, und

54 Vgl. MfS – AS 1291/67, Bd. 3, S. 126.

55 Vgl. MfS – AS 1291/67, Bd. 1, S. 80.

56 Vgl. Protokoll der Sitzung, S. 6, AdA, Bestand FNA.

57 Vgl. MfS - AS 1291/67, Bd. 1, S. 128f.

versuchte, energisch gegenzusteuern.⁵⁸ Zum Einen bemühte sich das MfS durch Einflussagenten innerhalb der SPD und der FALKEN, dieses Projekt, das innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht unumstritten war, zu verhindern. Vielen Sozialdemokraten war die – teilweise tatsächlich sehr unkritische – Jugoslawienbegeisterung suspekt, wie sie in der linken FALKEN-Fraktion, vor allem in Berlin, vorherrschte. Sie glaubten nicht daran, dass die jugoslawischen Kommunisten als Bündnispartner gegen den Stalinismus taugten, und sahen die Abgrenzung der SPD gegenüber dem Kommunismus gefährdet. Als dann der Werbeprospekt für dieses Lager vorlag, kam es tatsächlich zu dem Versuch aus Kreisen der SPD, den FALKEN diese Fahrt zu untersagen. Der Prospekt enthielt eine Passage, die die FALKEN wörtlich aus einer jugoslawischen Reisebroschüre übernommen hatten und die von vielen Sozialdemokraten als einseitige Werbung für das jugoslawische politische System betrachtet wurde. Sowohl auf der Bundesebene, noch schärfer in Berlin gab es deshalb heftige Kritik aus den Reihen der SPD. Nach dem Ende des Lagers kam es hierüber in der FALKEN-Organisation erneut zu heftigen Auseinandersetzungen.⁵⁹ Zum Anderen übte das MfS Druck auf die ihm namentlich bekannt gewordenen 25 Teilnehmer aus. Sie wurden von Vertretern des MfS, die sich als Angehörige der Volkspolizei ausgaben, aufgesucht und eindrücklich auf das Gesetzeswidrige ihres Tuns (Verstoß gegen Pass- und Devisengesetze) hingewiesen. Von den zwölf Jugendlichen, die das MfS noch erreichte – die anderen waren offenbar schon abgereist –, zogen daraufhin zehn ihre Anmeldung zurück. Um zu verschleiern, dass das MfS die 25 Namen von einem Spitzel erfahren hatte, wurde zunächst ein weiterer Teilnehmer des Lagers vom MfS mehrfach aufgesucht. Nachdem er sich geweigert hatte, von der Fahrt zurückzutreten, nahm ihn das MfS fest. Ziel war es vor allem, die FALKEN glauben zu machen, dass dieser Jugendliche, der andere Teilnehmer von den Vorbereitungstreffen kannte, Namen preisgeben habe. Jedoch setzte sich dieser junge Mann nach seiner Freilassung nach West-Berlin ab und berichtete der „Bild Zeitung“ von den Schikanen des MfS.⁶⁰

In das Lager selbst hatte das MfS dann „5 zuverlässige inoffizielle Mitarbeiter eingeschleust“. Nachdem dies bekannt wurde, kehrten sechs der Teilnehmer nicht mehr nach Ost-Berlin zurück. Das MfS befürchtete offenbar weitere „Republikfluchten“ und hielt still. Daher blieben die Rückkehrer aus dem Lager unbehelligt.

Mit dem Mauerbau am 13. August 1961 und der Einstellung der FALKEN-Arbeit in Ost-Berlin endete diese Auseinandersetzung des MfS mit den FALKEN. Das Interesse an den FALKEN hielt jedoch an. Die im Westen verbliebenen Spitzel berichteten weiter über FALKEN-Internas. Vor allem die Kontakte der FALKEN, die diese bereits seit 1957 nach Polen, ab 1962 dann in die ČSSR geknüpft hatten, beobachtete das MfS argwöhnisch.

58 MfS Z 303, S. 2.

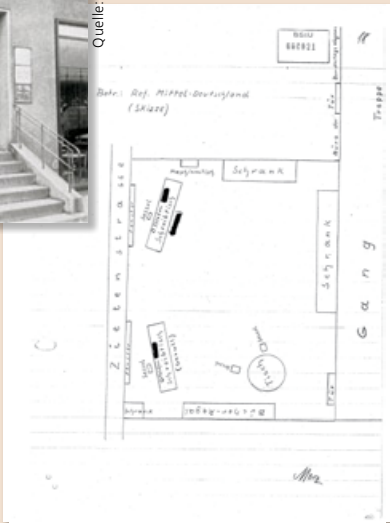
59 Vgl. MfS 10603/60, (Bd. 5) (Heinz Karow), S. 132 sowie MfS 10612/60, Bd. 5 (Plato), S. 106, auch Antifaschismus ... S. 82f.

60 Vgl. „Bild“, 26.8.1960.

Im Kampf gegen die FALKEN: „Inoffizielle Mitarbeiter“ des MfS



Quelle: BStU



Quelle: BStU

Ein MfS-Foto vom Hauseingang des Referat Mitteldeutschland-Büros

Eine von GM „Merz“ gefertigte Skizze des Referat Mitteldeutschland-Büros

Die Erfolge des Referats Mitteldeutschland führen beim MfS zu umfangreichen Aktivitäten. Es wirbt unter den Teilnehmern der Ost-West-Begegnungen zahlreiche Inoffizielle Mitarbeiter an, zu jener Zeit als „GM“ („Geheime Mitarbeiter“) bezeichnet. Zugleich kann das MfS auch einige, wenige FALKEN-Funktionäre anwerben.



Quelle: FALKENbrochure

Otto Köppen (mit Bart) als Mitglied der FALKEN-Kabarett-Gruppe „Die Zivilisten“, ca. 1957

Seit Beginn des Jahres 1954 berichtet GM „Merz“, Berliner FALKEN-Funktionär der mittleren Ebene. Er umwirbt u.a. die Sekretärin des Referats; 1956 bricht das MfS den Kontakt weg. „Unzuverlässigkeit“ ab.

Mit Michael Gromnica (Tarnnamen: „Michael“, „Günter Mielau“ und „Heinz Karow“) gewinnt das MfS 1957 jemanden, der Zugang zur Führungsspitze der FALKEN hat, sich vom MfS sehr gut bezahlen lässt und umfangreich berichtet. Auch die Ehefrau ist dabei. Beide fliehen kurz nach dem Mauerbau in die DDR; er trägt maßgeblich zur Verurteilung mehrerer Personen bei, u. a. des Sozialdemokraten Hans-Joachim Helwig-Wilson.



Michael (Pit) Gromnica (links); Harry Ristock, ca. 1955

Helga Boehm (Tarnname „Tanne“) sitzt seit 1953 im Berliner Landes-, später auch im Bundesvorstand der FALKEN und in der Ostkommission. Sie flieht 1959 mit ihrem Ehemann Ulrich-Dieter B., gleichfalls MfS-Spitzel, in die DDR.

Seit 1959 berichtet Otto Köppen (GM „Plato“), der selbst Ost-West-Begegnungen leitet; Monatspauschale 1961: 300 West-DM. Er bleibt dem MfS bis 1989 treu und wird 1996 zu einer milden Strafe verurteilt.

Der Landesvorstand der Berliner FALKEN 1955: v.l.n.r.: Rudi Uda, Ilse Reichel, Horst Koffke, Jürgen Dittner, Harry Ristock, Margret Walsch, Peter Weiss, Helga Boehm (IM „Tanne“), Dieter Punt, Fritz Döhring und Dieter Mastelt.



Quelle: Jürgen Dittner

Die Ilmenauer Studentenprozesse 1957

Seit dem 1. Juni 1957 gibt es für DDR-Studenten ein West-Reiseverbot. Es führt an den Hochschulen zu Protesten, die die SED zum Verstummen bringen will.

Zur Einschüchterung wird in Absprache mit der Sicherheitsabteilung des ZK der SED zum Instrument des Schauprozesses gegriffen.

Am 4. Oktober 1957 verurteilt das Bezirksgericht Suhl drei Ilmenauer Studenten. Sie hatten an Ost-West-Begegnungen der FALKEN in Berlin teilgenommen, noch bevor das Reiseverbot galt.

Rolf Schubert erhält vier Jahre Zuchthaus, Dietrich Lanzrath dreieinhalb und Jürgen Maack zweieinhalb Jahre.

Das Gericht folgt der Stasi-Behauptung, dass die drei Studenten sich bereit erklärt hätten, am Tage X an einem Putsch gegen die DDR teilzunehmen.

Unmittelbarer Anlass der Festnahmen war, dass zwei der drei Studenten am 1. Mai in angetrunkenem Zustand auf der Straße Fähnchen und SED-Losungen abgerissen hatten.

Eine Woche später verurteilt dasselbe Gericht den Studenten Rolf Holtzhauer zu zwei Jahren und die junge Angestellte Ingrid Strobel wegen der Teilnahme an Ost-West-Begegnungen zu einem Jahr Zuchthaus.



Im FDJ-Organ „Junge Welt“ wird breit über die „Verbrechen“ berichtet und Harry Ristock als Strippenzieher im Hintergrund präsentiert.

Foto aus der SED-Broschüre vom Prozess



Quelle: Bundesarchiv, Bibliothek SAPMO

Titelblatt einer Broschüre der SED-Bezirksleitung Suhl zum Ilmenauer Studentenprozess



Quelle: Bundesarchiv, Bibliothek SAPMO

MfS und FDJ Hand in Hand: FDJ-Foren gegen FALKEN-Kontakte 1958



Titelblatt einer vom MfS 1958 erstellten, von der FDJ herausgegebenen Broschüre gegen das Referat Mitteldeutschland. Zur Abschreckung werden auch die Namen verurteilter FALKEN-Freunde aus der DDR genannt.

Im Kampf gegen das Referat Mitteldeutschland kommt es zu einer engen Abstimmung zwischen MfS und FDJ. Im Rahmen der Aktion „Abrechnung“ entwickelt das MfS die Idee, Jugendforen zu veranstalten. Das Ziel: Teilnehmer der Ost-West-Begegnungen zu „entlarven“ und potenzielle Nachahmer abzuschrecken.

Die FDJ tritt als Veranstalter auf - das MfS plant indes im Hintergrund alles bis ins kleinste Detail und entwickelt selbst die Rededispositionen für die Sprecher der FDJ.

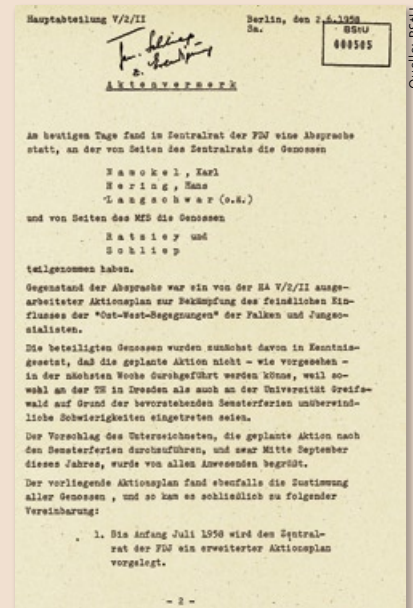
Nach langen Einführungen über die Vorzüge des Sozialismus in der DDR wird die Sprache auf die Ost-West-Begegnungen als Teil des

Kampfes der westdeutschen Imperialisten gegen den sozialistischen Staat gebracht. Dann wird bedauert, dass einige Anwesende sich in diese Machenschaften hätten hineinziehen lassen, und es werden von ihnen Stellungnahmen verlangt.

Auch in der Presse werden bekannte Teilnehmer der Begegnungen an den Pranger gestellt. Der Druck zeigt Wirkung; am Ende werden Unterwerfungserklärungen abgegeben.

Ergänzt wird diese Aktion durch eine Broschüre und Ausstellungstafeln.

Vom MfS hergestellte Ausstellungstafeln für ein FDJ-Forum in Potsdam



MfS-Vermerk über Absprachen mit dem Zentralrat der FDJ

Quelle: BSTU

Quelle: BSTU

Der MfS-Ermittlungsvorgang „Wühler“ gegen Jürgen Gerull

Neben den Mitarbeitern des Referats Mitteldeutschland, Manfred Wetzel und Horst Mittag, gerät insbesondere der langjährige Leiter, Jürgen Gerull, ins Visier. Er wird seit August 1954 im Vorgang „Wühler“ von der für die SPD-Bekämpfung zuständigen MfS-Hauptabteilung V/2 bearbeitet.

Das MfS findet allerdings auch in den Reihen der FALKEN Zuträger, darunter Michael Gromnica, Otto Köppen und Aribert Schulz (GM „Erwin Merz“).

Der Plan, Frau Gerull als Informantin anzuwerben, wird aufgegeben, da sie sich als „fanatische Antikommunistin“ erweist. Nun wird geplant, den Verdacht zu streuen, dass sie MfS-Kontakte pflegt, um über diesen Skandal Jürgen Gerull zu Fall zu bringen. Ihr privater Kontakt zur Informantin „Eva“ in Ost-Berlin wird genutzt, um MfS-Oberleutnant Schlieps – verantwortlich für die Bearbeitung von Jürgen Gerull – mit Rita Gerull bekannt zu machen. Unter falscher Identität gelingt es ihm 1957, eine vertrauensvolle Beziehung zu Frau Gerull aufzubauen.

DIE LEUTE IN DER BULOWSTRASSE

Wer ist das, dieser Gerull, der sich bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten als Vertreter der Arbeiterjugend aufspielt, zugleich aber versucht, den sozialistischen Aufbau im Staat der Arbeiter und Bauern in Deutschland zu bremsen und Anregungen zu Kirchenschandungen gibt?

Gerull ist kein unbeschriebenes Blatt mehr. Schon 1949 versuchte er als Anführer einer Bande von Achtgrochenjungen im demokratischen Sektor Berlins Stimmung gegen den III. Volkskongress zu machen. Sein Haß gegen die DDR ging sogar soweit, daß er Fahnen der Arbeiterklasse herunterriß. Das brachte ihm zwar eine Freiheitsstrafe ein, aber es hinderte ihn jedoch nicht – unverändert besserlich wie er ist – nach seiner Haftentlassung seinen Auftrags- und Geldgebern in Westberlin treu zu bleiben. Sofort begab er sich unter ihren Schutz und verbreitete auf einer Pressekonferenz allerlei dumme schreckliche Geschichten über die DDR. Er tat es nicht umsonst. Als Judaslohn war ihm sicher: Ein unentgeltliches Journalistenstudium und der setzungszentrale „Referat Mitteldeutschland“, dem smarten Gerull im Laufe der Jahre immerhin so viel einbrachte, daß er sich neben seinem großzügigen Lebenswandel eine Markfarm im Werte von mehreren tausend Mark zulegen konnte. Seitdem steht er mit in vorderster Front der kalten Krieger gegen die DDR und ist überall dabei, wo er glaubt, daß etwas für ihn zu kochen ist. Das war beim Putschver such am 17. Juni 1953 so, das ist jedes Jahr so, wenn das Referat seine Kontaktstellen auf der „Grünen Woche“ und auf der Industrierausstellung am Funkturm auffährt.

Wer ist dieser Wetzel dessen größtes An-



GERULL



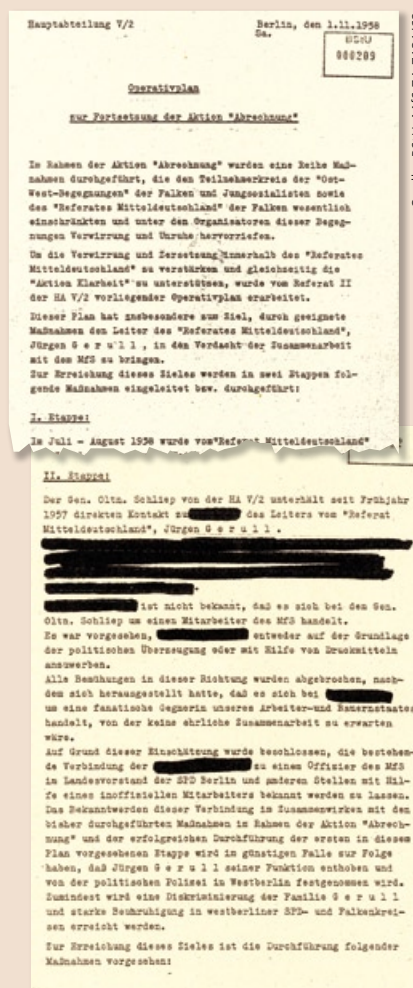
WETZEL



MITTAG

Ein anderer Plan sieht vor, bei einem in Ost-Berlin inhaftierten Ötv-Funktionär und ehemaligen FALKEN mit freundschaftlichen Beziehungen zur Gerull-Familie den Verdacht zu wecken, dass Frau Gerull ihn an die Stasi verraten hätte. Ein von der Stasi in dessen Zelle gelegter Pseudo-Mithäftling soll später nach West-Berlin fliehen und hier über diesen Verdacht berichten.

Letztendlich werden beide Pläne aus unbekanntem Gründen nicht zu Ende verfolgt.



Auszug aus dem Operativplan zur Bekämpfung von Jürgen Gerull

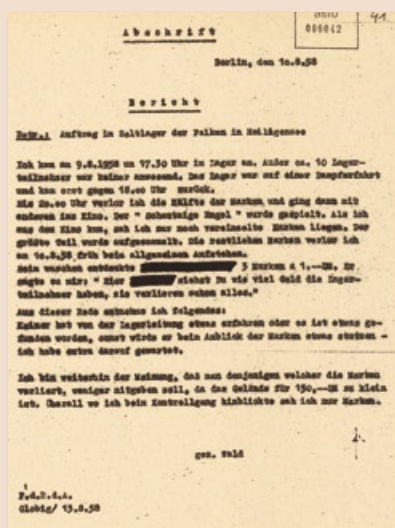
Aus der vom MfS erstellten und 1958 von der FDJ herausgegebenen Broschüre „Unter falschem Namen“

Störung des Zeltlagers Berlin-Heiligensee 1958



Für das MfS gefertigte Fotos vom Zeltlager Heiligensee 1958

Der Erfolgsbericht eines Geheimen
Mitarbeiters der Stasi über eine Störaktion



Quelle: BSTU

Im Sommer 1958 findet das Zeltlager des Referats Mitteldeutschland in Berlin-Heiligensee statt. Das MfS erstellt einen Plan, um in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der FDJ den Ablauf mit diversen Aktionen zu stören. Eingesetzt werden weit über zehn IM, darunter ein FALKEN-Funktionär aus Ost-Berlin. Als Teil der Störmaßnahmen bringen sie gefälschte Marken im Wert von 3.000 DM in Umlauf, die Teilnehmer aus der DDR für den Erwerb von Genussmitteln erhalten. Weiterhin versucht das MfS, die Lebensmittelbelieferung des Lagers zu sabotieren. Eine Aktion mit CDU-Flugblättern zielt darauf ab, die Junge Union als deren Urheber erscheinen zu lassen, um Zwietracht zu säen.

Während des Lagers wird im August ein als Lagerhelfer eingeplanter FALKE (Klaus Hirschfeld) aus Ost-Berlin verhaftet und zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt.

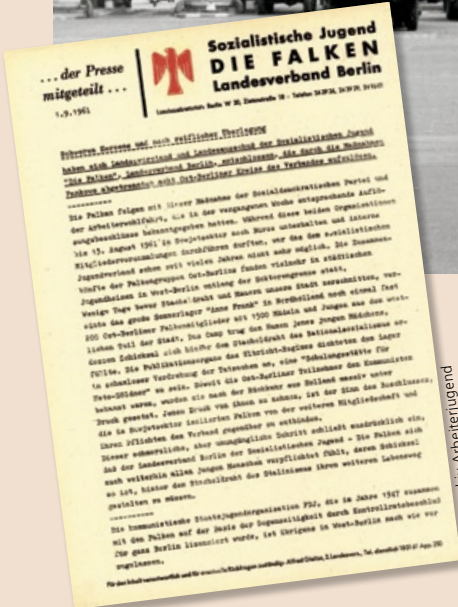
Unter der Überschrift „Schweinerei in Heiligensee“ schildert anschließend das FDJ-Organ „Junge Welt“ den Lageralltag in düsteren Farben und warnt die Leser davor, an solchen Lagern teilzunehmen.

Auch nach dem Ende des Lagers gehen die MfS-Aktionen weiter. Vor einem Wiedersehenstreffen im Herbst 1958 führen Vertreter der FDJ mit ca. 50 Teilnehmern „Ausprachen“ durch. Dass von 800 von den FALKEN Eingeladenen nur ca. 150 zu dem Treffen kommen, wird als Erfolg dieser „Ausprachen“ gebucht.

Auflösung der FALKEN in Ost-Berlin



Quelle: Helwig Wilson



Quelle: Archiv Arbeiterjugend

Presseerklärung zur Auflösung der FALKEN in Ost-Berlin

Als die DDR am 13. August 1961 beginnt, mit Stacheldraht und Mauern die Stadt endgültig zu zerschneiden, entschließen sich die FALKEN, ihre Ost-Berliner Kreisverbände aufzulösen. Man will die Ost-Berliner Mitglieder nicht gefährden.



Quelle: Helwig Wilson

Manche Ost-Berliner FALKEN treffen sich weiter in privaten Kreisen – und werden weiterhin vom MfS beobachtet.

Einige – wie Günter Jahn – können nach West-Berlin fliehen und bleiben bis zum Fall der Mauer im Visier der Stasi.

SPD und alte FALKEN halten über die Jahrzehnte losen Kontakt zu den ehemaligen Mitgliedern in Ost-Berlin.

Nach dem Fall der Mauer gibt es auf dem alten FALKEN-Zeltplatz in Berlin-Heiligensee ein „GRENZENLOSES WIEDERSEHEN“.



Verschleppt – verschwunden – verhaftet – verurteilt: Eine tabellarische Übersicht

Bis zu Beginn der 1950er Jahre verschwanden in Berlin politische Gegner der SED plötzlich und nicht selten nahezu spurlos. Angehörige blieben meist lange Zeit ohne Nachricht – insbesondere, wenn Festnahmen und Verschleppungen durch den sowjetischen Geheimdienst erfolgten bzw. von der Volkspolizei oder der Staatssicherheit Festgenommene dem sowjetischen Geheimdienst übergeben wurden.

In manchen Fällen ließ sich das Schicksal der Festgenommenen und Verschwundenen erst nach der Wiedervereinigung und der Öffnung sowjetischer Archive und der Überlieferungen des Ministeriums für Staatssicherheit endgültig klären.

Soweit die Festgenommenen und/oder Verschwundenen politisch organisiert waren, bemühten sich neben den Angehörigen die entsprechenden Vereine und Parteien um die Klärung des Schicksals ihrer politischen Freunde, um rechtlichen Beistand – soweit dies möglich war – und um Hilfe nach einer Entlassung aus der Haft.

In den Überlieferungen der Berliner SPD und denen der Berliner FALKEN, hier insbesondere im Bestand des Referats Mitteldeutschland, gibt es eine Vielzahl von Listen und Akten über verschwundene, festgenommene, verhaftete und verurteilte Freunde und Mitglieder der SPD und der FALKEN. Nicht selten sind die Angaben aus jener Zeit unpräzise, enthalten in manchen Fällen nur einen Namen, ein Festnahmedatum und den Ort der Festnahme oder den Tag des Verschwindens und den Vermerk „Näheres nicht bekannt“.

Die tabellarische Übersicht auf der folgenden Seite ist aus entsprechenden Listen der SPD und der FALKEN zusammengestellt und – soweit heute möglich – um fehlende Angaben ergänzt worden.

Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist es im Rahmen der Recherchen für dieser Ausstellung nicht immer gelungen, die weiteren Schicksale der Festgenommenen zu klären.

Wer Lücken in der Tabelle füllen kann, weil er mehr über das weitere Schicksal der Verhafteten weiß und/oder über Bilder der Festgenommenen verfügt, wird gebeten, sich an den Berliner Landesbeauftragten zu wenden.

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 07 92 – 0; Fax: (030) 24 07 92 – 99
Internet: www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter

Name	Geburtsdatum	Wohnort	Verhaftungsdatum	Urteilsdatum	Gericht	Strafe	Entlassungsdatum
Andreck, Werner Erich	25.07.31	Dresden	05.03.49	28.04.49	SMT Dresden	25 Jahre	11.10.56
Beiersdorf, Willi	28.02.28	Berlin-Prenzlauer Berg	12.04.46	26.06.46	SMT Berlin	10 Jahre	16.01.54
Bornschein, Heinz	04.01.30	Berlin-Steglitz	23.03.49	09.09.49	Sondergericht Moskau	Tod (25 Jahre)	01.10.55
Böttcher, Lothar Dietrich	17.07.32	Berlin-Steglitz	23.06.52	02.01.53	Stadtgericht Berlin	10 Jahre	22.06.62
Bungert, Werner	31.07.32	Dresden	07.06.50	03.10.50	LG Dresden	9 Monate bis 4 J.	
Cornelius, Heinz	29.05.27	Berlin-Mahlsdorf	04.12.48	kein Urteil			24.12.48
Dietz, Wolfgang	14.08.33	Berlin-Niederschönhausen	27.06.58	09.10.58	KG Meiningen	2 Jahre	26.04.60
Dreyer, Herbert Erwin	26.05.33	Berlin-Treptow	01.10.53		(Deutsches Gericht)	1 1/2 Jahre	07.04.55
Frick, Egbert	31.03.29	Berlin-Hermsdorf	11.10.50				– NÄHERES NICHT BEKANNT –
Gassan, Peter Horst	15.07.42	Berlin-Mitte	12.09.61	14.11.61	Stadtgericht Berlin	8 Monate	11.05.62
Gebler, Günter	14.12.32	Berlin-Baumschulenweg	25.11.50	07.05.51	LG Berlin	nur Untersuchungshaft	09.05.51
Gerull, Jürgen	20.08.29	Berlin-Bohnsdorf	14.05.49	15.06.49	LG Berlin	2 1/2 Jahre	12.11.51
Glanck, Horst	29.01.31	Berlin-Lichtenberg	04.12.48	07.07.49	SMT Berlin	25 Jahre	07.04.55
Grams, Günther	15.05.29	Berlin-Kreuzberg	09.09.48	22.09.48	SMT Berlin	25 Jahre, dann 8 J.	25.07.56
Griesinger, Peter	10.02.30	Berlin-Baumschulenweg	14.10.50	07.05.51	LG Berlin	nur Untersuchungshaft	09.05.51
Grosser, Erich A. Richard	06.03.29	Berlin-Tempelhof	24.02.51	19.11.51	LG Berlin	4 Jahre	23.02.55
Günther, Hans Richard	07.11.30	Liegau, Augustusbad	06.06.50	03.10.50	LG Dresden	2 1/2 Jahre	16.12.52
Halang, Hans	24.10.32	Berlin-Treptow	15.10.50	07.05.51	LG Berlin	nur Untersuchungshaft	09.05.51
Helfer, Klaus	17.06.28	Halberstadt	17.09.48	17.09.48	SMT	25 Jahre	01.06.56
Heuermann, Udo		Berlin-Neukölln	10.12.51				– NÄHERES NICHT BEKANNT –
Hinze, Wolf	24.05.27	Berlin-Neukölln	16.07.50				– NÄHERES NICHT BEKANNT –
Hirschfeld, Klaus	26.10.40	Berlin-Pankow	01.08.58	05.12.58	Berlin	1 1/2 Jahre	06.02.60
Holtzhauer, Rolf Hermann	20.10.31	Jena	07.05.57	11.10.57	BG Suhli in Meiningen	2 Jahre	05.12.58
Hüsing, Rolf	07.04.30	Berlin-Charlottenburg	22.05.49	Kein Urteil		6 Wochen U-Haft	30.06.49
Kaden, Günter	16.01.33	Dresden	07.06.50	03.10.50	LG Dresden	9 M. bis 4 J.	
Kallies, Horst Albert Erwin	27.01.30	Berlin-Neukölln	30.04.50	30.04.50	SMT Berlin	25 Jahre	28.04.56
Kathe, Helfried	24.02.30		06.01.49	29.03.49	SMT Merseburg	25 Jahre	17.01.54
Klaus, Gerhard	Jg. 1927	Berlin-Lichtenberg	09.05.46		SMT	25 Jahre	
Krakow, Harry	19.05.33	Berlin-Kreuzberg	19.08.51	26.11.51	LG Berlin	1 Jahr 3 Monate	18.12.52
Lange, Horst	Jg. 1931	Berlin-Pankow	20.08.48		SMT	10 Jahre	29.12.53
Lanzrath, Dietrich H. Wilhelm	25.01.36	Ilmenau	01.05.57	04.10.57	BG Suhli in Meiningen	3 1/2 Jahre	09.08.60
Laxgang, Lilo		Berlin-Köpenick	01.02.50				– NÄHERES NICHT BEKANNT –
Lettau, Fritz	29.03.34	Berlin NW 40	11.08.52	23.09.52	Jugendgericht Hagenow	6 Wochen	-
Lettau, Gerhard	Jg. 1936	Berlin NW 40	11.08.52				– NÄHERES NICHT BEKANNT –
Lichte, Gerda	08.05.30	Berlin-Spandau	30.03.52				– NÄHERES NICHT BEKANNT –
Maack, Jürgen Karl Ernst	12.11.35	Ilmenau	02.05.57	04.10.57	BG Suhli in Meiningen	2 1/2 Jahre	24.01.59
Markgraf, Joachim	01.02.31	Berlin-Prenzlauer Berg	21.06.50	10.07.50	SMT Chemnitz	25 Jahre	13.08.56
Martin, Manfred	18.05.30	Stollberg	07.05.50	17.07.50	SMT Dresden	15 Jahre	17.01.54
Mauk, Günter	12.01.24	Berlin-Friedenau	22.04.49	29.04.49	SMT Dresden	25 Jahre	26.07.56
Medenwald, Dieter	04.12.26	Berlin-Prenzlauer Berg	07.04.46	26.07.46	SMT Berlin	15 Jahre	14.05.47 †
Neuendorf, Hans	Jg. 1928	Berlin-Prenzlauer Berg	12.04.46	26.07.46	SMT Berlin	10 Jahre	03.09.48 †
Neumann, Gertrud	28.10.31	Berlin-Neukölln	18.04.49	25.08.49	(Deutsches Gericht)	4 Wochen Arrest	25.08.49
Otter, Lothar	18.03.31	Berlin-Lichtenberg	02.05.49	07.07.49	SMT Berlin	25 Jahre	07.04.55
Papke, Wolfgang	31.01.29	Berlin-Neukölln	27.05.50	06.10.50	LG Berlin	5 Jahre	05.12.56
Pasch, Horst	12.01.29	Dresden	07.06.50	03.10.50	LG Dresden	6 Jahre	04.08.54
Preuss, Alfred	28.10.29	Berlin-Wedding	29.05.50	20.10.50	LG Berlin	14 Monate	16.08.51
Prziwarzinski, Klaus	27.06.26	Berlin-Kreuzberg	19.08.51	26.11.51	LG Berlin	3 Jahre	01.08.54
Radestock, Erhard	18.09.29	Dresden	19.03.49	28.04.49	SMT Dresden	25 Jahre	07.04.55
Reinkober, Heinz	10.01.31	Dresden	06.06.50	03.10.50	LG Dresden	3 Jahre	05.06.53
Riedel, Horst	24.03.32	Dresden	06.06.50	03.10.50	LG Dresden	4 1/2 Jahre	
Rost, Rolf	24.11.34	Leipzig	23.06.54	21.09.54	BG Frankfurt/Oder	9 Jahre	28.04.56
Runde, Reinhold	01.11.19	Dresden	06.06.50	03.10.50	LG Dresden	13 Jahre	31.04.56
Scheffel, Siegfried	29.09.31	Dresden	06.06.50	03.10.50	LG Dresden	5 Jahre	24.06.54
Schlierf, Günther	02.11.30	Hönow Süd	05.11.48	07.07.49	SMT Berlin	25 Jahre	17.01.54
Schönleiter, Hans-Joachim	12.08.28	Berlin-Dahlem	11.03.51	14.03.51	SMT Halle	25 Jahre	17.01.54
Schubert, Rolf Walter	16.08.36	Ilmenau	01.05.57	04.10.57	BG Suhli in Meiningen	4 Jahre	01.11.60
Seiler, Werner F. Richard	18.07.22	Dresden	08.06.50	03.10.50	LG Dresden	10 Jahre	
Simmack, Heinz Manfred	07.04.35	Frankfurt/Oder	19.06.54	21.09.54	BG Frankfurt/Oder	7 Jahre	24.04.56
Sperling, Gerhard	09.06.30	Berlin-Lichtenberg	17.02.49	07.07.49	SMT Berlin	25 Jahre	01.06.56
Sperling, Karl-Heinz	01.04.32	Priort/Wustermark	07.07.50	03.11.50	SMT 48240	Todesstrafe	vollstreckt
Stange, Ella Margarethe	15.05.27	Dresden	17.03.49	28.04.49	SMT Sachsen	25 Jahre	20.01.54
Stockloff, Günter		Berlin-Pankow	06.10.50				– NÄHERES NICHT BEKANNT –
Strobel, Ingrid Maria	22.04.32	Ilmenau	09.05.57	11.10.57	BG Suhli	1 Jahr	12.03.58
Thies, Harry E. Herbert	29.04.29	Berlin-Pankow	01.12.51	22.04.53	LG Berlin	3 Jahre	23.06.53
Tocha, Werner Alfred	13.05.32	Berlin-Mitte	22.09.51	04.08.52	LG Berlin	9 Jahre	04.07.57
Triller, Manfred	02.08.32	Berlin-Kreuzberg	14.05.49	27.06.49	Amtsgericht Berlin	3 Monate (Bewährung)	27.06.49
Vollrath, Horst	18.01.28	Berlin-Halensee	18.07.49	11.12.49	SMT Potsdam	25 Jahre	31.07.57
Wendt, Manfred	29.11.32	Berlin-Treptow	15.10.50	07.05.51	LG Berlin	nur Untersuchungshaft	09.05.51
Wenzel, Harry	26.11.32	Berlin-Mitte	25.09.51	14.05.52	OG der DDR	10 Jahre	27.09.61
Westphal, Heinz	04.06.24	Berlin	15.06.49	18.06.49	LG Berlin	6 Wochen	25.06.49
Weszolek, Ernst	08.08.26	Berlin-Treptow	19.07.50	24.10.50	LG Berlin	2 Jahre	18.07.52
Wiechulla, Kurt Franz	14.05.23	Berlin-Halensee	02.12.50	24.10.51	Greifswald	13 Jahre	25.08.56
Wilke, Werner	21.01.30	Berlin-Treptow	14.05.49	15.06.49	LG Berlin	1 Jahr	vorzeitig entl.
Wolters, Hans-Georg	23.08.34	Berlin-Prenzlauer Berg	04.12.57	10.03.58	Stadtgericht Berlin	10 Monate	04.10.58

† = während der Haft verstorben

Stand Oktober 2008

Literatur

Eppe, Heinrich: FALKEN und FDJ in Berlin 1947/49. Von der Konkurrenz zur Feindschaft, in: AJ- die andere Jugendzeitung, 1994, H. 3, S. 10-11 (Als PDF-Datei herunterladbar von der Webseite des Archivs der Arbeiterjugendbewegung Oer-Erkenschwick; www.arbeiterjugend.de/download)

Eppe, Heinrich: Stasi-Operation im Falkenzeltlager, in: Schlaglichter. Theorie und Praxis der Sozialistischen Jugend 27 (1995), Nr. 2, S. 35ff.

Heimann, Siegfried: Die FALKEN in Berlin. Erziehungsgemeinschaft oder Kampforganisation? Die Jahre 1945-1950; Berlin 1990

Heimann, Siegfried: Die Sonderentwicklung der SPD in Ostberlin 1945 - 1961 - Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, in: Deutscher Bundestag/(Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden 1995

Landesjugendring Berlin (Hg.); Gröschel, Roland; Schmidt, Michael: Trümmerkids und Gruppenstunde. Zwischen Romantik und Politik - Jugend und Jugendverbandsarbeit in Berlin im ersten Nachkriegsjahrzehnt, Berlin 1990

Lindemann, Rolf; Schultz, Werner: Die FALKEN in Berlin. Geschichte und Erinnerung. Jugendopposition in den 50er Jahren, Berlin 1987

Lindstaedt, Erich: Mit uns zieht die neue Zeit. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, Verlag Schaffende Jugend GmbH, Bonn 1954 (Als PDF-Datei herunterladbar von www.arbeiterjugend.de/download)

Regneri, Günter; Archiv der Arbeiterjugendbewegung (Hg.): SJD – Die FALKEN in den FDJ-Akten: Die Verbindungen der Freien Deutschen Jugend zu einem westdeutschen Arbeiterjugendverband im Aktenbestand der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“, Bonn 1994, Reihe: Archivhilfe; Nr. 7

Retzlaff, Birgit: Nachkriegsjugendliche zwischen den Fronten. Bewußte politische Opposition und Verfolgung von Mitgliedern und Freunden der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die FALKEN von 1945-1949, Rostock 2003

Retzlaff, Birgit: Widerstand der sozialistischen Jugend in der frühen DDR. Verfolgung, Opposition und Widerstand von Mitgliedern und Freunden der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die FALKEN in der DDR 1949-1959, Rostock 2005

Ristock, Harry: Neben dem roten Teppich: Begegnungen, Erfahrungen und Visionen eines Politikers, Berlin 1991

Schmidt, Michael: Die FALKEN in Berlin – Antifaschismus und Völkerverständigung. Jugendbegegnung durch Gedenkstättenfahrten 1954 – 1969, Berlin 1987

Schmidt, Michael: Der Kampf gegen Wiederaufrüstung und Atombewaffnung in den 50er Jahren. Die Aktivitäten des Berliner Landesverbandes der „FALKEN“, in: Herrmann, Ulrich/(Hg.): Protestierende Jugend, Weinheim/München 2002, S. 329-353

Schmidt, Michael: Unter den langen Schatten des Kalten Krieges. Innerdeutsche Jugendkontakte im Berlin der 50er Jahre, in: Historische Jugendforschung. Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung. NF Band 1/2004, S. 241ff.

Westphal, Heinz: Jugend braucht Demokratie – Demokratie braucht Jugend: Mein jugendpolitisches Engagement 1945-1974 – Erinnerungen, Rostock 1994

Publikationsverzeichnis

In der Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten sind bisher erschienen:

Bd. 1: Siegfried Mampel, Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in West-Berlin. 4., neubearbeitete u. wesentlich erweiterte Aufl., 1999

Bd. 2: Gunter Holzweißig, Klassenfeinde und „Entspannungsfreunde“. West-Medien im Fadenkreuz von SED und MfS. 1995

Bd. 3: Roland Brauckmann, Amnesty International als Feindobjekt der DDR. 1996

Bd. 4: Jutta Braun, Nils Klawitter, Falco Werkentin, Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR. 4., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 5: Hans-Eberhard Zahn, Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS. 5., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 6: Ilko-Sascha Kowalczyk, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 7: Jan Foitzik, Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit; Wolfgang Buschfort, Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 8: Siegfried Berger, „Ich nehme das Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal. 4., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 9: Jenny Niederstadt, „Erbitten Anweisung!“. Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung „Die Wahrheit“ auf SED-Kurs. 1999

Bd. 10: Siegfried Mampel, Entführungsfall Dr. Walter Linse. Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 11: Wolfgang Kockrow: „Nicht schuldig!“. Der Versuch einer Aufarbeitung von 5 Jahren Zuchthaus in der DDR. 4., durchgesehene Aufl., 2005

Bd. 12: Klaus Bästlein, Annette Roskopf, Falco Werkentin, Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 13: Detlef Kühn, Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. 2001. 2., stark überarbeitete Aufl., 2008, nur als Download erhältlich.

Bd. 14: Wolfgang Buschfort, Philipp-Christian Wachs, Falco Werkentin, Vorträge zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 15: Falco Werkentin (Hg.), Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 16: Jens Schöne, Falco Werkentin, 17. Juni 1953. Orte und Ereignisse in Ost-Berlin. 2., durchgesehene Aufl., 2005

Bd. 17: Gerd Utech, Prägende Jahre in Potsdam und Sibirien 1945-1955. Ein Zeitzeugenbericht. 2003

Bd. 18: Michael Heghmanns, Wolff Heintschel von Heinegg, Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau. 2003

Bd. 19: Jens Schöne, Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin. 2004

Bd. 20: Andrea Huterer (Hg.), Sobirai weschtschi! Pack deine Sachen! Jugendjahre im Gulag. Erinnerungen von Bodo Platt. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 21: Johannes Weberling, Giselher Spitzer (Hg.), Virtuelle Rekonstruktion „vorvernichteter“ Stasi-Unterlagen. Technologische Machbarkeit und Finanzierbarkeit - Folgerungen für Wissenschaft, Kriminaltechnik und Publizistik. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 22: Jens Schöne, Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987. 3., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 23: Jörg Rudolph, Frank Drauschke, Alexander Sachse, Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950-1953. 2007

Bd. 24: Heinz Schwollius, Aus der Todeszelle in die Hölle von Bautzen. 2007

Bd. 25: Christoph Wunnicke, Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988. 2008

Bd. 26: Martin Gutzeit (Hg.), Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution? Ost-Berlin in den Jahren 1987/88. 2008

Bd. 27: Klaus Bästlein, Vom NS-Täter zum Opfer des Stalinismus: Dr. Walter Linse. 2008

Im Berlin der frühen Nachkriegsjahre war die „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN“ als SPD-nahe Jugendorganisation für die SED und der von ihr kontrollierten „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) ein besonderes Ärgernis. Von der Alliierten Kommandantur am 7. Oktober 1947 für Gesamt-Berlin zugelassen, waren die FALKEN bis zum Mauerbau am 13. August 1961 als einzige von der SED nicht beherrschte Jugendorganisation auch in Ost-Berlin aktiv und somit für die FDJ die zentrale Konkurrenz. Dies galt umso mehr, als die FALKEN sich als demokratische Sozialisten verstanden, von dieser Position aus den sogenannten realen Sozialismus in der DDR strikt ablehnten und gerade daher auch für junge Leute in der DDR attraktiv waren. Sie suchten Kontakte zu den FALKEN wie umgekehrt die FALKEN insbesondere mit ihrem Referat Mitteldeutschland sich darum bemühten, Jugendliche in der DDR für ihre politischen Ziele zu interessieren und zu gewinnen.

Zwar konnte die SED aufgrund der Zulassung durch die Alliierte Kommandantur die FALKEN in Ost-Berlin nicht verbieten. Doch wurden sie mit allen nur denkbaren Mitteln sowohl vom sowjetischen Geheimdienst als auch vom Ministerium für Staatssicherheit bekämpft. Freunde und Mitglieder starben in sowjetischen Speziallagern, wurden von der Volkspolizei erschossen oder unter dem Vorwurf der Spionage in Moskau hingerichtet. In den Überlieferungen finden sich die Namen von mehr als 70 jungen Leuten, die bis 1961 als Freunde oder Mitglieder der FALKEN verhaftet, verschleppt und verurteilt wurden.

Aus dem historischen Gedächtnis der Stadt ist die Erinnerung an ihr Schicksal nahezu getilgt. Dieser Katalog und die Wanderausstellung soll ihren Einsatz für eine demokratische Entwicklung Nachkriegsdeutschlands und Berlins ins Bewusstsein der Stadt zurückholen und den jungen Leuten wieder ein Gesicht geben.